Wer profitiert vom NSA-/BND-Skandal? S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 20 – 16. Mai 2015

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

20 4 191814 302506



Niedrige Wahlbeteiligung: Immer mehr Bürger beschleicht das Gefühl, dass ihre Abstimmung nur für die Tonne gut ist Bild: action press

Vor dem Tsunami

Bremer Wählerstreik: Resignation war schon oft der Vorbote großer Umbrüche

Nicht einmal jeder Zweite ging hin, die AfD kam trotz ihres desolaten Bildes ins Parlament: Was die Bremer Wahl über Deutschland sagt.

Politiker bringen ihr Lamento über immer geringere Wahlbeteiligungen mittlerweile mit der gleichen lauen Routine über die Lippen, mit der sie ihren Wählern und Wahlkämpfern zu danken pflegen. In Bremen klang das nicht anders, obwohl eine historische Linie überschritten wurde: Nicht einmal jeder Zweite ging zu den Urnen, an der Weser ein historischer Negativrekord.

Das bedeutet: Selbst wenn alle ins neue Landesparlament eingezogenen Parteien eine Koalition schmiedeten (was natürlich undenkbar ist), verträte das Allparteienbündnis nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten. Und es ist beileibe nicht Zufriedenheit mit der Politik, welche zu der Enthaltung geführt hat nach dem Motto: Warum wählen, wenn alles gut läuft? In einer Umfrage gaben 58 Prozent der Nichtwähler an, dass derzeit keine Partei ihre Interessen vertrete, 46 Prozent wollen ihre Enthaltung als bewusstes Signal der Unzufriedenheit gewertet wissen. Und 68 Prozent der Bremer Nichtwähler äußerten die Meinung, dass die Politiker doch nur ihre eigenen Interessen verfolgten.

> Nichtwähler wollten bewusst ein Zeichen setzen

Die nur schlecht überspielte Gleichgültigkeit, mit der die kritisierten Politiker den Wählerstreik quittieren, könnte ihnen noch gefährlich werden. Der Blick in die Geschichte zeigt: Oft schon waren solche Phasen der Resignation, des bloß untergründigen Grollens der Auftakt für grundstürzende Umwälzungen, für politische Eruptionen, die angesichts der oberflächlichen Ruhe noch kurz zuvor kaum jemand hatte heraufziehen sehen. Nie erscheint der Ozean ungefährlicher als kurz vor dem Tsunami, wenn sich das Meer, still und glatt, weit von der Küste zurückzieht, um dann plötzlich mit unvorstellbarer Zerstörungskraft wiederzukehren.

Einen weiteren Hinweis auf die wachsende Unzufriedenheit der Bürger liefert das Abschneiden der AfD. Was auf den ersten Blick unauffällig wirkt, kommt in Wahrheit einem kleinen Wunder gleich. Die Partei bietet seit Monaten ein desolates Bild. Dennoch haben sie 5,7 Prozent der Wähler angekreuzt. Befragt, erklärten die meisten, dass sie vor allem gegen die Etablierten votieren wollten. Und trotz direkter Konkurrenz durch die AfD haben die „Bürger in Wut" (BiW) mit 3,3 Prozent ihr Ergebnis von 2011 fast halten können.

Hier hat sich ein bürgerliches Potenzial verfestigt, das derzeit unter keinen Umständen zu den etablierten Parteien zurückkehren will, egal wie klein (BiW) oder zerstritten (AfD) die Alternativangebote auch daherkommen mögen.

Bis Anfang 2016 stehen nun keine großen Wahlen mehr an. Ob die etablierten Parteien die Zeit zur Einkehr nutzen? Oder lassen sie die Entfremdung zum Bürger und die Unzufriedenheit vieler Deutscher solange weiter wachsen, bis der Tsunami hereinbricht? Die Wahrscheinlichkeit deutet eher auf das Letztere. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Erbärmlich

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan möchte gern ein großer Staatsmann sein, doch er ist nur ein selbstherrlicher Despot, der offensichtlich die Errichtung eines autokratischen Präsidialsystems in der Türkei anstrebt. Um seine Widersacher mundtot zu machen, tritt er die Grundrechte in seinem eigenen Land mit Füßen. In Deutschland dagegen weiß er sie nur allzu gern zu beanspruchen. So konnte der geübte Volkstribun bei seinem Besuch in Karlsruhe ungehindert 14 000 Anhänger mit nationalistischen Parolen aufhetzten. Die in Deutschland lebenden Menschen mit türkischen Wurzeln forderte er auf, sich hier zu integrieren, dabei aber „die Werte, die Religion und die Sprache ihrer Heimat zu bewahren". Unter Jubelstürmen rief er: „Die Türken in der Bundesrepublik sind die Stimme der Nation." Und weiter: „Ihr seid für uns nicht Gastarbeiter, sondern unsere Stärke im Ausland." Das ist nichts anderes als die Aufforderung zur Unterwanderung der deutschen Gesellschaft.

Rechtlich war gegen Erdogans demagogischen Auftritt nichts zu machen, denn anders als in der Türkei existieren die Versammlungs- und die Meinungsfreiheit in Deutschland glücklicherweise nicht nur auf dem Papier. Aber niemand muss zu dieser Ungeheuerlichkeit schweigen. Doch was tut die deutsche Politik? Sie schweigt! In keinem anderen Land als dem unseren wäre so etwas möglich. Das ist erbärmlich. Erdogan kann zufrieden sein. Schon allein deshalb, weil er den deutschen Politikern etwas voraus hat: Ihm jubeln die Menschen zu, von seinen hiesigen „Kollegen" wollen sie nicht einmal mehr etwas wissen. Siehe die katastrophal niedrige Wahlbeteiligung in Bremen.

Es geht ums Ganze

AfD trotz großer Wahlerfolge in existenzieller Krise

Nicht einmal ihre großen Wahlerfolge können darüber hinwegtäuschen, dass sich die AfD in einer existenziellen Krise befindet. Selbst der Parteichef Bernd Lucke sieht den Fortbestand der AfD in Gefahr. In einem Rundschreiben an die Mitglieder nennt er drei Gründe für die Misere. Zunächst müsse der weitere Verlust „bürgerlicher Mitglieder" gestoppt werden. Dieser liege am „Schmuddelimage, das politische und mediale Gegner der AfD in der öffentlichen Wahrnehmung verpasst" hätten. Die Partei müsse ihr Profil als eine Volkspartei schärfen, „die allen Schichten des Volkes eine Heimat bietet". Mit „steilen Thesen, scharfer Kante und provokativen Aktionen" trage man hingegen zur „Entbürgerlichung" der AfD bei.

Ein weiteres Problem sieht Lucke in der „Grundausrichtung der AfD und ihren inhaltlichen Grenzen".

> Luckes Offensive oder sein letztes Gefecht?

Dabei gehe es nicht um eine selbstverständliche Abgrenzung zum Rechtsradikalismus. Die „programmatische Beschlusslage" der Partei sei eindeutig im Sinne derjenigen, die „wichtige politische Fehlentwicklungen" kritisierten, die „wesentlichen gesellschaftlichen Grundentscheidungen der Bundesrepublik" jedoch akzeptierten. Als drittes Problem sieht Lucke „Karrieristen, Querulanten und Intriganten", die „klammheimliche Freude" daran hätten, „Parteifreunde mit Intrigen Schwierigkeiten zu machen".

Anders als Lucke ist dessen Kontrahent Konrad Adam der Ansicht, dass sich die AfD nicht nur nach einer, sondern nach zwei Seiten hin abgrenzen müsse, nämlich „gegen die Rechtsausleger und die Marktdogmatiker". Die einen wollten den „radikalen Systemwechsel", die anderen ebenso wie Angela Merkel eine „marktkonforme Demokratie". Adam fordert „den Abstand nach beiden Seiten". Nur so lasse sich die Mitte, auf die man Anspruch erhebe, glaubhaft definieren. *J.H.*

In der Klemme

Britisches Wahlergebnis in Brüssel wie eine Bombe eingeschlagen

Der unerwartete Sieg der Konservativen in Großbritannien ist bei der EU in Brüssel wie eine Bombe eingeschlagen, man hatte sich etwas anderes erhofft. Der alte und neue Premier David Cameron wird die EU nun mit einschneidenden Forderungen überziehen.

Die brisanteste ist jene nach einer Einschränkung der „Personenfreizügigkeit" in der Europäischen Union und die Begrenzung des Anrechts von EU-Bürgern, in anderen Ländern der Gemeinschaft Sozialleistungen zu beziehen.

Der Sprecher von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat bereits bekräftigt, dass die Personenfreizügigkeit „nicht verhandelbar" sei. Das ist auch die Haltung von Kanzlerin Merkel und aller im deutschen Bundestag vertretenen Parteien.

> Cameron wird hart bleiben müssen

Cameron aber wird kaum klein beigeben können. Seine Konservativen haben die Wahlen nur gewonnen, weil sie gerade bei der heiklen Einwanderungsfrage rechtes Profil gezeigt haben. Nur auf diese Weise konnten sie die EU-Gegner der Unabhängigkeitspartei (Ukip) in die Schranken weisen.

Und bis spätestens 2017, so ein weiteres Versprechen, werden die Briten per Volksabstimmung entscheiden dürfen, ob sie Teil der EU bleiben wollen oder nicht. Gibt Cameron bei den zentralen Forderungen an die EU aber vorher nach, erhöht das die Möglichkeit, dass die Inselbewohner für den Ausstieg votieren. Brüssel und London sitzen in der Klemme.

Die Schotten wollen, im Unterscheid zu den Engländern, in ihrer großen Mehrheit in der EU bleiben. Daher steht des Weiteren zu befürchten, dass ein von den Engländern erzwungener Ausstieg Britanniens aus der EU die Frage nach einer schottischen Unabhängigkeit erneut auf den Tisch bringt. *H.H.*

Bis heute keine Aufarbeitung

Am 2. Mai jährte sich zum ersten Mal das Massaker von Odessa, bei dem im Gewerkschaftshaus der ukrainischen Hafenstadt mindestens 48 Menschen verbrannt wurden. „Deren einzige Schuld bestand darin“, stellt das russische Außenministerium fest, „dass sie ihre ablehnende Haltung zum verfassungswidrigen Staatsstreich in Kiew zum Ausdruck gebracht hatten.“ Auslöser des Verbrechens war, dass sich in Odessa Menschen zusammengefunden hatten, die für ein Referendum zum Putsch in Kiew aufriefen. Unwidersprochenen Zeugenaussagen zufolge waren es Trupps aus dem Rechten Sektor, die auf die Demonstranten losgingen. Einige der Demonstranten flohen vor den Schlägern in das Gewerkschaftshaus. Daraufhin versperrten die Anhänger der Machthaber in Kiew die Zugänge und warfen Brandsätze in das Gebäude. Zahlreiche Menschen verbrannten, manche suchten sich durch einen Sprung aus dem Fenster zu retten, wurden aber dann von dem Mob niedergeprügelt. Bei alldem sah die Polizei tatenlos zu. Dass die Schlägertrupps mit Billigung der neuen Obrigkeit gehandelt hatten, ist auch daraus zu schließen, dass bis heute die ukrainische Justiz keine Schritte unternommen hat, um das Verbrechen aufzuklären.

Das russische Außenministerium nahm den Jahrestag zum Anlass, die Erinnerung an die Untat wachzurufen und nannte es nicht akzeptabel, dass Politiker und Medien in Europa und den USA das Massaker weitestgehend ignorierten. Die Straflosigkeit einer solchen Tat schaffe einen schrecklichen Präzedenzfall. Das Außenamt in Moskau weiter: „Wir rufen die Weltgemeinschaft, insbesondere die Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen, dazu auf, die ukrainischen Behörden zu genauen und unparteiischen Ermittlungen zu bewegen.“

Massaker von Odessa bleibt ungesühnt

Das Schweigen gebrochen haben der deutsche Journalist Ulrich Heyden und der Filmemacher Marco Benson, welche die 45-minütige Dokumentation der Ereignisse „Lauffeuer – Eine Tragödie zerreißt Odessa zu Beginn des Ukrainischen Bürgerkrieges“ erstellt haben. „Wir arbeiteten in einem völlig anderen Rechtsraum“, so Heyden, „wo ein Massenmord passiert ist, wo aber keine wirklich abgeschlossene Untersuchung stattgefunden hat – auch keine Spurensicherung.“ Der Film solle keine politische Analyse sein, sondern nur eine Darstellung der Ereignisse nach Zeugenaussagen und Videos. Heyden weiter: „Aus dem Film wird ersichtlich, dass 1500 bis 2000 Leute aus diesem Majdan-Spektrum, aus Kiew und aus anderen ukrainischen Städten nach Odessa transportiert wurden. Es war ein ganz klares Bild: Die Majdan-Aktivisten, Hundertschaften und auch Leute vom Rechten Sektor wurden mit Bussen und einem Sonderzug herangeschafft. Es ist deutlich zu sehen, dass sie perfekt ausgerüstet waren mit Knie- und Armschützern, mit Schilden et cetera. Man spürte schon, sie planen eine Aktion.“ Man habe den Eindruck gewinnen müssen, dass die ganze Sache geplant gewesen sei, so Heyden.

Die Polizei hat die randalierende Masse nicht davon abgehalten, zum Gewerkschaftshaus zu gehen, sie stand über 100 Meter abseits und griff nicht ein. Als Helfer Überlebende aus dem brennenden Haus befreiten, wurden sie zwei Tage lang eingesperrt, während die Mörder bis heute unbehelligt blieben.

Florian Stumfall

Die westliche Mär von der Isolierung

26 Staats- und Regierungschefs nahmen an der russischen Siegesparade auf dem Roten Platz teil



Demonstrieren ihre Verbundenheit mit Russland: Abordnung der chinesischen Streitkräfte bei der Militärparade in Moskau Bild: Getty

Russland ist bei Weitem nicht so isoliert, wie hierzulande oft behauptet wird. Das zeigte sich jetzt wieder anlässlich der Militärparade vom 9. Mai, mit der der 70. Jahrestag des Sieges der Sowjetarmee über das Dritte Reich gefeiert wurde.

Trotz des Boykotts vonseiten der USA und der EU waren der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sowie 26 Staats- und Regierungschefs aus aller Welt auf dem Roten Platz anwesend. Darunter befanden sich nicht zuletzt die politischen Führer der BRICS-Staaten, wobei die Präsidenten Indiens und Chinas, Pranab Mukherjee und Xi Jinping, hier ganz eindeutig an der Spitze der Riege der Ehrengäste rangierten. Ihre beiden Länder waren sogar mit eigenen Militäreinheiten bei der Parade vertreten – offiziell wegen früherer Verdienste im Kampf gegen Adolf Hitlers Verbündeten Japan, tatsächlich aber natürlich vor allem, um den Schulterschluss mit diesen asiatischen Großmächten zu demonstrieren.

Darüber hinaus schrieb Wladimir Putin den Europäern in seiner kurzen Ansprache zu Beginn der Truppenschau ins Stammbuch, dass es ihnen wohl kaum gelungen wäre, das Dritte Reich niederzuringen, wenn es die Sowjetunion nicht gegeben hätte. Zugleich vermied es der russische Präsident aber peinlichst, Öl ins Feuer zu gießen und die Ukraine-Krise oder andere heikle Themen anzusprechen.

> Die Parade war die größte aller Zeiten, wies aber versöhnliche Element auf

Dem folgte eine militärische Machtdemonstration, die ebenfalls versöhnliche Elemente aufwies. Der Kreml präsentierte zwar 16000 Soldaten, 194 Fahrzeuge und 143 Flugzeuge beziehungsweise Hubschrauber, was die Parade zur größten aller Zeiten machte, zeigte jedoch im Gegensatz zu früher nur ein einziges atomares Erstschlagsinstrument, nämlich die mobile Interkontinentalrakete RS-24 „Jars“ mit Mehrfachsprengköpfen.

Das heißt, es dominierten die konventionellen Waffensysteme, von denen viele zum ersten Male zu sehen waren, wie die Schützenpanzerwagen „Bumerang“, „Kurganez 25“, „Rakuschka“, BTR-82AM und T-15, die Panzerabwehrlenkwaffe SK 135 „Kornet“, die Selbstfahrhaubitze „Koalizija-SW“, der Raketenwerfer K-300 „Bastion“ und der Mehrzwecktransporter „Ural Taifun“. Mit besonderer Spannung erwartet wurde außerdem der neue Kampfpanzer T-14 „Armata“, der mit seiner innovativen Turmkonstruktion dann tatsächlich schon fast futuristisch anmutete, wobei sich jedoch erst noch erweisen muss, ob Russland damit tatsächlich einen militärtechnischen Sprung nach vorne gemacht hat. Immerhin war einer der angeblichen Super-Panzer, von dem bis 2020 bemerkenswerte 2300 Stück gebaut werden sollen, bei der Generalprobe direkt vor der Ehrentribüne auf dem Roten Platz liegengeblieben.

Weniger Neuigkeiten bot hingegen die Flugschau. Zwar gaben hier die schon länger im Dienst befindlichen Mehrzweckkampflugzeuge Suchoj Su-30 SM und 35 ihr Debüt im Rahmen einer öffentlichen Vorführung, aber der eigentlich als weiterer Höhepunkt gedachte fortschrittliche Tarnkappenjäger Suchoj T-50 fehlte, weil er wegen noch bestehender technischer Probleme nicht im Luftraum über Moskau operieren darf.

Dennoch freilich wird die Parade eine nachhaltige Wirkung auf alle Gegner und Konkurrenten Russlands ausüben. Außerdem wären da noch die ökonomischen Konsequenzen. Putins Reich hält derzeit bereits einen Marktanteil von 27 Prozent beim weltweiten Handel mit Rüstungsgütern – knapp hinter den USA, die auf 29 Prozent kommen – und nach der werbewirksamen Vorführung vom Roten Platz steht nun zu erwarten, dass es diese Position noch ein gutes Stück ausbauen und hierdurch seine Staatsfinanzen sanieren kann.

Wolfgang Kaufmann

Kanzlerin an der Seite der Vertriebenen

LO-Sprecher und BdV-Vizepräsident Stephan Grigat begrüßte Merkel bei Jahresempfang

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich zu den Anliegen der Vertriebenen bekannt. Beim diesjährigen Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen (BdV) erklärte sie, die Erinnerung an das Schicksal der von Flucht und Vertreibung Betroffenen bleibe auch weiterhin „Mahnung und Auftrag, dafür Sorge zu tragen, dass uns und künftigen Generationen ein solches Leid erspart bleibt“. Auch vor dem Hintergrund heutiger Flüchtlingsströme sei es daher gut, dass mit dem bundesweiten Gedenken an die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni, dem Weltflüchtlingstag, die öffentliche und politische Wahrnehmung der Themen Flucht und Vertreibung gestärkt werde. Genauso wichtig seien die Kulturarbeit, aber auch die vielen Brücken, die Vertriebene und Aussiedler in ihre Heimatgebiete bauten. Die Bundeskanzlerin bedankte sich beim BdV ausdrücklich für dieses „breite und unermüdliche Engagement“.



In prominenter Runde: LO-Sprecher und BdV-Vize Stephan Grigat (4. v.li.) mit Bundeskanzlerin Merkel

Bilder (2): André Wagenzik



Der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, Baden-Württembergs BdV-Landesvorsitzender Arnold Tölg, LO-Sprecher Stephan Grigat und der Vorsitzende des Netzwerks Aussiedler der CDU, Heinrich Zertik MdB (v. li.)

Neben Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und BdV-Vizepräsident, als einem der Gastgeber nahmen zahlreiche prominente Gäste an der Veranstaltung teil, darunter Altbundespräsident Christian Wulff, der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig MdB, der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen in Polen, Bernard Gaida, und mehrere Bundesminister.

BdV-Präsident Bernd Fabritius MdB erklärte, den Bogen zu spannen „von den Flüchtlingsdramen der Vergangenheit zu denen der Gegenwart, Historisches und Aktuelles zueinander in Beziehung zu setzen und beides gleichermaßen in den Blick zu nehmen“, wie Merkel es ausgedrückt habe, sei ein Ansatz, den die Bundesregierung und der BdV teilten. Ferner wies er darauf hin, dass das diesjährige Leitwort des BdV-Jahresempfangs, „Vertreibungen sind Unrecht – gestern wie heute“, brandaktuell sei. Hinter jeder der öffentlich gewordenen Flüchtlingszahlen ständen schließlich „ebenso viele Einzelschicksale, deren Leidensweg viele Mitmenschen in Deutschland nur erahnen können“.

PAZ

Wer profitiert vom NSA-/BND-Skandal?

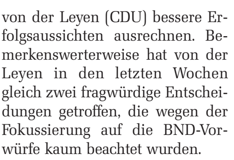
Die Angela Merkel gefährlich werdenden Enthüllungen setzen beachtliches Insiderwissen voraus

Sah es zunächst so aus, als könne Angela Merkel die Vorwürfe um die Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit dem US-Geheimdienst NSA von sich fernhalten, so wächst sich die Angelegenheit für sie immer mehr zu einem politischen Risiko aus.

Vor allem Vizekanzler Sigmar Gabriel scheint es darauf anzulegen, auf Kosten des Koalitionspartners CDU die Vorwürfe politisch auszuschlachten. Taktisch geschickt hat Gabriel der Kanzlerin die sprichwörtliche Pistole auf die Brust gesetzt. Zum einen steht Merkel beim Vizekanzler nun im Wort, der Bundesnachrichtendienst habe der NSA nicht bei der Wirtschaftsspionage in Europa geholfen. Sollten weitere Enthüllungen das Gegenteil beweisen, wäre die Glaubwürdigkeit der Kanzlerin erschüttert. Mehr noch. Gabriel hat Merkel persönlich für eine Aufklärung der Vorwürfe verantwortlich gemacht. Damit droht Merkel in eine Zwickmühle zu geraten. Mit Washington ist per Vertrag vereinbart, dass Details der Geheimdienstkooperation nur einvernehmlich nach außen gegeben werden. Allein schon, weil dies Rückschlüsse auf die Arbeitsweise des NSA ermöglichen würde, gilt es als unwahrscheinlich, dass Washington eine Freigabe von Informationen erlauben wird. Hält sich Merkel an das, was mit den US-Amerikanern vereinbart wurde, steht sie hierzulande als diejenige dar, die eine Aufklärung verhindert. Ordnet die Kanzlerin an, dass Interna der Kooperation enthüllt werden, ist mit einer eisigen Reaktion aus Washington zu rechnen.

Jüngst bekannt gewordene E-Mails, die im Jahr 2013 zwischen Berlin und Washington zu einem „No-Spy-Abkommen« ausgetauscht wurden, sind ohnehin geeignet, die Glaubwürdigkeit Merkels zu untergraben. Anders, als dies der damalige Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) in der Öffentlichkeit dargestellt hat, scheinen die USA nämlich keineswegs in Aussicht gestellt zu haben, auf Spionage gegen Deutschland zu verzichten. Im Raum steht damit der Verdacht, dass im Wahlkampfjahr 2013 bewusst die Unwahrheit gesagt wurde.

Diese Enthüllungen wären nicht ohne beachtliches Insiderwissen möglich gewesen. An die Medien durchgestochen wurde eine Kommunikation auf hoher politischer Ebene. Es stellt sich die Frage, wer Zugriff auf solches Datenmaterial hat und gleichzeitig daran interessiert ist, dass derartige Informationen gerade jetzt in Deutschland an die Öffentlichkeit gelangen. Zumindest momentan scheinen die Vorwürfe um den BND die Popularität Merkels sinken zu lassen, während sich einzelne SPD-Politiker über Rückenwind freuen können. So hat laut Infratest-dimap die Kanzlerin ihre Spitzenposition in der Wählergunst verloren. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) liegt nun mit 74 Prozent allein auf Platz eins der beliebtesten Politiker Deutschlands. Auffällig stark verbessern konnte sich Sigmar Gabriel, der nun auf eine Zustimmung von 53 Prozent kommt. Regelrecht abgestürzt in der Wählergunst ist dagegen Thomas de Maizière (CDU), der lange als Favorit für eine Merkel-Nachfolge galt. Nur noch 38 Prozent der Befragten sind mit der Arbeit des Innenministers zufrieden.


Außer Merkel sind auch de Maizière und Pofalla Opfer der Enthüllungen

Neben den Vorwürfen, dass der BND dem US-amerikanischen Dienst NSA bei der Spionage in Europa geholfen habe, dürften es vor allem die Vorgänge um das Gewehr G-36 sein, die dem Ruf des ehemaligen Verteidigungsministers geschadet haben. Dass de Maizière im Rennen um eine Kanzlerschaft damit noch Chancen hat, scheint fraglich.

Zumindest zurzeit kann sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) bessere Erfolgsaussichten ausrechnen. Bemerkenswerterweise hat von der Leyen in den letzten Wochen gleich zwei fragwürdige Entscheidungen getroffen, die wegen der Fokussierung auf die BND-Vorwürfe kaum beachtet wurden.

Zum einen hat sie entschieden, sich mit 210 Millionen Euro am Bau eines französischen Systems optischer Spionagesatelliten zu beteiligen. Da Deutschland technologisch dazu selbst in der Lage ist, wäre auch eine Vergabe an die deutsche Raumfahrtindustrie möglich gewesen. Laut einem Bericht der „Welt“ hält selbst von der Leyens Parteifreund Klaus-Peter Willsch (CDU) die Entscheidung der Ministerin „freundlich ausgedrückt für suboptimal“. Schärfer fällt die Kritik des Frankreichexperten und außerplanmäßigen Professors für öffentliche Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Berlin Markus C. Kerber aus, der von der Leyen vorwirft, vor Pariser Interessen zu kuschen.

Zum anderen will die Ministerin vom Airbus-Konzern für 475 Millionen Euro Rechte an Radardaten für eine militärisch nutzbare Drei-D-Weltkarte erwerben. Das Sammeln der Daten hat der Steuerzahler allerdings schon einmal bezahlt. Das staatliche Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) hatte die entsprechenden Satelliten zusammen mit Airbus ins All gebracht. Medienberichten zufolge, trug das DLR von den 400 Millionen Euro, die das Satellitensystem gekostet hat, satte 80 Prozent. Vermutet wird inzwischen, dass man es im Verteidigungsministerium beim Start der Satellitenmission schlicht verschlafen hat, Interesse an einer kostenlosen Nutzung des Datenmaterials anzumelden.

Norman Hanert


Im Gegensatz zur Kanzlerin, deren Beliebtheit unter den Enthüllungen leidet, profitieren ihre drei Minister davon: Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel, Angela Merkel und Ursula von der Leyen Bild: dpa

MELDUNGEN

Asylbewerber töten Landsmann

Haldensleben – Drei Asylbewerber aus Indien haben in der Nacht zum vergangenen Sonntag einen Landsmann mit bloßen Händen zu Tode geprügelt. Die Tat ereignete sich in einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Haldensleben in der Börde (Sachsen-Anhalt). Nach Angaben der Polizei war es zuvor zu einem Streit zwischen dem 34-jährigen Opfer und seinen drei Kontrahenten gekommen. Der Mann starb den Polizeiangaben zufolge an den Folgen „massiver Gewaltanwendung“, ohne dass dabei Waffen zum Einsatz gekommen sein sollen. Die Hintergründe der Tat sind unbekannt. Die Polizei ermittelt gegen die drei Beschuldigten, die unter Alkoholeinfluss gestanden haben sollen, wegen des Verdachts auf Totschlag. *J.H.*

Masern wurden eingeschleppt

Berlin – Die aktuell grassierenden Masern haben sich anfangs vornehmlich unter Asylbewerbern verbreitet, von denen die meisten aus Bosnien und Serbien stammten. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor. Schwerpunkt der Verbreitung der Viruserkrankung ist demnach Berlin. Gemäß dem epidemiologischen Wochenbericht des Berliner Landesamtes für Gesundheit und Soziales liegt der Anteil der Asylsuchenden unter den an Masern erkrankten Menschen beim aktuellen Ausbruch bei 15 Prozent. Daher sieht die Bundesregierung „auch Asylbewerber sowie Flüchtlinge“ als eine „wichtige Zielgruppe“ für die Schließung von Impflücken an. Sie weist darauf hin, dass sich auch Asylsuchende kostenlos impfen lassen könnten. Die vollständige Kostenübernahme aller empfohlenen Schutzimpfungen sei gewährleistet. *U.M.*

Air Berlin vom Aus bedroht

Großaktionär Etihad Airways will kein weiteres Geld zuschießen

Trotz aller Sanierungsbemühungen hat die Fluggesellschaft „Air Berlin“ vergangenes Jahr den höchsten Verlust ihrer Geschichte eingeflogen. Bringt ein vorgelegter Drei-Stufen-Plan nicht schnell die Kehrtwende, droht Deutschlands zweitgrößter Fluglinie das Aus.

Wie der Jahresbericht für 2014 zeigt, hat Air Berlin das vergangene Jahr mit einem Rekordverlust von fast 377 Millionen Euro abgeschlossen. Das Konzern-Eigenkapital, das 2013 bereits mit 186,1 Millionen Euro im Minus gelegenen hatte, erreichte mit minus 415,6 Millionen einen neuen Negativrekord. Aus Sicht des erst seit Februar amtierenden Vorstandschefs Stefan Pichler hat Air Berlin nur eine einzige Chance: „Wir haben nur einen Schuss. Die Bereitschaft unserer arabischen Aktionäre, weiteres Geld zuzuschießen, ist nicht mehr vorhanden.“ Vor dem Hintergrund, dass der Großaktionär Etihad Airways langsam die Geduld zu verlieren scheint, wurde nun das Ziel ausgegeben, die Fluglinie in den nächsten zwei Jahren endlich rentabel zu machen.

Das ist leichter gesagt als getan. Die Auslastung ist zwar hoch, aber der Ertrag ist zu niedrig. Abhilfe soll unter anderem die massive Aufwertung des österreichischen Tochterunternehmens „Niki Luftfahrt“ schaffen. Der Vorteil der einst vom früheren Rennfahrer Niki Lauda gegründeten Fluglinie ist ihre wesentlich bessere Kostenstruktur. „Die Stückkosten liegen um 13 bis 15 Prozent unter der Air Berlin. Sie soll daher künftig mehr Flüge übernehmen“, so Pichler. Dafür soll Niki Luftfahrt bis zu zehn Flugzeuge dazu bekommen.

Dass Schritte wie diese tatsächlich noch ausreichen werden, sich gegen die zunehmende Konkurrenz der Billigflieger zu behaupten, ist fraglich. So hat Michael O’Leary, der Chef des Billigfliegers „Ryanair“, erst vor Kurzem eine neue Runde im Preiskampf unter den Fluglinien angekündigt. Ryanair werde Einsparungen durch den niedrigeren Ölpreis an seine Kunden weiterreichen, so O’Leary in der französischen Presse. Damit nicht genug. Auch die großen Fluglinien wie Lufthansa oder British Airways/Iberia setzen immer stärker auf eigene Billigableger und erhöhen so den Preisdruck in der Branche.

Stefan Pichler: »Wir haben nur einen Schuss«

Erschwerend kommt für Air Berlin Zeitdruck hinzu. Bereits im November muss eine Unternehmensanleihe in Höhe von 195 Millionen Euro bedient werden. Gleichzeitig scheint offen, woher Geld für nötige Investitionen kommen soll. Vor diesem Hintergrund warnte die „Neue Zürcher Zeitung“ unlängst sogar vor der Gefahr eines „Grounding“, einer Einstellung des Flugbetriebs, sollte der finanzielle Aderlass bei Air Berlin nicht bald gestoppt werden.

Sollte es tatsächlich bei Deutschlands zweitgrößter Fluglinie zu einem Aus kommen, hätte dies auch für Berlin-Tegel als Heimatflughafen von Air Berlin weitreichende Auswirkungen. Die Fluggesellschaft ist mit Abstand der wichtigste Kunde der Berliner Flughäfen und befördert rund jeden dritten Passagier im Berliner Luftverkehr. Auch in den Planungen für den neuen Großflughafen BER ist Air Berlin eine ganz wichtige Größe. Eine Pleite der Fluglinie würde nicht nur rund 9000 Arbeitsplätze in der Region Berlin und Brandenburg gefährden, sondern auch die Einnahmekalkulation für den neuen Hauptstadtflughafen obsolet machen. *N.H.*

Tribunal gegen Berlin

UN-Ausschuss befragt Regierungsdelegation zur Ausländerpolitik

Vertreter der Bundesregierung mussten in den vergangenen Tagen in Genf zum Rapport antreten. Eine Kommission der Vereinten Nationen hatte Fragen zum angeblichen Rassismus in der Bundesrepublik. Dieses Prozedere wiederholt sich zwar turnusmäßig, aber die Vorwürfe gegen Deutschland sind massiv. Seit 1969 besteht die Uno-Konvention zur Beseitigung des Rassismus, bereits zum 14. Mal musste sich die Bundesregierung rechtfertigen. Im Vorfeld hatten Nichtregierungsorganisationen (NGO) mächtig Stimmung gemacht. So hätten die Pegida-Demonstrationen deutlich gemacht, dass „Rassismus sich nicht nur in rechtsextremen Milieus, sondern in der gesamten Gesellschaft findet“, erklärte das Deutsche Institut für Menschenrechte gegenüber „Spiegel Online“. Auch die wohl weltweit bekannteste Menschenrechtsorganisation, Amnesty International, schaltete sich in die Debatte ein: „Viele Politiker und Parteien grenzen sich nicht konsequent von rassistischen Ressentiments, Stereotypen und Vorurteilen ab“, erklärte die Generalsekretärin Selmin Çaliskan. Die Bundesregierung wehrte sich in einem von mehreren Ministerien verfassten Bericht gegen die Vorwürfe und wollte belegen, dass Deutschland genug zum Schutz der im Land lebenden Minderheiten unternimmt.

Doch die Vorzeichen standen in diesem Jahr ungünstig. Erstmals nahmen sieben NGO an den Anhörungen teil und konnten den Regierungsvertretern Fragen stellen. Bislang hatten die Organisationen nur ein schriftliches Eingaberecht. Zu den deutschen Teilnehmern gehörten unter anderem die kirchlichen Organisationen von Diakonie und Caritas sowie eine Gruppe von Nebenklageanwälten aus dem NSU-Prozess und das Deutsche Institut für Menschenrechte. Als problematisch sei in Genf der deutsche Umgang mit „Racial Profiling“ gewertet worden, Darunter fallen Kontrollen von Menschen wegen äußerlicher Merkmale, beispielsweise auf Bahnhöfen oder Flughäfen. Dieses wird als Verstoß gegen das EU-Recht gewertet. Menschenrechtsorganisationen wollen in der Bundesrepublik einen Anstieg solcher Fälle registriert haben. Zudem verweist Amnesty International auf eine neue Statistik mitteldeutscher Opferberatungsstellen, die einen Anstieg rassistischer Gewalt um fast ein Drittel ausgemacht haben wollen. Bemängelt wurde auch, dass in einigen deutschen Kommunen Flüchtlinge vom Zugang zum Wohnungsmarkt ausgeschlossen seien. Zudem sei es für Opfer von rassistischer Diskriminierung noch vergleichsweise schwierig, juristische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Almut Wittling-Vogel, Leiterin der Unterabteilung für Menschenrechte im Justizministerium, führte die deutsche Delegation an. Sie war sich sicher, „dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben“.

Erstmals nahmen sieben NGO an den Anhörungen teil

Wohl schon in der kommenden Woche will die Uno ihre Empfehlungen an die Bundesregierung mitteilen. Allgemein wird erwartet, dass man Deutschland raten wird, mehr Geld für den „Kampf gegen rechts“ auszugeben. „Wir hoffen, dass die Uno klar dazu beiträgt, dass die Bekämpfung von Rassismus in Deutschland endlich zu einem wichtigen Politikfeld wird“, erklärte Petra Follmar-Otto vom Deutschen Institut für Menschenrechte. Kritiker weisen darauf hin, dass die zusätzlichen finanziellen Mittel auch den Organisationen zukommen dürften, die im Vorfeld eifrig Argumente gegen die Bundesrepublik gesammelt hatten. *Peter Entinger*

In Nordkorea regnet es US-Dollarnoten

Wie das kommunistische Regime in Pjöngjang von Exilanten propagandistisch bekämpft wird – und wie es darauf reagiert

Vor acht Jahren schlossen sich in Südkorea mehrere Gruppen nordkoreanischer Flüchtlinge zusammen und begannen sehr bald, die kommunistische Diktatur in ihrer bisherigen Heimat zu bekämpfen. Das tun sie bis heute, wie die *PAZ* hier exklusiv dokumentiert.



Start im Süden: Die Ballons platzen über dem Norden und lassen dann Propagandamaterial vom Himmel fallen Bild: Schlomann

Ihre wichtigste Waffe sind Flugblätter, vereinzelt werden sie per normaler Post von Japan aus eingeschmuggelt, da es einen innerkoreanischen Postverkehr seit 1948 nicht mehr gibt. Durchweg aber werden sie nachts mit riesengroßen Luftballons nach Nordkorea verschickt, wo sie über einem im Voraus in etwa bestimmbaren Gebiet zerplatzen und ihre papierenen Botschaften dann auf die Erde niederregnen lassen. Ihre Auflage betrug in den letzten Jahren durchweg monatlich 200 000, bei besonderen Anlässen sogar bis zu einer halben Million. Manche sind aus extra leichtem, oft zugleich wasserfestem Papier, viele sind bunt, fast alle tragen keinen Absender. Ihr Inhalt zieht zumeist Vergleiche zwischen dem Leben im Nordteil und dem Süden der Halbinsel, erinnert an die vielen nicht erfüllten Versprechungen des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un, während andere das Luxusleben der Führungselite in Pjöngjang im krassen Gegensatz zum sehr niedrigen Lebensstandard der Untertanen anprangern. Klein-Zeitungen berichten über die allgemeine Weltlage.

Die begehrtesten Flugzettel sind indes die – echten – Ein-US-Dollar-Banknoten, die ebenfalls aus dem Himmel fallen. Bekannt wurden mehrere Aktionen von je 3000 solcher Geldgeschenke vor Jahren, doch sollen solche ebenfalls in jüngster Zeit erfolgt sein. Natürlich ist der US-Dollar streng verboten, doch ist er auf dem Schwarzmarkt Nordkoreas längst zur ersten Währung geworden, kann man in den Luxus-Läden für Ausländer damit sonst unerreichbare Waren kaufen und in diesem korruptesten Land der Welt auch Funktionäre bestechen.

Bei Hungersnöten und Epidemien in nordkoreanischen Provinzen tragen die Ballons kleine Päckchen mit Lebensmittelrationen, notfalls auch Medikamente. Sehr beliebt sind die nur 23 Gramm leichten DVD mit Aufzeichnungen aus südkoreanischen Fernsehserien; sie sind mit einer stärkeren watteähnlichen Umhüllung versehen, die ein unbeschädigtes Landen garantieren. Zumeist haben sie eine Auflage von 10 000, manche scheinen durch chinesische Schmuggler ins Land gekommen zu sein. Um sie bei Kontrollen der Geheimpolizei als „linienkonform“ zu tarnen, beginnt ihr Text neuerdings oft mit nordkoreanischen Propaganda-Filmen.

Auf gleichem Luftwege werden seit Jahren Mini-Radioempfänger nach Nordkorea gebracht, die Menschen dort dürfen nur den Staatsrundfunk hören. Doch bereits 2004 hatten Flüchtlinge in Südkorea die illegale Sendestation „Freies Nordkorea“ errichtet, die jeden Tag fünf Stunden über den 38. Breitengrad ausstrahlt. Bald danach entstand „Radio Freies Chosun“ (Korea) mit seiner täglichen Drei-Stunden-Sendung. Speziell zur ideologischen Zersetzung der Führungskreise Pjöngjangs arbeitet seit 2008 jeden Tag eine Stunde das „Radio für Reformer in Nordkorea“.

Erwartungsgemäß wird der Besitz von Flugblättern und das Abhören dieser Sender im Norden mit sehr harten Strafen geahndet. Oftmals werden Armeeeinheiten zum Absuchen Flugblatt-„verseuchter“ Gebiete eingesetzt. Nachdem das Regime lange versucht hatte, diese Widerstandsaktivitäten zu verschweigen, gibt es seit 2010 die „Feindpropaganda“ öffentlich zu. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Flugblättern und Radiosendungen findet in der sonst allumfassenden Propaganda Nordkoreas nicht statt.

Zu einer Verschärfung der Situation kam es Ende 2014 durch die von Sony Pictures produzierte Komödie „The Interview“, die den nordkoreanischen Diktator mit viel Häme und Spott überzog, woraufhin Pjöngjang sofort „gnadenlose Vergeltung“ ankündigte und die Server in großem Maße mit Hackern attackierte. Wenige Wochen später ließen Flüchtlingsgruppen in zwei Nächten diesen Film in 100 000 Exemplaren über Nordkorea abwerfen. Dort bezeichnete man diese Aktion als „das größte Hindernis“ für ein Treffen zwischen Kim Jong-un und der südkoreanischen Präsidentin Park Geun-hye. Sollten im Norden tatsächlich menschliche Erleichterungen und Fortschritte beim Abbau seiner atomaren Aufrüstung zu spüren sein, wollten die Flüchtlinge im Interesse der Wiedervereinigung ihres Landes sofort ihre Tätigkeiten einstellen – erwartungsgemäß baute Pjöngjang sein nukleares Potenzial nicht einmal andeutungsweise ab, sind seine Atomwaffen doch das einzige Mittel, mit dem es die westliche Welt bedrohen und zu erpressen versuchen kann. Andererseits forderten einige Personen in Südkorea ihre Regierung zum Verbot der Flugblätter auf, da diese einer Entspannung im geteilten Lande entgegenstünden. Seouls Antwort aber war bis heute eindeutig, indem es auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung auch gerade für Flüchtlinge verwies. Es war kaum Zufall, dass ein aus Nordkorea Geflohener unter Berufung auf diese Feststellung den südkoreanischen Start mit dem Hinweis verklagte, er sei von südkoreanischen Polizisten an einem Staat eines Flugblatt-Ballons gehindert worden.

일본에서 이 전단을 보냅니다

Aus extra dünnem Papier, um bei drohender Verhaftung schnell und leicht verschluckt werden zu können: Propagandaflugblatt Bild: Schlomann

Mitte März erinnerte eine Gruppe daran, dass am 26. März vor fünf Jahren Nordkorea die südkoreanische Korvette „Cheonan“ versenkt hat und kein Besatzungsmitglied dabei überlebte. Sie kündigte an, dass sie zur Erinnerung an dieses Verbrechen an jenem Tage 500 000 Flugblätter, zumeist aber die DVD „The Interview“ nach dem Norden schicken werde. Dessen Webseite „Uriminzokkin“ bewertete dies als „ausdrückliche Kriegserklärung“. Man wolle, so erwiderte die Gruppe, von dieser – einmalig umfangreichen – Aktion absehen, wenn Nordkorea sich für den damaligen Feuerüberfall entschuldige. Dazu kam es indes bis heute nicht.

Gewiss um das in Asien so wichtige Gesicht nicht zu verlieren, verbreitete man dort die Meldung, die auch in einigen europäischen Zeitungen abgedruckt wurde, Seoul hätte „das Unternehmen untersagt aus Angst vor Racheakten“. Die Wahrheit indes ist, dass diese Aktion mit ihren 500 000 DVD und Flugblättern voll und ganz durchgeführt wurde und keinerlei Reaktionen Pjöngjangs erfolgten.

Naheliegenderweise können weder DVD noch Flugblätter die nordkoreanische Diktatur zum Wanken, geschweige denn zum Einsturz bringen. Doch immer mehr Menschen dort werden die Wahrheit über ihr Regime und die Verlogenheit von deren Propaganda durchschauen.

Dennoch scheinen die Machthaber im Norden Koreas Angst um ihre Macht zu haben. Einen deutlichen Hinweis gibt ihre ganzseitige Anzeige in der einflussreichen und überregionalen Tageszeitung „The New York Times“ vom 14. März. Sie schieben dabei imaginäre US-Koreaner vor und nennen als Hinweis auf den Absender „www.koamforpeaceforusaanddprk.org“, die Internetseite von „Korean Americans for Peace for the U.S.A. & North Korea & South Korea“. Die vier Buchstaben „dprk“ stehen für „Democratic People’s Republic of Korea“ (Demokratische Volksrepublik Korea). In „einem offenen Brief an Präsident Obama“ fordern sie eine „friedliche Politik gegenüber Nordkorea“. Wohl um den Anschein von Neutralität und Objektivität zu erwecken, wird der offizielle Staatsname Nordkoreas, „Demokratische Volksrepublik Korea“, völlig verschwiegen und ganz schlicht von „Nordkorea“ gesprochen. Im Zusammenhang mit dem „Nationalstolz der Nordkoreaner“ rügt die Annonce den „Einsatz von Ballons durch Flüchtlinge in Südkorea gegen Nordkorea, die angefüllt sind mit bösartigen und abfälligen Bemerkungen über den nordkoreanischen Führer“. Ganz offen stellte dessen Götzenkult das Wichtigste in jenem offenen Brief dar.

Bis heute gibt es im Nordteil Koreas bei aller Führerverehrung kein einziges Buch über Kim Jong-uns Leben. Es wäre allerdings auch äußerst peinlich, wenn die Bevölkerung von seiner Ausbildung in der Schweiz erfahren würde.

Die Kosten für diese Anzeige in der größten Zeitung der USA schätzen Kenner auf 200 000 bis vielleicht sogar 500 000 US-Dollar. Eine Summe, die Pjöngjang anstatt für diese völlig wirkungslose Propagandaaktion wesentlich besser für seine immer noch unterernährten Untertanen hätte verwenden sollen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Flugblatt mit den drei Kims: Kim Il-sung als „totes Schwein“, Kim Jong-il als „dummes Schwein“ und Kim Jong-un als „verrücktes Schwein“ Bild: Schlomann

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Brandenburg schrumpft sich leer

Ausdünnung des Nahverkehrs saugt ländlichen Raum aus – Zürich zeigt, dass es anders geht



Wo man nicht wegkommt, da zieht auch keiner hin: der aufgegebene Bahnhof von Rangsdorf im Speckgürtel von Berlin

Bild: imago

Ob es die geplante Kreisgebietsreform oder Rückbauprogramme für Städte sind – die Anpassung an eine sinkende Bevölkerungszahl scheint insgeheim der Kern der aktuellen Regierungspolitik in Potsdam zu sein. Dass es zu einer Politik des „Kleinschrumpfens“ des Landes durchaus Alternativen gibt, macht ein Beispiel aus der Schweiz deutlich.

Dort hat vor allem der Kanton Zürich seit 1990 eine Verkehrspolitik betrieben, die völlig konträr zu dem steht, was vielerorts in Deutschland, ganz speziell aber in Brandenburg, betrieben wurde. Statt der Ausdünnung des Angebots von Bus und Bahn, haben die Schweizer einen ganz massiven Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in der ländlichen Region um Zürich betrieben. Als Maxime gilt dabei: Alle Siedlungen ab 300 Einwohnern werden mit einer Bus- oder Bahnverbindung bedient.

Resultat der Anstrengungen der letzten 25 Jahre ist, dass der Kanton Zürich mittlerweile über das beste öffentliche Verkehrssystem Europas verfügt. Aus Sicht Brandenburgs sind speziell die demografischen und die wirtschaftlichen Resultate der Verkehrspolitik hochinteressant.

Viele Landgemeinden des Kantons konnten sich in den vergangenen Jahrzehnten über steigende Bevölkerungszahlen freuen. In einigen Kommunen betrug der Zuwachs seit der Eröffnung der S-Bahn im Jahr 1990 bis zu 80 Prozent. Brandenburgs Landesregierung, die in den kommenden Jahrzehnten mit einer zunehmenden Entvölkerung im ländlichen Raum rechnet, wäre gut beraten, sich das Schweizer Beispiel auch noch aus anderen Gründen anzusehen. So kommt die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH) in einer Untersuchung zu dem Schluss, dass sich die Erschließung des Kantons durch die Bahn als regelrechter Entwicklungsmotor für die gesamte Region erwiesen hat.

Im Vergleich dazu wirkt die Verkehrspolitik, die das Land Brandenburg seit 1990 betrieben hat, allzu kurzsichtig. In den Augen von Experten ist Brandenburg lange Zeit vor allem dadurch aufgefallen, dass es als einziges Bundesland keine Eigenmittel zur Bestellung von Verkehrsleistungen aufgewendet hat. Zurückgegriffen wurde auf die vom Bund bereitgestellten „Regionalisierungsmittel“, während Geld aus dem übrigen Landeshaushalt möglichst nicht in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs gesteckt wird.

> Selbst der Speckgürtel nimmt seine Chancen nicht wahr

Die Folgen dieser Herangehensweise sind im Land inzwischen unübersehbar: Das zur Verfügung stehende Geld fließt vor allem in den Betrieb der Regionalbahnlinien, die Städte wie Potsdam, Brandenburg, Cottbus und Frankfurt an der Oder mit Berlin verbinden. Das Angebot in der Fläche des Landes ist dagegen von Ausdünnung und Stilllegungen geprägt. Davon, dass auch der letzte Winkel der Mark Brandenburg wie im Kanton Zürich vorbildlich mit Bus und Bahn erreichbar ist, kann keine Rede sein.

Stiefmütterlich behandelt wurde bislang sogar der sogenannte Speckgürtel um Berlin, der sich eigentlich immer mehr zum Motor des Wirtschaftsaufschwungs in Brandenburg entwickelt. Selbst Gemeinden im unmittelbaren Umland der Hauptstadt mit hohem Entwicklungspotenzial werden bisher von der Potsdamer Landesregierung auf den Sankt-Nimmerleinstag vertröstet, wenn es um S-Bahnverbindungen nach Berlin geht.

Stillschweigendes Motto hinter der Blockadehaltung Potsdams scheint es zu sein, dass der Bau einer neuen Verbindung auch anderswo Begehrlichkeiten weckt. In der Folge warten Umlandgemeinden wie Velten, Rangsdorf und die Region Teltow-Stahnsdorf-Kleinmachnow mittlerweile seit Jahrzehnten auf leistungsfähige S-Bahnverbindungen.

Erstaunlicherweise war die verkehrspolitische Ausgangslage sogar extrem günstig: Im Einigungsvertrag von 1990 war festgeschrieben, dass der Bund den Wiederaufbau des S-Bahnnetzes mit Stand 1961 finanziert. Es lag weniger an Berlin denn an Brandenburgs Angst vor den Betriebskosten für die Verbindungen, dass diese Chance weitgehend verschenkt wurde. Ohnehin ist zu befürchten, dass die Landesregierung mit ihrer knausrigen Herangehensweise bei der Verkehrspolitik Brandenburg insgesamt um viele Chancen gebracht hat. Blickt man etwa auf die Entwicklung rund um Hamburg oder München, dann wird schnell klar, dass der Speckgürtel rund um Berlin noch weit hinter seinen Entwicklungsmöglichkeiten zurück bleibt.

Wie das Schweizer Beispiel zeigt, wirken sich Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr langfristig sehr nachhaltig auf Demografie und Wirtschaftskraft aus. Auch im Umkehrschluss gilt: Wird das öffentliche Angebot, wie in Brandenburg, massiv zurückgefahren, kommt ein Teufelskreis in Gang.

In Dörfern und Städten, in denen es keine Bus- oder Bahnverbindung mehr gibt, sind es Jugendliche und gut qualifizierte Arbeitskräfte, die als erste abwandern. Welche Anziehungskraft Brandenburg entwickeln kann, wenn die Bedingungen stimmen, wird am Beispiel der Landeshauptstadt deutlich.

Wie kaum eine andere deutsche Stadt hat es Potsdam inzwischen geschafft, für Zuzügler aus dem gesamten Bundesgebiet attraktiv zu werden. Folge ist nicht nur ein stabiles Wachstum der Bevölkerungszahl der Landeshauptstadt, sondern auch eine steigende Steuerkraft. Einen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte hat nicht nur das unvergleichliche historische Flair der Preußenresidenz, sondern auch die vergleichsweise gute Anbindung an Berlin. *Norman Hanert*

Tag der Befreiung

Von Vera Lengsfeld

Am 8. Mai war Berlin vom Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges geprägt. Im Reichstag, dem Symbol für multiple Geschichtsfälschungen, fand die größte Veranstaltung statt. Die insgesamt würdevolle, besonders durch die Rede des Historikers Heinrich August Winkler auch angemessene Veranstaltung des Parlaments, wurde leider durch einen Ausspruch seines Präsidenten Norbert Lammert, der sogar Neuere Geschichte im Nebenfach studiert hat, verzerrt.

Lammert verkündete, der 8. Mai 1945 sei ein „Tag der Befreiung für ganz Europa“. Was den Nationalsozialismus betrifft, stimmt das. Was Lammert verschwieg, sprach der polnische Präsident Bronisław Komorowski auf der weit von Berlin entfernten Westerplatte, dem Ausgangspunkt des Zweiten Weltkrieges, aus, wohin seiner Einladung ein paar Historiker und wenige osteuropäische Regierungsmitglieder gefolgt waren.

Komorowski wies darauf hin, dass für Osteuropa der Nationalsozialismus durch die Diktatur Stalins abgelöst wurde. Auch für die sowjetischen Kriegsgefangenen, an deren grausames Schicksal erstmals breit erinnert wurde, war es kein Tag der Befreiung.

Weil sie als Verräter angesehen wurden, blieben sie erst in den nationalsozialistischen KZ inhaftiert, die von den Sowjets befreit worden waren, und landeten dann im Gulag, wo viele umkamen.

Der Reichstag selbst war Ziel eines der absurdesten Kämpfe dieses Krieges. Stalin hatte den Befehl gegeben, das angebliche Symbol von Hitlers Deutschland bis zum Vorabend des 1. Mai zu erobern.

Auf der heutigen Touristenmeile zwischen Pariser Platz und Reichstag verbluteten tausende Rotarmisten beim wiederholten offenen Sturm auf das Gebäude, das von wenigen hundert SS-Männern, darunter dutzende Franzosen, verteidigt wurde. Erst als ein sowjetischer Offizier auf die Idee kam, eine Pontonbrücke über die Spree bauen zu lassen und den Wallot-Bau auch vom Norden her anzugreifen, gaben die Verteidiger auf. Die Graffiti der Brückenbaupioniere sind heute im Reichstag zu sehen, wie auch die Inschrift von Hauptmann Katnikow, der glaubte, an der Eroberung von „Hitlers Versteck“ beteiligt gewesen zu sein.

Das Versteck des Führers, nur einen knappen Kilometer entfernt, konnte während der Kämpfe unerkannt geräumt werden. Es wurde erst am 2. Mai zufällig entdeckt.

Während Lammerts Rede näherte sich von Osten kommend Putins Motorrad-Gang „Nachtwölfe“ ihrem Ziel, dem Ehrenmal für die gefallenen sowjetischen Soldaten in Berlin-Treptow. Eine Inkarnation des russischen Sprichworts, dass bei dem, der seine Geschichte nicht kennt (oder ignoriert), sie als Wolf vor der Tür steht?

»Hat DDR schon so gemacht«

In Brandenburg ist der 8. Mai ab jetzt offizieller Gedenktag

Brandenburg hat laut Beschluss des Potsdamer Landtags einen neuen Gedenktag. Am 8. Mai wird dort künftig an die Befreiung vom Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa erinnert. Die einzige öffentliche Kritik an dem Beschluss kam vom Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe. „Das hat die DDR 1950 schon gemacht ... Man setzt sozusagen eine Tradition fort, ohne hinzuzufügen, dass gerade Brandenburg ab dem 8. Mai 1945 ganz schlimme Sachen erlebt hat: die Vergewaltigungen, die Erschießungen von Zivilisten, die gar nichts getan hatten, die Lager wie Sachsenhausen.“

Von der gewesenen Staatspartei der DDR, der heutigen „Linken“, verteidigte der Abgeordnete Volkmar Schöneburg den neuen Gedenktag. Er will mit landesweiten Projekten die jüngere Generation in diesem Sinne „aufklären“. Schöneburg selbst, der zeitweilig Justizminister in Brandenburg war, hat zum anderen totalitären Regime in Deutschland, der 1990 untergegangenen DDR, eine hinterfragenswerte Meinung. Den Begriff Unrechtsstaat mag er nicht. Das sei eine unwissenschaftliche, moralisierende Verdrängungsvokabel und eine Vulgärapostrophierung. Im Zuge der Aufarbeitung des in der DDR begangenen Unrechts seien die konservativen Machtstrukturen der BRD, die zu verändern seien, der Kritik entzogen worden, die Bundesrepublik sei auf eine „Sonnenscheinversion“ zurechtgeschnitten worden.

> Knabe: Die Leiden vieler Menschen werden ausgeblendet

Genau diese Sicht der Dinge hatte Knabe kritisiert. Wie sollten Politiker, die mehr oder weniger offen Verständnis für ein anderes totalitäres Regime zeigen, als Moralprediger gegen den NS taugen? Mit dem brandenburgischen Gedenktag werde ein undifferenziertes Geschichtsbild erzeugt, zeigte sich Knabe überzeugt.

Das Vorgehen in Brandenburg hat eine Debatte im benachbarten Berlin ausgelöst. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) will einen ähnlichen Gedenktag auch in der Hauptstadt etablieren. Er weiß dabei ein „breites Bündnis“ aus DGB, SPD, Grünen und Linkspartei hinter sich. Parlaments-Vizepräsident Andreas Gram (CDU) ist dagegen: „Es gibt keine Notwendigkeit für einen weiteren Gedenktag.“ Bereits mit dem 27. Januar gebe es einen entsprechenden Gedenktag. Gram findet, dass für diejenigen, „die in kommunistischer Zwangsherrschaft leben mussten“, der 8. Mai kein Tag der Befreiung gewesen sei. *Hans Lody*

Gesetz ignoriert

Asyl: Abschüblinge gehen einfach nicht

In Berlin leben rund 10 000 abgelehnte Asylbewerber. 780 von ihnen sollten nun per Flugzeug in ihre Heimat zurückgebracht werden. Doch nur ganze 34 verließen Deutschland tatsächlich. Der Chef der Ausländerbehörde, Engelhard Mazanke, klagt: „Der Rest ist unserer Aufforderung nicht gefolgt, wir mussten die Flüge stornieren ... Dadurch entstehen erhebliche Kosten.“

> 700 Tickets umsonst gekauft

Früher waren Ausreisepflichtige in Haft genommen worden, um ihre Abschiebung sicherstellen zu können. Im Jahr 2012 erfolgten noch 157 der 363 Abschiebungen aus dem Polizeigefängnis Grünau heraus.

Dann wurde die Praxis geändert. Man wollte ein „humaneres“ Vorgehen gegenüber den Abgelehnten zeigen. Die Zahl der Abschiebungen im Vergleich zu den ausreisepflichtigen Personen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. 2005 gab es in Berlin 19 787 derartige Personen, davon wurden nur rund 1400 Personen tatsächlich abgeschoben. Das entsprach immerhin noch einem Wert von knapp zehn Prozent.

Heute liegen die Abschiebungen im Promille-Bereich. Dabei ist das Verfahren zur Abschiebung im Paragrafen 58 des Aufenthaltsgesetzes genau geregelt. Die Zahlen zeigen jedoch, dass die staatlichen Stellen die Gesetze nur noch lückenhaft anwenden. In der Vergangenheit hat die Asyllobby gelegentlich versucht, Protestaktionen an Flughäfen gegen Abschiebungen durchzuführen. Ausreisepflichtige sind auch schon während des Abschiebevorgangs gegen Vollzugsbeamte gewalttätig geworden. Die Anerkennungsquote von Asylbewerbern ist in den letzten Jahren gestiegen. Sie liegt jetzt bei 30 Prozent. *H.L.*

Peinlicher Brief von der Behörde

Ausgerechnet die Berliner Bildungsverwaltung hat an Eltern von Vorschulkindern einen Brief geschickt, der von grammatikalischen Fehlern, Stilblüten und ungelenken, übermäßig komplizierten Sätzen nur so strotzt. Zusätzlich pikant: Der im Namen und mit Unterschrift der Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) verschickte Brief sollte vor allem Immigranten darauf aufmerksam machen, wie wichtig eine Sprachförderung für den Schulerfolg ihrer Kinder sei. Laut Bildungsverwaltung ist der Brief "versehentlich" in einer früheren Fassung verschickt worden. Dies sei aber immerhin bald aufgefallen, deshalb habe man eine verbesserte Version hinterhergeschickt. Wie Medienberichten inzwischen zu entnehmen war, wurde von der Bildungsverwaltung dabei allerdings nur die Grammatik verbessert. Selbst wer des Deutschen mächtig ist, konnte auch den korrigierten Brief trotz der Korrekturen nur bedingt verstehen. *N.H.*

MELDUNGEN

Albaner wollen Reparationen

Tirana – Deutschland soll Albanien über 50 Milliarden US-Dollar als Entschädigung für „nazistische Verbrechen in Albanien und Kosovo“ während des Zweiten Weltkrieges zahlen. Das zumindest will die kosovarische „Bewegung Selbstbestimmung“ erreichen, die bisher für ein Groß-Albanien und Krieg gegen Serbien eintrat. Jetzt beruft sie sich auf den „Heldenmut albanischer Partisanen“ und erfindet „deutsche Verbrechen“ wie die angebliche Zerstörung von 1850 Dörfern. Dabei gehörte „Groß-Albanien“ seit 1940 zu Italien und albanische Partisanen gab es nicht. *W.O.*

Anschlag auf Zweisprachigkeit

Hadersleben – Unbekannte haben das zweisprachige dänisch-deutsche Ortsschild an der Stadtgrenze der dänischen Grenzstadt Hadersleben abgerissen und über eine angrenzende Straßenmauer geworfen. Dieser politische Vandalismus hat in Dänemark einiges Aufsehen hervorgerufen. Der Fernsehsender P4 Syd und die Zeitung „Jydske Vestkysten“ berichteten ausführlich, was dem Bürgermeister, Hans Peter Geil, unangenehm war. Trotzdem soll das Schild nun nicht mehr erneuert werden. Erst vergangenen Monat hatte Geil das zweisprachige Ortsschild anbringen lassen. Die Stadt hat eine bedeutende deutsche Minderheit. Bei der Volksabstimmung am 10. Februar 1920 stimmten in der Stadt Hadersleben 38,6 Prozent für Deutschland. Im südlich der deutsch-dänischen Grenze gelegenen Flensburg, das seinerseits eine dänische Minderheit hat, sind hingegen zweisprachige Ortsschilder durchaus üblich. *H.L.*

Jemen-Krieg droht zu eskalieren

150 000 saudische Soldaten stehen an der Grenze bereit für eine Bodenoffensive

Der Krieg gegen den Jemen von einer Koalition aus Saudi-Arabien, den Vereinigten Emiraten, Bahrain, Katar und Kuwait, die von den USA unterstützt wird, scheint in eine neue Phase zu treten. Zwar dauern die Bombardements trotz eines Dementis weiter an, doch scheint zusätzlich eine Bodenoffensive vorbereitet zu werden.

Nach bisher unbestätigten Berichten stehen 150 000 saudische Soldaten an der Grenze zum Jemen und sind bereit für einen Angriff. Daher erscheint es nicht abwegig, die erneuten Luftangriffe als taktische Vorbereitung für eine Invasion zu deuten. Als weitere Möglichkeit, den Bodenkrieg voranzutreiben, wird ein flankierender Angriff aus dem Süden genannt. Dazu müsste die Koalition den Hafen von Aden in ihre Gewalt bringen, um von dort nach Norden vorzustoßen. Dieses Szenario beinhaltet zudem, dass sunnitische Stämme zusammen mit der al-Kaida von Osten her auf Sanaa vorrücken. Der saudische Angriff auf den Jemen hat jetzt schon zu einem deutlichen Erstarken der al-Kaida in diesem Land geführt. Es sind ausschließlich mit den USA verbündete arabische Staaten, die sich an diesem Krieg beteiligen. So will sich auch die Militärjunta von Ägypten anschließen.

Diese Nähe zur USA ist es auch, die Israel dazu veranlasst, zum ersten Mal in seiner Geschichte Krieg an der Seite einer arabischen Allianz zu führen. Der Generalsekretär der jemenitischen Partei „Al Haq“ sagte dazu: „Es ist das erste Mal, dass Zionisten eine gemeinsame Operation in Koalition mit Arabern durchführen.“ Er unterstrich, dass der Befehl an die israelische Luftwaffe, sich mit Kampfjets am saudischen Angriff auf Jemen zu beteiligen, von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu persönlich gekommen sei. Also kämpft nicht nur die al-Kaida aufseiten der US-Verbündeten, sondern es bekommt auch das israelisch-arabische Verhältnis ganz neue Aspekte.

Ziel der jüngsten Bombenangriffe war unter anderem der internationale Flughafen der jemenitischen Hauptstadt Sanaa, der siebenmal angeflogen wurde, wie die spanische Agentur EFE unter Berufung auf eigene Quellen berichtet. Im Rahmen einer weiteren Angriffswelle seien „ballistische Waffen der Huthi-Milizen und von Ex-Präsident Ali Abdullah Salih“ vernichtet worden, so das saudi-arabische Kriegsministerium. König



Ein Ort der Verwüstung: Wohnviertel in Sanaa nach einem von Saudis durchgeführten Luftangriff Bild: pa

Salman hat befohlen, für die nächste Operation „Wiederherstellung der Hoffnung“ die Nationalgarde zu mobilisieren, die als Elitetruppe des saudischen Militärs gilt.

Derzeit konzentrieren sich die Kämpfe auf die strategisch wichtige Stadt Taiz, die zwischen der Hauptstadt und der wichtigsten Hafenstadt Aden liegt. Innerhalb nur eines Monats haben diese

Direktes Eingreifen der USA nicht ausgeschlossen

Luftangriffe der Koalition auf den Jemen das Leben von etwa 1000 Zivilisten, darunter 100 Kindern, ausgelöscht. Die Weltgesundheitsorganisation zählt insgesamt 4400 tote Zivilisten im Jemen.

Allerdings scheinen trotz allem die Huthi-Milizen noch einige Karten im Ärmel zu haben. Nach wie vor kontrollieren sie weite Teile des Jemen und zudem haben sie nach eigenen Angaben Dutzende von präzisen und weitreichenden Raketen-Systemen in ihren Besitz gebracht, mittels derer sie sowohl saudische Erdöl-Anlagen als auch Schiffe auf hoher See angreifen können. Der Milizenführer Hadi al-Adschilaki meint, mit diesen Waffen würden die Saudis zu einem „Strategie-Wechsel“ im Jemen gezwungen. Dann kann es sein, dass die USA selbst eingreifen und nicht nur ihre arabischen Vasallen vorschicken. Washington hat schon Ende April dem Flugzeugträger „Theodore Roosevelt“ und dem Kreuzer „Normandy“ Marschbefehl zum Auslaufen in Richtung Jemen gegeben.

Wie bei vielen Kriegen trifft es auch im Jemen die Unbeteiligten am härtesten. Die saudische und die ägyptische Kriegsmarine hungern seit Monaten das Land mit einer Seeblockade aus. Das ist ganz wörtlich zu nehmen, denn der Jemen muss 90 Prozent seiner Nahrungsmittel einführen, das meiste davon über Seewege. Frachter, die anlanden und ihre Ladung löschen wollen, werden hingehalten und oftmals nach einer langen Wartezeit zur Umkehr gezwungen. Viele Frachtunternehmen, die früher regelmäßig Lebensmittel in den Jemen spediert haben, sind unter solchen Umständen nicht in der Lage, auf gut Glück eine Schiffsladung von beispielsweise Weizen mit dem Risiko zu liefern, dann abgewiesen zu werden. Sie stellen ihren Betrieb ganz ein. Die Folge ist ein immer größer werdender Mangel an Lebensmitteln. Und ein enormer Anstieg der Lebensmittelpreise. Ein Sack Mehl, der vor dem Krieg 6000 Rial gekostet hat, kostet jetzt 10 000 Rial und die Preise steigen weiter. Die UN wollen ihre Reserven an Lebensmitteln, die im Jemen lagern, nun angreifen, um so Unruhen vorzubeugen. Doch die Gefahr einer Hungersnot scheint unausweichlich, wenn der Krieg noch länger andauert.

Nicht besser steht es um die Versorgung mit Medikamenten und Treibstoff. Den Krankenhäusern in Sanaa ist längst das Benzin ausgegangen, die Fahrer, die Verletzte zur medizinischen Versorgung bringen wollen, betteln jeden, bei dem es Erfolg verspricht, um Sprit an.

Florian Stumfall

Wird Putins Kettenhund untreu?

Nach dem Nemzow-Mord – Der Tschetschenen-Herrscher brüskiert seine Kreml-Freunde

Der Mord an dem Putin-Kritiker Boris Nemzow, an dem Angehörige der Privatarmee des Tschetschenen-Herrschers Ramsan Kadyrow beteiligt gewesen sein sollen, könnte zum Bruch zwischen den beiden Republiken führen.

Zu Misstönen kam es vor Kurzem, als russische Sicherheitsbehörden einen flüchtigen Verbrecher, der wie der Verdächtige im Mordfall Nemzow den Namen Dadajew trug, bei dem Versuch, diesen zu verhaften, erschossen. Kadyrow, der Dadajew als „echten Krieger und Patrioten“ bezeichnete, reagierte auf die russische Aktion auf tschetschenischem Territorium brüskiert und drohte mit einem Schießbefehl auf die Angehörigen der russischen Sicherheitskräfte, wenn diese ohne sein Wissen künftig Operationen in Tschetschenien durchführen sollten.

Um Tschetschenien als russische Teilrepublik zu halten, hat Moskau seit 1991 zwei verheerende Kriege zunächst gegen tschetschenische Nationalisten und dann gegen radikale Islamisten geführt. Ab 2000 brachte der Kreml dann den Kadyrow-Clan an die Macht, der das Amt des Obermufti innehatte und sich von den aus Saudi-Arabien unterstützten wahhabitischen Terroristen bedroht fühlte. Der Mord an Achmad Kadyrow während der Parade zum Siegesfest am 9. Mai 2004 trieb den Clan noch mehr in die Arme Moskaus.

Ramsan Kadyrow, ein berüchtigter Bandenführer, der sich als Widerstandskämpfer, Folterer und Killer in Tschetschenien einen Namen gemacht hat, übernahm 2007 das Präsidentenamt, um die Krisenprovinz mit harter Hand zu befrieden und seinen Vater zu rächen. Kadyrow war da 30 Jahre alt. Ihm eilte der Ruf voraus, mit Gegnern kurzen Prozess zu machen. Putin schätzt Kadyrow, weil er in der Kaukasus-Republik für Friedhofsruhe gesorgt hat.

Kadyrow hat Rebellen und islamische Terrorkommandos mit brutalen Methoden niedergerungen. Dafür bekam Kadyrow von Moskau Geld und Narrenfreiheit. Russische Gesetze und Wahlen gibt es keine, dafür hat Kadyrow jedoch die Polygamie wieder eingeführt und die größte Moschee Russlands, die den Namen seines Vaters trägt, in Grosny gebaut. Der Kreml duldet auch die Eskapaden des Tschetschenen, Kadyrow muss bei seiner Amtsführung nicht auf Weisungen von Moskau hören. Da er selbst unantastbar war, wurde Tschetschenien zu einem Rückzugsort für kriminelle Banden, die in Russland und über dessen Grenzen hinaus aktiv sind. Für die Sicherheitsbehörden in Moskau ist dieses ein Ärgernis.

Ramsan Kadyrow Bild: Archiv

Russlands Sicherheitsbehörden wurden durch Kadyrow immer mehr an den Rand gedrängt. Nur noch 200 000 Mann gehorchen in Grosny auf Befehle aus Moskau, während Kadyrows schwarz gekleidete Privatarmee bereits 100 000 Mann stark ist, viele davon sind auch im Osten der Ukraine als Freiwillige auf Seiten der Separatisten aktiv. Kadyrow sieht sich selbst als absolutistischen Fürsten. Viele seiner Widersacher starben eines unnatürlichen Todes. Auch im Fall des Ende Februar erschossenen Oppositionsführers Boris Nemzow führen die Spuren in den Kaukasus. Die russischen Behörden halten den Tschetschenen Saur Dadajew für den Todesschützen, einen Kommandeur von Kadyrows Privatarmee. Der Kreml gibt sich nach Kadyrows angedrohtem Schießbefehl bedeckt. Ihm sei das alles gar nicht bekannt, wiegelte Putins Pressesprecher ab. Beobachter schließen nicht aus, dass Kadyrows demonstrative Lobhudeleien gegenüber Putin eines Tages in offene Feindschaft umschlagen könnten. Kadyrow weiß, dass Putin sich neben dem Konflikt mit dem Westen, den Kämpfen in der Ukraine sowie der schweren Wirtschaftskrise im Kaukasus keine weitere Eskalation erlauben kann. Würde der russische Präsident in Tschetschenien durchgreifen, könnte der innenpolitische Aufbau Russlands ins Wanken geraten, denn immer mehr russische Muslime könnten dem Beispiel Tschetscheniens folgen.

Das Verhältnis zwischen Russen und Tschetschenen ist historisch sehr belastet. Nicht nur die Kriege der letzten Jahrzehnte sind dafür verantwortlich. Um das Land mit seinen nicht einmal eine Million Einwohnern hat das Zarenreich vor 150 Jahren länger und blutiger gekämpft als um ganz Zentralasien. Stalin ließ viele Tschetschenen bei Kriegsende nach Zentralasien deportieren. Ein Konfliktherd ist die Region bis heute geblieben. *B. Bost*

(siehe auch Kommentar Seite 8)

Schwierige Wahl

Dänemark steht vor Regierungswechsel

Die Wahlen zum dänischen Parlament, dem Folketing, werden spätestens am 14. September 2015 stattfinden. Die letzten Wahlen im Jahre 2011 brachten einen Machtwechsel mit sich. Seitdem bildet der „rote Block“ (Sozialisten, Linkssozialisten, rot-grüne Einheitsliste, Linksliberale) unter Führung von Helle Thorning-Schmidt eine Regierung. Doch deren Tage als Ministerpräsidentin scheinen gezählt zu sein.

Nunmehr sehen die neuesten Umfragen die Rechtsliberalen, die Konservativen und die Dänische Volkspartei vor dem „rote Block“. Unter Einschluss der marktliberalen „Liberalen Allianz“ kommen die bürgerlichen Parteien sogar auf 52 Prozent.

Nackte Tatsachen bei der Dänen-Wahl

Gab es in Dänemark bisher zwei große und viele kleine Parteien, so hat die eurokritische Dänische Volkspartei (DF) aufgeholt. Schon bei der Europawahl 2014 waren die Eurokritiker die stärkste Kraft im Königreich. Sollte es im September 2015 ein ähnliches Ergebnis geben, wird die Regierungsbildung schwer. Die DF hätte dann nach den demokratischen Gepflogenheiten Anspruch auf den Posten des Regierungschefs. Anders Langballe von „Jyllands-Posten“ und „Ekstra Bladet“ kommentierte: „Wahlen sind immer spannend und dramatisch. Doch dieses Mal wird es eine ‚vind eller forsvind-valg‘ (Gewinne-oder-verschwinde-Wahl).“ Für den Fall, dass die DF eine bürgerliche Regierung dulden will, könnte Lars Løkke Rasmussen erneut Ministerpräsident werden. Langballe sieht aber auch in einem Regierungschef der DF „keine Gefahr“. Der müsste in diesem Falle auf die rechtsliberale Venstre und die Konservativen als Bündnispartner Rücksicht nehmen: „Die Venstre würde die Rechtspopulisten zügeln, auch beim Thema EU.“

Tatsächlich sind, mit Ausnahmen der rot-grünen Einheitsliste, alle anderen Parteien im Folketing EU-Befürworter. Die Konservative Volkspartei hat in der Vergangenheit schon bessere Zeiten erlebt. Sie liegt jetzt bei fünf Prozent. Ihre Nachwuchspolitikerin Nikita Klæstrup machte nun mit freizügigen Fotos von sich reden. Sogar der „Playboy“ wollte sie schon abbilden. Hübsche Frauen sind bekanntlich mitunter ein positives Wahlargument, wie zuletzt die hansestädtischen FDP-Politikerinnen Katja Suding und Lencke Steiner bewiesen. *Theo Maass*

Konzentration statt Diversifikation

Trend geht weg vom Mischkonzern: Weltunternehmen stoßen im großen Stil Tochterfirmen ab

Rund 13 000 Stellen will Siemens streichen. Zur Begründung führte der Vorstandsvorsitzende des Elektrokonzerns, Joe Kaeser, an, dass das Unternehmen sich auf das Kerngeschäft konzentrieren wolle. Die Umstrukturierungen bei Siemens könnten ein Beleg dafür sein, dass der klassische Mischkonzern ausgedient hat.

Hintergrund sind die Probleme im Energiegeschäft sowie die Sanierung ertragsschwacher Sparten. Vor allem der Stromerzeugungssektor steckt massiv in den roten Zahlen. Laut Kaeser will Siemens diesen Bereich vorerst „sanieren und nicht verkaufen“. Bei seiner Medizintechniksparte, die als eigenständige Tochter künftig freier am Markt agieren soll, ist man bereits einen Schritt weiter. Zudem wurde der Hörgerätesektor verkauft, auch ein Joint Venture mit Mitbewerbern wurde ins Leben gerufen. Darunter versteht man ein gemeinsames Vorhaben zwischen rechtlich und wirtschaftlich voneinander unabhängigen Unternehmen, bei dem die Partner die Führungsverantwortung und das finanzielle Risiko gemeinsam tragen.

Es sind vor allem der bange Blick auf die Bilanz sowie Rechtfertigungsdruck seitens der Aktionäre, die viele Vorstandsvorsitzende umtreiben: „Wir werden nicht mehr versuchen, alles für jeden zu sein“, hatte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Jürgen Fitschen, gesagt. Dieser Spruch könnte mittlerweile als Leitbild der Großkonzerne gelten. Der Gemischtwarenladen der Vorzeit hat ausgedient, Spezialisierung heißt das Gebot der Stunde. Und Siemens ist dabei ein Vorreiter. Vor zwei Jahren hat der Konzern seine Leuchtmitteltochter Osram in die Selbstständigkeit entlassen. Der Glühbirnenhersteller startete recht erfolgreich an der Börse, was die Aktionäre gefreut haben wird. Allerdings gingen bei diesem juristischen Prozess, genannt Abspaltung, alleine in der Bundesrepublik rund 1400 Arbeitsplätze verloren. Doch mit der Selbstständigkeit ist der Häutungsprozess noch nicht abgeschlossen. Denn Osram will weg vom Massenmarkt mit Lampen. Das sogenannte Lampengeschäft der Allgemeinbeleuchtung soll verselbstständigt werden. Der Konzern will künftig dagegen auf Bereiche, die kundenspezifische Angebote erfordern und stark von Innovationen geprägt sind, setzen. Dazu zählt der Konzern unter anderem Auto- und Spezialbeleuchtung. Osram gilt derzeit als Paradebeispiel für eine Kräftekonzentration. Denn Großkonzerne wie Siemens gelten als schwer umzustrukturieren. Kaeser gibt zu: „Je größer das Unternehmen, desto komplizierter wird es, alle Nischenmärkte im Auge zu behalten.“

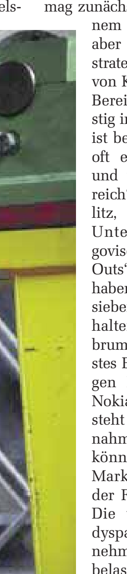
> Siemens will rund 13 000 Stellen streichen

Der Mischkonzern hat in der Wirtschaft eine lange Tradition. Er ist für Anleger auch deshalb attraktiv, weil die möglichen Risiken durch die verschiedenen Sparten stärker gestreut werden. Wenn es einer Branche schlecht geht, muss dies eben nicht für alle anderen Bereiche gelten. Siemens gilt derzeit als zweitgrößter Mischkonzern der Welt. Mit seinem Doppelkonzernsitz in München und Berlin ist das Unternehmen, das 1847 gegründet wurde, in den Bereichen Medizintechnik, Energie, Industrie und Infrastruktur aktiv. So baut Siemens zum Beispiel die ICE-Züge für die Deutsche Bahn, Röntgensysteme, Computertomographen, Turbinen und Generatoren. Mehr als 340 000 Mitarbeiter beschäftigt Siemens weltweit und liegt bei den Umsatzzahlen nur hinter dem größten Mischkonzern der Welt, dem US-Unternehmen General Electrics. Auch bei den Amerikanern hat man in den vergangenen Jahren einige alte Zöpfe abgeschnitten und sich beispielsweise vom wenig rentablen Engagement im Kabelfernsehen getrennt.

Verkäufe von Geschäftsbereichen und Tochterunternehmen sind derzeit in der Weltwirtschaft an der Tagesordnung. Neben Siemens hat auch die Bayer AG in den vergangenen Jahren ihr Geschäft massiv verschlankt. Im vergangenen Herbst ging dort eine Ära zu Ende, die Drei-Säulen-Strategie aus Pharma-, Agrar-, und Kunststoffgeschäft wurde über Bord geworfen. Jahrelang wurde das Unternehmen gefragt, wie Gesundheit und Kunststoff zusammen passen? Im September 2014 spaltete Bayer den Kunststoff-Teilkonzern MaterialScience aus dem Unternehmen ab und brachte ihn an die Börse. Experten sprechen mittlerweile von einem regelrechten Carve-out-Boom (Herausschnitzen). „Das mag zunächst wirken wie auf einem Wochenmarkt, dient aber in erster Linie der strategischen Ausrichtung von Konzernen. Nicht alle Bereiche passen langfristig in das Portfolio, daher ist bei Restrukturierungen oft ein Teilverkauf nötig und vielfach sehr erfolgreich“, erklärt Frank Goerlitz, Geschäftsführer der Unternehmensberatung govisors, die auf „Carve-Outs“ spezialisiert ist: „Wir haben alleine im Jahr 2015 sieben neue Aufträge erhalten. Das Geschäft brummt.“ Er nennt als bestes Beispiel den ehemaligen Mobil-funkhersteller Nokia. Das Unternehmen steht kurz vor der Übernahme von Alcatel und könnte so zu einem Marktführer im Bereich der Funknetze aufsteigen. Die ursprüngliche Handysparte, die das Unternehmen am Ende schwer belastete, wurde an Microsoft verkauft und feiert dort eine Renaissance. „So entsteht aus einem ehemaligen Mobilfunk-Hersteller ein neuer Konzern, der mit dem alten Geschäftsmodell nicht mehr viel gemein hat“, sagt Goerlitz und ist sich sicher, „dass wir erst am Anfang einer Entwicklung stehen. Wir werden uns von straffen Konzernstrukturen verabschieden müssen.“

Peter Entinger





Auch ein Opfer der Energiewende: Siemens’ Stromerzeugungssektor Power & Gas *Bild: getty*



MELDUNGEN

Steuerbetrüger George Soros?

New York – Finanzbehörden in den USA hegen laut dem Nachrichtendienst Bloomberg News den Verdacht, dass der US-amerikanische Investor und Betreuer vieler Fonds George Soros seit dem Jahr 2008 einen Betrag von 13,3 Milliarden US-Dollar der Steuer vorenthalten hat. Dem Bericht zufolge soll Soros nun möglicherweise eine Steuerforderung von 6,7 Milliarden Dollar, zahlbar bis 2017, drohen. Soros, mit geschätzten 23 Milliarden Dollar einer der reichsten Menschen der Welt, hatte sich in der Vergangenheit wiederholt für Steuererhöhungen für Wohlhabende ausgesprochen. *N.H.*

Schlag gegen das Bargeld

Kopenhagen – Die dänische Regierung treibt die Abschaffung des Bargelds voran. Künftig sind kleinere Unternehmen wie Tankstellen, Restaurants und Einzelhandelsgeschäfte nicht mehr verpflichtet, Bargeld anzunehmen. Begründet wird der Gesetzentwurf mit den Kosten des Bargeld-Verkehrs, die für kleinere Unternehmen nicht hinnehmbar seien. Mit Beginn des kommenden Jahres wird die dänische Notenbank keine Münzen und Geldscheine mehr herausgeben. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.049.971.520.084 €
Vorwoche: 2.049.528.518.364 €

Verschuldung pro Kopf:
25.283 €
Vorwoche: 25.375 €

(Dienstag, 12. Mai 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Europäische Verluste steigen

Differenzen zwischen USA und EU um Sanktionen gegen Russland

Wenn der US-amerikanische Außenminister John Kerry öffentlich eingesteht, dass es zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union Differenzen bezüglich der Sanktionen gegen Russland gibt, dann darf man ihm das glauben. Wenn er es aber bei einem Treffen mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini sagt, dann ist die Lage ernst. Womöglich müssen die USA, die den Europäern diese Sanktionen aufgezwungen haben, ein wenig nachtarieren.

Dass unter den Handelsbeschränkungen die Europäer am meisten leiden, ist kein Geheimnis. Im Jahr 2014 verzeichnete Deutschland einen Rückgang der Ausfuhren nach Russland um 18 Prozent, das sind in absoluten Zahlen 6,5 Milliarden Euro. Allein die deutsche Landwirtschaft hat 600 Millionen Euro eingebüßt. Der Schaden für die EU insgesamt beläuft sich auf etwa 20 Milliarden. Da viele einzelne Sanktionen erst im vergangenen September in Kraft getreten sind, dürften die Verluste im laufenden Jahr noch ansteigen. Die Einbußen der USA aus dem Russland-Handel belaufen sich demgegenüber auf bescheidene 300 Millionen Dollar.

Der russische Handelsvertreter in den USA, Alexander Stadnik, meint, die Sanktionen dienten der Neuaufteilung des Weltmarktes, natürlich zugunsten der USA, und wer beobachtet, mit welch wachem Interesse die NSA sich der deutschen Wirtschaft annimmt, der wird sich darüber nicht wundern. Stadnik zu den Sanktionen mit Blick auf den russisch-US-amerikanischen Handel: „Seltsamerweise haben die Restriktionen das Gegenteil bewirkt. Trotz der Sanktionen stieg der russisch-amerikanische Handelsumsatz im Jahr 2014 nach Angaben der russischen Zollbehörde um 5,6 Prozent auf 29,2 Milliarden Dollar.“

> Sanktionslockerung, wenn es für die USA zum Vorteil ist

Stadnik äußerte sich auch zur Haltung der US-Industrie zu den Restriktionen: „Die Haltung der meisten US-Geschäftsleute zu den Sanktionen, die von der Regierung in Washington beschlossen wurden, ist negativ. Die Meinung ist meist: Die Sanktionen sind illegitim und beeinträchtigen nicht nur das russisch-amerikanische Verhältnis im Wirtschaftsbereich, sondern auch die allgemeine Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf globaler Ebene.“

Solchen Beeinträchtigungen indes wissen sich die USA, wenn es um ihren Vorteil geht, zu entziehen. Derzeit liegt dem US-Senat ein Antrag des Pentagon vor, die Sanktionen gegen Russland in einem bestimmten Fall zu lockern. Es geht dabei darum, dass US-Raumfahrtfirmen unter anderem russische Raketentriebwerke vom Typ RD 180 für ihre Atlas-Trägerraketen brauchen. Sie können sie selbst nicht herstellen. Im Unterausschuss des Senats schlug die Vertreterin der Luftwaffe, Deborah Lee James, vor, Änderungen an den Boykottgesetzen zu machen, vor allem in Bezug auf die Luftfahrtindustrie, die zum Beispiel auch Titan aus Russland benötigt. Diese Änderungen sollten es ermöglichen, „dass die Vereinigten Staaten genug Zeit haben, Alternativen zu den (russischen) Motoren zu entwickeln“. *Florian Stumfall*

Fracking unter Beschuss

Kontroverse in den USA – Bohrwasser im Kampf gegen Dürre

Die Diskussion über die vielen Fracking-Bohrstellen in den USA wird immer kontroverser geführt. Da ist einerseits die Erwartung, dass im eigenen Land gewonnenes Öl die USA in Kürze unabhängig von den Öl-Importen aus dem Mittleren Osten machen könnte.

Und da sind andererseits die vielen Gefahren, die Fracking womöglich mit sich bringt sowie die Unsicherheit der Öl-Transporte. Am 6. Mai war wieder ein Zug mit 109 Waggons, beladen mit in Kanada gewonnenem Rohöl, in Nord Dakota entgleist. Zehn Waggons explodierten, und die Einwohner des nahen Städtchens Heimdal mussten evakuiert werden. Über zwei Dutzend solcher Unfälle geschahen seit 2013 in den USA und zahlreiche mehr in Kanada.

Ferner sind da die vermutlich mit den Bohrungen in Zusammenhang stehenden Erdstöße. Eine große Studie zeigte jüngst einen bemerkenswerten Anstieg von Beben nahe Bohrstellen in Texas, Oklahoma und Arizona. Oklahoma, früher nie gefährdet, zeigte für 2014 mehr Erdbeben auf der Richterskala drei und höher als das ständig von kleineren Beben erschütterte Kalifornien. In Baldwin Hill bei Los Angeles rüttelten am 3. Mai zwei Beben nahe Fracking-Bohrstellen die Leute aus dem Schlaf. Drei Tage später schaukelte die Erde an einem einzigen Tag gleich an drei verschiedenen kalifornischen Orten. Doch geschahen die Beben sechs Meilen unter der Erde, was die Seismologen eher als Beweis dafür betrachteten, dass nicht Fracking der Grund war, sondern einige der Verwerfungen entlang der San-Andreas-Spalte.

Noch andere Naturkatastrophen bedrohen akut Kalifornien,

> Giftwasser als unerwarteter Retter der Landwirtschaft?

wie die historische Dürre. Jetzt, im vierten Jahr, hat sie in den Städten und Gemeinden wie auch in Privat-Haushalten zu drakonischen Sparmaßnahmen von obligaten 25 Prozent Wasserverbrauch geführt. Am meisten betroffen ist jedoch die Landwirtschaft. Und da kommt nun plötzlich das Fracking zur Hilfe. Die Öl-Gesellschaft Chevron hat begonnen, das giftige, beim Fracking hinterlassene Wasser nicht in die Erde zurückzupumpen, sondern in mehreren Stufen zu entsorgen.

Chevron entsorgt täglich 21 Millionen Gallonen von Fracking-Wasser und verkauft es an die Bauern von Kern County, die es auf den rund 18 000 Hektar ihrer ausgetrockneten Felder verwenden, insgesamt zehn Prozent landwirtschaftlicher Fläche in dem Gebiet. Das Wasser fließt von Chevrons Bohrstellen durch den acht Meilen langen Cawelo-Bewässerungskanal auf die Felder.

Politiker preisen die Methode, doch gibt es auch erhebliche Zweifel. Ist das Wasser genügend entsorgt? Nehmen Früchte- und Gemüse-Pflanzen womöglich Reste der giftigen, im Fracking benutzten Chemikalien wie Aceton und Methylenchlorid auf? Wasser-Proben zeigten Spuren dieser und anderer Stoffe. „Als Umwelt-Wissenschaftler lässt mich das nicht schlafen“, sagt Berkeley-Professor Seth B.C. Shonkoff. Doch ist die Methode offiziell sanktioniert. Und die Bauern meinen, dass die Erde ohnehin mögliche Chemikalien aufsaugt und dass diese nicht in die Nahrungskette gelangten. Diverse andere Ölgesellschaften haben jetzt Gesuche eingereicht, sich in den lukrativen Wasserhandel ebenfalls einzuschalten. So könnte das ungeliebte Fracking zum Retter der Landwirtschaft werden. *Liselotte Millauer*

Wie erwartet

Von Jan Heitmann

Vor einigen Jahren machte der bis dahin unbekannte US-amerikanische Soziologe Daniel Jonah Goldhagen weltweit mit der These Furore, die Deutschen hätten sich nicht wegen äußerer Zwänge oder Anreize am Holocaust beteiligt, sondern aus Überzeugung. Der Antisemitismus gehöre zu „den lang tradierten, fast völlig unhinterfragten Grundüberzeugungen der deutschen Kultur". Goldhagens Äußerungen lösten damals in Deutschland heftige Reaktionen aus, hatte er damit doch jedem Deutschen unterstellt, dass ihm das Böse gewissermaßen in den Genen liege.

Goldhagen dürfte damals kaum daran gedacht haben, dass seiner provokanten These eines Tages ausgerechnet in Deutschland die allerhöchsten Weihen zuteil werden könnten. Doch genau das ist jetzt geschehen. Bundespräsident Joachim Gauck hat in einem Zeitungsinterview vor dem „traditionellen Antisemitismus" in Deutschland gewarnt – ganz im Sinne Goldhagens. Doch diesmal blieb die Reaktion auf die Unverschämtheit aus. Wahrscheinlich, weil man von einem Staatsoberhaupt, das meint, es gebe keine deutsche Identität ohne Auschwitz, sowieso nichts anderes erwartet hat.

Abhängigkeiten

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Ramsan Kadyrow gilt als Garant für Ruhe und Ordnung in Tschetschenien. Seine Loyalität gegenüber Moskau ließ er sich von Beginn an gut bezahlen. Dank russischer Förderprogramme wurde das Land nach zwei Kriegen schnell wieder aufgebaut, die Hauptstadt Grosny wurde zu einer prosperierenden Metropole. Der tschetschenische Führer legte den Präsidententitel ab, dafür pflegt er einen ausgeprägten Personenkult. In der Tat wird Kadyrow von Jahr zu Jahr selbstbewusster. Russische Beobachter fürchten deshalb seit Langem, dass der Kreml die Kontrolle über den Kaukasus verlieren könnte.

Kadyrow ist für seine deutlichen und nicht immer stubenreinen Worte bekannt, die er gern über soziale Medien verbreitet. Trotz aller Aufmüpfigkeit ist allerdings kaum damit zu rechnen, dass Kadyrow sich mit Moskau überwerfen wird. Zum einen genießt er de facto einen Sonderstatus innerhalb der Russischen Föderation – sowohl in finanzieller, wirtschaftschaftlicher und administrativer Hinsicht –, zum anderen dürfte es ihm ohne die großzügige Unterstützung der Zentralregierung schwer fallen, die unterschiedlich starken islamischen Gruppen von Wahhabiten, Schiiten, Chabaschiten und weiteren im Kaukasus vertretenen Splittergemeinden in Schach zu halten. Denn das ist der Handel: Kadyrow sorgt für Ruhe und Ordnung in Tschetschenien und wird von Moskau großzügig entlohnt. Kein Wunder, dass Kadyrow die Medienberichte über den Schießbefehl auf russische Soldaten inzwischen dementiert hat und in gleichem Atemzug seine lebenslange Treue zu Putin beschwor.

Im Land der Öko-Apokalyptik

Von Frank Horns

Unbequeme, ja sogar ungehörige Fragen zu stellen ist Journalistenpflicht. Also machen Sie sich auf etwas gefasst. Es geht um das Thema Fracking. Komisch, nicht? Gerade dazu ist doch alles gesagt. Fracking ist böse. Es lässt die Erde beben (siehe Seite 7) und lässt das Trinkasser aus dem Hahn brennbar werden. Man kennt die gruselige Szene aus dem Anti-Fracking-Film „Gasland". Wahrscheinlich ist Fracking auch an der letzten Sonnenfinsternis Schuld und daran, dass jüngst in China ein zweiköpfiges Stierkalb das Licht der Welt erblickte.

Womit wir bei Frage Nummer Eins wären: Warum ähneln die Vorwürfe gegen das Fracking – und andere Technologien – eigentlich so verblüffend den Weltuntergangsprophezeiungen, die seit Antike und Mittelalter die Menschheitsgeschichte begleiten? Es scheint ein Grundtrieb des Menschen zu sein, sich in düsteren Untergangszenarien zu ergehen. In Deutschland ist vor allem die Spielart der Öko-Apokalyptik verbreitet. Seien es die Aussagen des Club Of Rome in den 70er Jahren, das Waldsterben, der Rinderwahnsinn oder die Schweinegrippe – immer droht die finale Katastrophe. Dass sich die alarmistischen Warnungen (BUND-Funktionär Hubert Weinzierl in den 80ern: „Das Sterben der Wälder wird unser Land stärker verändern als der Zweite Weltkrieg") als falsch erweisen, ist schnell vergessen. Neue Heimsuchungen und Bedrohungen fesseln die Aufmerksamkeit.

Rinderwahnsinn, Waldsterben, Fracking

Hydraulic-Fracturing, kurz Fracking genannt, wird in Deutschland seit vielen Jahren praktiziert, ohne dass es irgendjemanden beunruhigt hätte. Um dabei beispielsweise Schiefergas aus 3000 Metern Tiefe zu fördern, wird durch horizontale Bohrungen mit hohem Druck Wasser ins Gestein gepresst. Diese Fördertechnik birgt sicherlich Gefahren, wie es fast alle Technologien tun. Dennoch stellt sich eine zweite Frage: Kann es wirklich sein, dass außerhalb Deutschlands so viele andere Nationen auf eine Technologie setzen, die ihrem Land schwerste Umweltschäden und Naturkatastrophen bescheren würde? Die USA, Kanada, England, China, Neuseeland, Norwegen, Polen und andere Länder fördern oft schon im großen Stil Erdgas mittels Hydraulic-Fracturing. Sie wissen warum: Erdgas ist viel umweltfreundlicher als Kohle und Erdöl. Man kann damit heizen, Strom erzeugen und sogar Auto fahren. Erdgaskraftwerke sind zudem in der Lage, die Schwankungen der Stromversorgung durch Windkraftwerke und Solarenergie auszugleichen.

Es ist extrem kurzsichtig, eine so wichtige und mittlerweile auch ausgereifte Technologie mit derart irrationalen Ängsten zu belegen wie hierzulande. Die berüchtigte Szene aus „Gasland", bei der das Trinkwasser aus dem Hahn eines Hauses im US-Staat Colorado so methanhaltig ist, dass es sich mit einem Feuerzeug anzünden lässt, hat sich übrigens als irreführend erwiesen. Methanhaltiges Grundwasser ist normal. Auch in Deutschland gibt es Wasserwerke, die ihr Trinkwasser entgasen müssen, damit es nicht brennt. In Colorado trat das Phänomen, wie Unterlagen der Wasserbehörden zeigen, schon lange auf, bevor Fracking angewandt wurde.



Fracking-Testbohrung im englischen Lancashire: Kann es wirklich sein, dass so viele andere Nationen auf eine zerstörerische Technologie setzen?

Bild: mauritius

Gastbeitrag

Die verordnete Immigration

Von Eberhard Hamer

Der allgemeine Aufschrei dagegen, dass sich ein Dorf in Sachsen-Anhalt (Tröglitz) gegen die Zuweisung von Asylbewerbern wehrt, zeigt einen wachsenden Zwiespalt: Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt Zuwanderung in ihre unmittelbare Nachbarschaft ab. Wenn also die lokalen Parlamente darüber zu bestimmen hätten, würden sie – nicht nur wegen der finanziellen Belastungen – gegen die weitere Aufnahme von Zuwanderern stimmen. Dagegen fordern Konzerne und ihre Verbände, Sozialindustrie, Kirchen, Medien und Bundespolitik (auf Druck der Europäischen Union) weitere Zuwanderung. Die Konzerne, weil sie billige Arbeitskräfte wünschen, die Sozialindustrie aus Arbeitsbeschaffungs- und Verdienstgründen, die Politik zur Demonstration ihres Gutmenschentums und die EU zum Machtgewinn, die Medien wohl auch aus letzteren Gründen, vielleicht aber auch aus der Erkenntnis, dass die Zuwanderung der Beginn einer ohnehin nicht mehr zu stoppenden Völkerwanderung in unsere Wohlstandsländer und Sozialsysteme ist.

Statt widerstrebende Städte mit moralischer Entrüstung zu überfallen, sollte in einer Demokratie eigentlich der Wille der ortsnahen Bevölkerung eine Rolle spielen. Die Verachtung des Bevölkerungswillens zeigt dagegen, dass die Willensbildung in unserem Staat nicht mehr von unten nach oben, sondern längst wieder von oben nach unten läuft. Von oben wird befohlen und die unteren Ebenen haben zu gehorchen. Sie haben „Solidarität" an denen zu üben, die ihnen von oben zugewiesen werden. Mit demokratischer Willensbildung hat dies wenig zu tun, weil der Widerstand auch in anderen Kommunen und anderen Bundesländern wächst. „Tröglitz ist überall", um es mit Sachsen-Anhalts Ministerpräsidenten Reiner Haseloff zu sagen. Steigender Widerstand der Bevölkerung wird also mit steigender Staatsgewalt von oben bekämpft – das hatten wir alles schon einmal.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der PAZ. „Moment mal", fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Abgesehen von der aktuellen Demokratiefrage zwischen dem Willen der örtlichen Bevölkerung einerseits und dem Willen der Staatsorgane beziehungsweise Politik andererseits, stellt sich die Frage, ob die Beweggründe der political correctness gegenüber der einheimischen Bevölkerung mit demokratischer Selbstbestimmung vereinbar sind.

Immerhin wird die Zuwanderung nicht von der einheimischen Bevölkerung gewünscht, sondern muss gegen sie durchgesetzt werden, weil das EU-Recht der Bevölkerung armer Länder Freizügigkeit in die Wohlstandsländer und Wohlstandssozialsysteme garantiert hat (Schengen-Abkommen), weil der Bürgerkrieg in Syrien Millionen Menschen in Existenznot gestürzt hat, die sich durch Flucht in Sicherheit bringen wollen und denen man kaum Hilfe versagen kann, weil in anderen Fällen Glaubenskriege und Islamterrorismus die Menschen in ihren Heimatländern bedrohen, die deshalb weg wollen, und weil durch Fernsehen und Touristen die Kunde nach Afrika gekommen ist, dass in Europa jeder auch ohne Arbeit mit Familie seine Existenz gesichert bekommt, so dass immer mehr Menschen versuchen, dieses Sozialparadies Europa (vor allem Deutschland) unter Lebensgefahr zu erreichen. Hauptgewinner davon ist die Schlepperkriminalität mit Milliardengewinnen.

Die Rechtssituation (Asylrecht, Sozialrechte, Duldungsrechte) ist inzwischen in Deutschland so, dass der Zuzug berechtigter und unberechtigter Asylanten, echter Notfälle und Wohlstandszuwanderer, aber auch durch kriminelle Banden eingeschleuster oder zum Zwecke der Kriminalität einreisender Menschen nicht mehr zu stoppen ist. Und die Immigration wächst sich immer mehr zur Völkerwanderung aus. Die Uno rechnet damit, dass die deutsche Bevölkerung im Jahre 2050 nur noch 58 Millionen beträgt, dass aber von der afrikanischen Bevölkerungsexplosion (von eine Milliarde heute bis 2,5 Milliarden 2050) eine halbe Milliarde nach Europa und davon 188 Millionen nach Deutschland drängen würden, so dass im Jahre 2050 nur noch jeder fünfte Einwohner als Deutscher unter vier Einwanderern aus Afrika leben würde (Uno-Report Replacement Migration, New York 4. März 2000). Selbst wenn der Zustrom aus Afrika nur halb so groß wäre, würden jedenfalls unter den Voraussetzungen heutiger Gesetze, heutiger Sozialleistungen und heutiger sukzessiver Immigrations-Duldungs-Rechtsprechung schon in 25 Jahren die Deutschen nur eine Minderheit im eigenen Land sein.

Dies hätte natürlich dramatische Folgen, beispielsweise auf das christliche Abendland, wenn nur noch ein Zehntel der Bevölkerung christlich ist, auf unsere Kultur, die dann Immigrantenkultur ist, auf das Bildungssystem und sinkende Bildungsniveau, welches unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit behindern wird, oder auf unsere Rechts- und Ordnungssysteme, wenn andersartige Mehrheiten andersartige Rechtsvorstellungen mehrheitlich bei uns durchsetzen.

*Seit Jahren greift **Klaus Rainer Röhl** an dieser Stelle Wichtiges, Aufregendes, Hintergründiges und Absurdes auf. In dieser Ausgabe allerdings suchen Sie seine Kolumne vergebens. Doch keine Sorge, schon in der übernächsten Ausgabe wird es hier wieder heißen: „Moment mal!"*

Immer noch weigert sich die Politik, davon Kenntnis zu nehmen, dass nicht die Ausländer, sondern deutsche Kinder in Schulen diskriminiert werden, wenn sie in Klassen mit ausländischer Schülermehrheit mangelhaft ausgebildet werden. Und niemand hat die Bevölkerung darauf vorbereitet, dass die nach dem Willen unserer Politik und Medien geforderte Immigration zu einer „Umvolkung" bei uns werden soll. Die politisch und medial Verantwortlichen lassen die Entwicklung einfach nach dem Juncker-Prinzip laufen: „Wir beschließen etwas, stellen es dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Wenn schon Immigration nach dem Willen der Herrschenden sein soll, dürfte sie in einer Demokratie nicht gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchgepeitscht werden, müsste man versuchen, die echten Notfälle schneller als bisher zu erkennen und nur diesen zu helfen sowie die Masse der Asylbetrüger und Wohlstandszuwanderer dagegen schneller und wirkungsvoller zurückzuweisen (Schnellrichter), damit unsere einheimische Bevölkerung (inklusive derer mit Migrationshintergrund) die Immigrationsprobleme nicht erdulden muss, sondern anerkennen kann.

Das schließt die Diskussion über künftige Folgen der Masseneinwanderung ein, damit uns nicht die nächste Generation, wie wir unseren Eltern, später den Vorwurf macht: „Warum habt ihr das geschehen lassen?"

Eberhard Hamer ist Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik und gilt als Begründer der Mittelstandsökonomie. Er ist Gründer und Leiter des privat geführten Mittelstandsinstituts Niedersachsen in Hannover.

Was der Meister noch zu sagen hat

Sir Simon Rattle bereitet seinen Abschied bei den Berliner Philharmonikern vor – Nachfolger steht bereit

Eigentlich hätten die Mitglieder der Berliner Philharmoniker am 11. Mai den Nachfolger von Sir Simon Rattle wählen sollen, der seit 2002 deren Chefdirigent ist. Doch die Entscheidung wurde vertagt. 2018 gibt der 60-jährige Brite die Leitung ab. Aber bis dahin ist er noch voller Tatendrang.

In diesen Tagen wirkt Sir Simon etwas nervös. Denn de Wahl eines Nachfolgers für den im Sommer 2018 zurücktretenden Chefdirigenten von Deutschlands bekanntestem Orchester stand an. Das Programm für die kommende Saison ist vermutlich das letzte, das ausschließlich Rattles Handschrift trägt; für die Saison 2015/16 und mehr noch für die dann folgende ist davon auszugehen, dass der Nachfolger in die Planungen einbezogen wird.

Für ein abschließendes Resümee der Ära Rattle ist es sicher noch zu früh, aber die großen Trends und Schwerpunkte, die er gesetzt hat, sind doch deutlich und gelten zumindest auch für die kommenden Monate. Rattle ist nach Hans von Bülow, Arthur Niekisch, Wilhelm Furtwängler, Herbert von Karajan und Claudio Abbado der sechste Chef des seit nunmehr 133 Jahren bestehenden Orchesters. Er hatte sein Amt im September 2002 angetreten, war aber schon zuvor mit großem Erfolg in Berlin aufgetreten. Der in Liverpool geborene Dirigent war 1994 von der britischen Königin in den Ritterstand erhoben worden, trägt seitdem den „Sir“ vor dem Namen, was in Berlin mit einigem Stolz befolgt wird.

Trotz außerordentlicher Gastspiele in Europa und Amerika war Rattle kein Reise- und Gastdirigent, sondern hat, erstaunlich genug, zeitlebens nur zwei Orchester gehabt, zum einen das City of Birmingham Orchestra, das er zu einem Weltklasse-Orchester formte, und dann die Berliner Philharmoniker. In Berlin gelang es ihm rasch, das durch Abbado verwöhnte Publikum für sich zu gewinnen. Diese Zuneigung hat bis heute angehalten; sein weißer Wuschelkopf ist fast ein Markenzeichen geworden.

In Sachen Musik verlangte sein Beginn freilich ein Umdenken. Von Anfang an hat er das Programm inhaltlich erheblich erweitert und die Musik aus westeuropäischen Ländern und Amerika miteinbezogen. Insbesondere die französische Musik und viele in Deutschland zuvor kaum bekannte britische Komponisten führte er auf. Diese Erweiterung des Repertoires ging einher mit einer neuen Spielkultur, die das Orchester hörbar in seinem Klangbild veränderte und in den ersten Rattle-Jahren zu einem deutlichen Murren führte. Viele traditionelle Zuhörer vermissten auf einmal den, wie es hieß, gewohnten samtenen, etwas dunklen, ja typisch „deutschen“ Klang, ohne genau sagen zu können, was dies genau sei. In Erinnerung an Karajans große Brahms-Abende konstatierte ein Münchner Großkritiker entsetzt, „das Berliner Philharmonische Orchester ist kein Brahms-Orchester mehr!“ Auf einer Pressekonferenz darauf angesprochen fragte Rattle halb verwundert, halb ironisch: „Was ist das, ein deutscher Klang?“

Die Wogen haben sich längst gelegt; der größte Teil des Publikums ist bereit, Rattle zu folgen. Und er hat gelernt, zu dosieren und zu mischen. Anders als bei Abbado prägt nicht mehr ein thematischer Schwerpunkt die Saison, sondern neben dem Mix aus Alt und Neu (in jeder Saison auch zwei bis drei Uraufführungen) sind zeitlich befristete Zyklen eingebaut, so vor Jahren ein Zyklus mit Sinfonien von Josef Haydn, der Rattle als großartigen Haydn-Interpreten auswies, bald darauf ein Zyklus aller Sinfonien von Jean Sibelius, der jüngst komplett wiederholt wurde, zum Mahler-Gedenkjahr ein Zyklus und zusammen mit der japanischen Pianistin Michido Uschida Beethovens Klavierkonzerte. Spektakulär gerieten die Aufführungen der beiden großen Passionen von Johann Sebastian Bach, deren szenische Inszenierungen durch den britischen Choreografen Peter Sellars bis hin nach New York gezeigt wurden.

Hochgelobt wird Rattles „Education-Programm“, bei dem Kinder und Jugendliche aus musikfernen, oft aus Migranten-Milieus, mittels Musik und Tanz eigene künstlerische Fähigkeiten entdekken sollen. Es gab große Abende mit Hunderten von Schülern etwa zu Orffs „Carmina Burana“ oder Strawinskys „Sacre du Printemps“. Gegenwärtig beginnt ein „Vokalhelden-Chorprogramm“, bei dem Kinder ab sechs Jahren für einen großen Auftritt dann wieder mit Rattle und dem Orchester proben.

Die kommende Saison zeigte den für Rattle typischen „Spagat“: Zum einem dominiert französische Musik „von Lully bis Boulez“, daneben gibt es sechs Uraufführungen und zwei Opern. Und gleich zu Beginn findet ein Zyklus mit sämtlichen Beethoven-Sinfonien statt, der zweimal in Berlin und dann vollständig auch in Wien, Paris, New York und Tokio gespielt wird. Rund 60-mal also Beethoven in knapp drei Monaten. Die Musiker können teilweise rotieren, der Dirigent aber, Sir Simon Rattle, soll sich und seinem erwartungsvollen Publikum jedesmal erneut einen Beethoven „wie noch nie gehört“ präsentieren. *Dirk Klose*

Bild: Holger Kettner

Orchestersprache mit britischem Akzent: Sir Simon Rattle bei einem Konzert Anfang des Jahres

Premiere von Wagners „Tristan und Isolde“ am 19. März 2016 bei den Osterfestspielen Baden-Baden (Wiederholungen am 22., 25. und 28. März 2016, konzertante Aufführungen am 31. März und 3. April 2016 in Berlin). Halbszenische Aufführungen von Debussys „Pelleas et Melisande“ am 16., 17., 19., und 20. Dezember in Berlin. Uraufführungen (alle in Berlin): 17. Oktober ein Oktett von Isidora Zebeljan; 4. Dezember ein Quartett von Thomas Larcher; 21. Januar 2016 ein Konzert für Violine und Orchester von Magnus Lindberg; 1. April 2016 ein Bläserquintett von Kalevi Aho; 8. Juni 2016 ein Orchesterwerk von Julian Anderson und 16. Juni 2016 eines von Betsy Jolas.

Keine EU-Hilfe für die Königin

Am 28. März hat der Schlossverein Hohenzieritz in Mecklenburg-Vorpommern erneut die Gedenkstätte für Preußens unvergessene Königin Louise, welche hier am 19. Juli 1810 starb, mit einer Festveranstaltung eröffnet. Es ist nun die 15. Saison nach der Wiedereröffnung der Gedenkstätte im Jahr 2000, nachdem diese zu DDR-Zeiten verwüstet und geschlossen war.

Im vergangenen Jahr kam allerdings Ungemach aus Brüssel. Die EU hat das für Mecklenburg-Vorpommern eingerichtete Projekt „Bürger in Arbeit“, in dessen Rahmen auch die Förderstelle für die Besetzung der Gedenkstätte durch eine Person finanziert wurde, Ende Juli 2014 auslaufen lassen. Da auch der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte sein Kulturbudget auf 60 000 Euro gekürzt hat, war jegliche Projektförderung in eine weite Ferne gerückt. Dafür haben die 56 Vereinsmitglieder des Louisenvereins in ihre Privatschatulle gegriffen, um ein Überleben des Schlossvereins zu ermöglichen.

Im Jahr 2014 haben 7000 Besucher die Gedenkstätte in Hohenzieritz besucht. Die inzwischen eingegangenen Privatspenden von 19 049 Euro sind ein deutliches Zeichen für die Fortsetzung der Vereinsgeschichte. Die Mitglieder des Schlossvereins zeigen aktuell in einer öffentlichen Ausstellung „200 Jahre Otto von Bismarck“ und „Königin Louise, der Kino & Theaterstar“. Die Königin stand schon mehrmals im filmischen Mittelpunkt. Am 25. Juni gibt es um 16 Uhr ein Benefizkonzert mit dem Heeresmusikcorps der Bundeswehr. Der Eintritt ist frei. Am 19. Juli findet anlässlich des 200. Jahrestages der Einweihung des Louisentempels im englischen Landschaftsgarten ein Tempelfest statt. Die Gedenkstätte ist täglich außer montags von 10 bis 16 Uhr und an Wochenenden sowie Feiertagen von 11 bis 16 Uhr zu besichtigen. *PAZ*

Folgenschweres »Mittagessen«

Sein 200. Jubiläum feiert das Frankfurter Städel-Museum mit großer Monet-Ausstellung

Claude Monets Familienbild „Das Mittagessen“ gilt als ein Schlüsselwerk des französischen Impressionismus. Stolzer Besitzer ist das Frankfurter Städel-Museum. Das älteste bürgerliche Museum Deutschlands geht auf eine Stiftung zurück, die Johann Friedrich Städel (1728–1816) in seinem Testament vom 15. März 1815 festlegte.

Erster Höhepunkt im Jahr des 200. Jubiläums ist die Schau „Monet und die Geburt des Impressionismus“. Im Mittelpunkt der 100 Gemälde umfassenden Ausstellung steht Monets (1840–1926) Schaffen der 1860er und 1870er Jahre. Er nahm die herausragende Position bei der Entwicklung und Verbreitung des Impressionismus ein. Hinzu treten Beispiele aus seinen späten Bildserien sowie Werke seiner Vorläufer und Mitstreiter, darunter Manet, Cézanne, Pissarro, Sisley und Berthe Morisot.

Zu den Höhepunkten gehören „Die Orchestermusiker“ (1872, überarbeitet 1874–1876) von Edgar Degas und das zwei Damen und einen Raucher darstellende Gemälde „Nach dem Mittagessen“ (1879) von Auguste Renoir. Zeitgenössische Fotografien und Karikaturen runden die Schau ab.

Zum Auftakt werden Gemälde der Schule von Barbizon präsentiert. Die ihr angehörenden Künstler malten seit den 1830er Jahren im Wald von Fontainebleau. Vollendet wurden die Bilder jedoch im Atelier. Nur der mit dem „Blick vom Seine-Ufer“ (1851) vertretene Charles-François Daubigny schloss seine Werke im Freien ab. Daubigny war 1870 Mitglied der Auswahlkommission des Pariser Salon, der alljährlichen, international renommierten Kunstausstellung.

Monet reichte „Das Mittagessen“ ein. Das durchaus etwas langweilige Gemälde zeigt einen Salon mit Monets Frau, seinem kleinen Sohn, Besucherin und Bediensteter. Obwohl sich Daubigny für die Annahme des Bildes einsetzte, wurde es abgewiesen. Die anderen Jurymitglieder fanden es mit deutlich über zwei Metern Höhe unangemessen groß für eine „banale“ Familienszene.



Monet: „Das Mittagessen“ (1868) Bild: Städel

Doch die Zurückweisung hatte weit reichende Konsequenzen: Monet gab die Produktion großformatiger Figurenbilder auf und konzentrierte sich fortan auf die Landschaftsmalerei. Gleich neben dem „Mittagessen“ hängt mit dem Gemälde „La Grenouillère“ (1869) eines der grundlegenden Werke für die Entstehung der impressionistischen Freilichtmalerei. Es zeigt ein von Ausflüglern bevölkertes Café und Strandbad an der Seine. Die skizzenhafte Pinselschrift wurde zum Kennzeichen des Impressionismus. Der auf diesem Gemälde noch recht derbe malerische Vortrag wandelte sich zusehends in ein kultiviertes Gestrichel und Getüpfel. Allerschönstes Beispiel dafür sind Monets „Häuser am Ufer der Zaan“ (1871). Das Gemälde besticht durch elegante Malerei, delikate Farbharmonien und seine heitere Atmosphäre. Licht und Farbigkeit – die wichtigsten Aspekte des Impressionismus – kommen auf Monets Großformat „Das Mittagessen: dekorative Tafel“ (um 1873) zu grandioser Entfaltung.

Im Gegensatz zum fünf Jahre älteren, etwas muffigen „Mittagessen“ steht die bereits verlassene Tafel nun im sonnigen Garten und ist von einem Blütenmeer – besser: „erblühenden“ Farben – umgeben. Neben Gemälden, die eine feierlich heitere (Natur-)Stimmung verbreiten, malte Monet eindrucksvoll brachiale Szenen moderner Technik. Auf dem Bild „Der Bahnhof Saint-Lazare, Ankunft des Zuges aus der Normandie“ (1877) wird gewaltig Dampf abgelassen. *Veit-Mario Thiede*

Bis 21. Juni im Städel-Museum, Schaumainkai 63, Frankfurt am Main. Geöffnet Dienstag, Mittwoch, Sonnabend und Sonntag von 10 bis 19 Uhr, Donnerstag und Freitag bis 21 Uhr. Eintritt: 14 Euro. Telefon (069) 605098111, Internet: www.staedelmuseum.de. Der Katalog aus dem Prestel-Verlag kostet im Museum 39,90 Euro, die Buchhandelsausgabe 49,95 Euro

Ab in die Wüste

Der vierte »Mad Max« wirbelt viel Sand auf

Um die Erwartungshaltung gegenüber dem Kinohit des Jahres anzuheben, gibt es ein bewährtes Rezept: Man bewahre Stillschweigen über die Handlung, lasse nur häppchenweise Details zur Besetzung durchsickern und zeige das Endergebnis den Filmkritikern erst ganz kurz vor dem Kinostart.

Im Falle von „Mad Max: Fury Road“ tut man alles, damit die Produktionskosten von 100 Millionen Dollar nicht durch frühzeitige Indiskretion in den (Wüsten)-Sand gesetzt werden. Eine negative Presse Wochen vor der Premiere bei den derzeitigen Filmfestspielen von Cannes und dem gleichzeitigen deutschen Filmstart – und das Kinopublikum wäre zu Hause geblieben. Eine Katastrophe! Zumal dieser „Mad Max“ ohne seinen Max alias Mel Gibson läuft. Vor 36 Jahren begann der Aufstieg des australischen Schauspielers zum Weltstar in einer Billigproduktion: dem ersten Teil des Endzeitabenteuers. Danach erfreute er Fans in Thrillern wie „Lethal Weapon“, Historienfilmen wie „Braveheart“ oder Komödien wie „Was Frauen wollen“.

Bis 1985 drehte Gibson mit Regisseur George Miller zwei weitere „Mad Max“-Filme. Auch als Miller 2003 einen vierten Abklatsch der Postapokalypse plante, in der einige Überlebende eines wüsten Landes mit ihren schrägen fahrbaren Untersätzen um ein paar Tropfen Öl kämpfen, sollte der inzwischen gealterte Gibson den Einzelkämpfer mimen. Dann kam der Irakkrieg dazwischen, und man machte wegen der brisanten Öl-Thematik einen Rückzieher.



Bild: Warner Bros.

Max alias Tom Hardy steht auf Mercedes

Zwölf Jahre später waren alle Bedenken beiseitegewischt. Nur Gibson war nicht mehr im Spiel. Er wurde durch den noch unbescholtenen Briten Tom Hardy ersetzt. Die furiose Weise, mit der dieser neue verrückte („Mad“) Max dabei einige weibliche Models durch die Wüste lotst, damit sie nicht zu Gebärmaschinen eines Tyrannen werden, beeindruckt tatsächlich. Es ist eine einfallsreiche bildgewaltige Materialschlacht, die sogar ohne Mel Gibson bestens unterhält. *Harald Tews*

Als der C-Doppelstander für Deutschland stand

Wie fast alles bestimmte der Alliierte Kontrollrat auch die Erkennungsflagge für die Handelsschiffe des Kriegsverlierers

Im Mai 1945 war der Lieder-, Abzeichen- und Fahnenkult vorbei. Deutschland war zwar als Staat juristisch nicht untergegangen, aber es war nun ein Staat ohne eigene Flagge. Dieser Zustand war ungewöhnlich – aber was war damals in Deutschland nicht ungewöhnlich? Auch bestand wohl bei der Bevölkerung allgemein kein Bedürfnis nach „Flagge zeigen“, sondern nach möglichst unauffälligem Überleben. Notwendig war und ist aber ein Flaggezeigen auf See.

Die meisten deutschen Schiffe waren allerdings entweder versenkt oder schwer beschädigt oder von den Besatzungsmächten beschlagnahmt; soweit überhaupt noch welche vorhanden und seetüchtig waren, fuhren sie – wie beispielsweise Minensuchboote mit deutscher Besatzung – unter dem Kommando einer der Besatzungsmächte und damit unter deren fremder Flagge. Nach einer gewissen Zeit lockerte sich der Zugriff der Sieger auf die deutsche Schifffahrt. So fuhren 1946 nicht mehr alle deutschen Schiffe unter der unmittelbaren Kontrolle der Besatzungsmächte, sondern nur noch unter einer allgemeinen Kontrolle. Für diese Schiffe musste also eine eigene Flagge gesucht werden. Die Alliierten fanden sie mit einer ebenso einfachen wie ungewöhnlichen Lösung: Das Kontrollratsgesetz Nr. 39 vom 12. November 1946 bestimmte, dass deutsche Schiffe ständig Tag und Nacht „die Erkennungsflagge der Alliierten Kontrollbehörde“ zu führen hätten, nämlich „die internationale Signalflagge ‚C‘ (für ‚Control‘ = Kontrolle), jedoch mit einem herausgeschnittenen Dreieck.“ Zugleich ordnete das Kontrollratsgesetz an: „Dieser Flagge sind keine Ehrenbezeigungen zu erweisen, und sie ist nicht zum Gruß von Kriegs- oder Handelsschiffen irgendeiner Nation zu dippen.“ Für Binnenwasserschiffe galt die Regelung, dass diese entweder die Farben dieser Flagge an beide Bordwände des Schiffes gemalt als Erkennungszeichen tragen konnten oder zur Führung weder einer Erkennungsflagge noch eines Erkennungszeichens verpflichtet waren, sofern sie ausschließlich auf den Gewässern nur einer Zone fuhren.

Bei den Beratungen des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat war klar, dass die ausgefranste Signalflagge „C“, unter der die deutschen Schiffe fuhren, nicht als die künftige Bundesflagge in Betracht kam. Übereinstimmung bestand auch darüber, dass ein Flaggenstreit wie in der Zeit der Weimarer Republik vermieden werden sollte. Damals hatten nicht wenige Deutsche die schwarz-rot-goldenen Farben innerlich nicht akzeptiert, teilweise sogar verunglimpft (etwa mit dem Ausdruck „Schwarz-Rot-Mostricht“) und bekämpft. Die Weimarer Reichsverfassung selbst enthielt bekanntlich einen Kompromiss: Die Reichsfarben waren Schwarz-Rot-Gold, die Flagge der Handelsschiffe dagegen, damals begründet mit besserer Erkennbarkeit auf weite Sicht, Schwarz-Weiß-Rot mit Schwarz-Rot-Gold in der oberen inneren Ecke der Flagge. Der Parlamentarische Rat entschied sich dagegen einfach für Schwarz-Rot-Gold, ebenso auch die Verfassunggebende Versammlung der DDR. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR hatten also dieselbe Flagge: Die Einheit Deutschlands bestand wenigstens auf dem Tuch fort.

Im Herbst 1959 spalteten die Machthaber der DDR diese Einheit, indem sie Hammer und Zirkel in einem Ährenkranz auf das Fahnentuch nähten. Zur Begründung für jene Änderung wurde behauptet, die schwarz-rot-goldene Fahne sei „von reaktionären Kreisen Westdeutschlands immer offener für aggressive Absichten missbraucht und so bei den Völkern diskreditiert worden“. In der Bundesrepublik stieß die hier so genannte „Spalterflagge“ auf heftigen Widerstand. So forderte der damalige Hamburger CDU-Chef Erik Blumenfeld auf dem Landesparteitag im Oktober 1959, dass Schiffe, die auf der Elbe und im Hamburger Hafen diese Flagge zeigen, nicht mehr abgefertigt werden dürften. Die damalige Bundesregierung und die Regierungen der Bundesländer sahen im Zeigen der „Spalterflagge“ eine Störung der öffentlichen Ordnung, die zu polizeilichem Einschreiten verpflichte; wurde diese Flagge aber auf Schiffen gezeigt, so sollte nicht eingeschritten werden, da – wie der seinerzeitige Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU; nicht zu verwechseln mit dem späteren gleichnamigen Bundeskanzler) erklärte – „die Schiffsbeflaggung nur die Herkunft des Schiffes bezeichnet und nicht als eine politische Demonstration bewertet werden kann“.

Das Provisorium endete erst nach der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten

Deutsch-deutsches Hickhack gab es auch um die Flagge der gesamtdeutschen Mannschaft für die Olympischen Winterspiele in Squaw Valley und die Olympischen Sommerspiele in Rom 1960. Als West und Ost sich nicht auf eine gemeinsame Flagge einigen konnten, schlug der damalige Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, der US-Amerikaner Avery Brundage, als Kompromiss eine gesamtdeutsche Ersatzfahne vor, nämlich Schwarz-Rot-Gold mit fünf weißen Ringen im mittleren roten Feld. Zunächst wollte Walter Ulbricht dies nicht, dann Konrad Adenauer nicht: Die Bundesregierung hielt es „mit der nationalen Würde für nicht zu vereinbaren, wenn die deutsche Olympiamannschaft in Squaw Valley und Rom ein anderes Emblem zeige als die Bundesfahne“. Jedoch überließ die Bundesregierung die Letztentscheidung in dieser Frage dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) der Bundesrepublik, das sich – um den Start einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft nicht zu gefährden – einstimmig für die Kompromissflagge entschied, dies ohne schlechtes Gewissen, „denn in den Augen der Welt bleibt die schwarzrotgoldene Flagge auch dann die deutsche Fahne, wenn sie aus Anlass der Olympischen Spiele mit den fünf Ringen versehen wird“.

Die Bundesregierung akzeptierte den Entscheid des NOK, allerdings nicht ohne darauf hinzuweisen, dass die im Grundgesetz festgelegte Bundesflagge schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht abänderbar sei; übersprungen wurde diese Hürde mit dem Argument: „Bei den olympischen Spielen tritt aber nicht die Bundesrepublik, vertreten durch die Bundesregierung, auf, sondern es tritt der deutsche Sport auf.“ Der damalige Pressechef der Bundesregierung, der inzwischen legendäre Felix von Eckardt, gab dazu den resignierten, aber klugen Satz zum Besten: „Es gibt Situationen, wo eine Regierung etwas ablehnen muss, was dennoch stattfindet.“ So startete die deutsche Olympiamannschaft 1960 unter einer Phantasiefahne und errang phantastische sportliche Erfolge. Ich war bei den Olympischen Spielen in Rom dabei, natürlich nicht als Sportler, sondern nur als einer der Zuschauer. Wir freuten uns über die Erfolge „unserer“ Athleten, ohne bei dieser Freude einen Unterschied zwischen West und Ost zu machen; riesig war der Jubel, als beim Abschlusswettbewerb die deutschen Reiter Gold holten: „Freude, schöner Götterfunken“. Die weißen Ringe auf der schwarz-rot-goldenen Flagge störten uns bei der Siegerehrung nicht.

Ingo von Münch



Mit dem C-Doppelstander (kleines Foto) am Heck: Die „Greiffenfels“ aus Bremen Bild: Archiv

»Vielgehasst und doch populär«

Berlins Polizeipräsident Traugott von Jagow verbot große Hüte im Theater, spitze Hutnadeln und unbekleidete Schaufensterpuppen

„Vielgehasst und doch populär“ – diese Worte über einem Nachruf in der „Frankfurter Zeitung“ vom Juni 1941 beschreiben wohl am besten die gesellschaftliche Rolle von Traugott von Jagow, der besonders wegen seines Wirkens als Polizeipräsident von Berlin im Gedächtnis geblieben ist.

Wie viele andere preußische Beamte und Politiker auch entstammte Traugott Achaz von Jagow, der am 18. Mai 1865 in Perleberg geboren wurde, einem alten märkischen Adelsgeschlecht; seine Stammreihe lässt sich bis 1268 zurückverfolgen. In Vorbereitung auf seine spätere Laufbahn studierte der Sohn des Landrates und Reichstagsabgeordneten Julius von Jagow Jura und Staatswissenschaften und promovierte 1889 in Göttingen zum Doktor der Rechte. Parallel hierzu diente Traugott von Jagow in diversen preußischen Kavallerieregimentern, wobei er im Laufe der Zeit vom Einjährig-Freiwilligen zum Major der Reserve avancierte. Ebenso geradlinig verlief seine zivile Laufbahn. Nach einer Ausbildung zum höheren Verwaltungsbeamten wurde er 1895 in Nachfolge seines erkrankungsbedingt pensionierten Vaters Landrat des Kreises Westprignitz. Als solcher bewährte sich Jagow in der Folgezeit in absolut jeder Hinsicht, was 1906 zur Versetzung in die Regierung von Potsdam führte. Dort nahm man den nunmehrigen Oberregierungsrat erneut als besonders befähigten und energischen Beamten wahr. Deshalb wurde er schließlich am 27. Oktober 1909 zum zwölften Königlichen Polizeipräsidenten von Berlin seit Gründung der Schutzmannschaft der Hauptstadt ernannt.

Der spätere Kapp-Lüttwitz-Putschist schuf die erste Einbahnstraße für Automobile

In dieser Position sah sich Jagow bald mit den tumultartigen Streiks der Kohlenträger von Moabit und Wedding konfrontiert, denen wenig später die nicht minder chaotischen „Wahlspaziergänge“ der Sozialdemokraten folgten, welche die Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechtes zum Ziel hatten. Hierauf reagierte Jagow im Februar 1910 mit einem ebenso lakonischen wie bestimmten Erlass, der ihm den tiefen Hass der politischen Linken eintrug, aber zugleich seine außerordentliche Popularität begründete: „Es wird das ‚Recht auf die Straße‘ verkündet. Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Neugierige.“

Und auch sonst versuchte der Polizeipräsident, Ordnung in das Berliner Stadtgetümmel zu bringen. So untersagte er den Damen das Tragen von großen Hüten im Theater und verbot parallel dazu gleich noch die spitzen Hutnadeln, welche in den öffentlichen Verkehrsmitteln immer mehr zur Gefahr für die Augen der Mitfahrenden wurden. Ebenso verbannte Jagow unbekleidete Schaufensterpuppen aus den Auslagen, um die Moral und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Dem letzteren Zweck diente auch die Schaffung der weltweit ersten Einbahnstraße für Automobile im Bereich der Friedrichstraße und die Neuordnung des Droschkenwesens: Hier setzte der Polizeipräsident einen einheitlichen Anstrich durch. Außerdem erzog er die ihm unterstellten Schutzleute zu mehr Höflichkeit und platzierte Beamte mit Fremdsprachenkenntnissen in den touristisch am meisten frequentierten Bereichen der Innenstadt. All diese Maßnahmen trugen ihm manchmal beißenden Spott, häufiger aber jedoch den Ruf ein, eine Persönlichkeit zu sein, welche ausgesprochen pragmatisch agiere und dadurch letztlich viele Verbesserungen herbeigeführt habe.

Deshalb stolperte Jagow auch nicht über die Affäre, die 1911 von dem Journalisten Alfred Kerr alias Kempner losgetreten wurde und einiges an Staub aufwirbelte. Aus Ärger über die Zensur der Kunst- und Literaturzeitschrift „Pan“ – seinerzeit eine der routinemäßigen dienstlichen Obliegenheiten des Polizeipräsidenten – veröffentlichte Kerr einen delikaten Privatbrief aus der Feder Jagows an Tilla Durieux beziehungsweise eigentlich Ottilie Godeffroy, die stets ausgesprochen kokett auftretende Gattin des Verlegers und Galeristen Paul Cassirer. Daraufhin forderte der anscheinend Gehörnte den Nebenbuhler zum Duell. Dieses fand jedoch nie statt, weil es zu einer einvernehmlichen Beilegung der Angelegenheit kam.

Gehen musste Jagow erst im Mai 1916 nach der Verhaftung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht mitten auf dem Potsdamer Platz – wegen dieses Vorfalls wurde der Berliner Polizeichef zunächst auf den Posten des Regierungspräsidenten von Breslau abgeschoben und nach einem längeren Intermezzo beim Militär im November 1918 pensioniert.

Anschließend war Jagow eine Zeitlang Direktor des Pommerschen Landbundes, bis er am Putsch des preußischen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp und des Reichswehrgenerals Walther von Lüttwitz teilnahm und in der hastig zusammengestellten „Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat“, die vom 13. bis zum 17. März 1920 amtierte, als Innenminister fungierte. Nachdem der Kapp-Lüttwitz-Putsch gescheitert war, stellte sich Jagow den Behörden, obwohl er damit rechnete, wegen Hochverrats zum Tode verurteilt zu werden. Doch am Ende erkannte das Reichsgericht in Leipzig nur auf die Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft, weil der Angeklagte „unter dem Bann selbstloser Vaterlandsliebe“ gehandelt habe. Von diesen fünf Jahren saß Jagow drei im pommerschen Gollnow ab, denn im Dezember 1924 begnadigte ihn der Reichspräsident Friedrich Ebert. Daraufhin klagte der Delinquent erfolgreich die rückwirkende Zahlung seiner Pension ein.

Traugott von Jagow

Jagow schloss sich dem Bund der Aufrechten an, der zwar bereits seit 1922 verboten war, aber im Untergrund weiterexistierte. Das Ziel dieser Vereinigung bestand in letzter Konsequenz in der Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland. Deshalb erlebte sie unter den Nationalsozialisten keine Renaissance, sondern ihre endgültige Zerschlagung. Ansonsten zog die Zäsur von 1933 für den vormaligen Putschisten weder eine politische Verfolgung noch eine Rehabilitierung oder gar Wiederverwendung nach sich. Die Galionsfigur der radikalen Rechten wurde von den neuen Machthabern auf ganzer Linie ignoriert.

Traugott von Jagow, der zeitlebens unverheiratet geblieben war und keine Kinder hatte, starb am 15. Juni 1941 im Alter von 76 Jahren im Berliner Elisabeth-Krankenhaus an den Folgen eines Schlaganfalls.

Wolfgang Kaufmann

Namensgeber und Gründer der Albertina

Albrecht von Preußen förderte durch die Umwandlung des Deutschordensstaates den Aufstieg gleich zweier Großmächte

Vor 525 Jahren, am 17. Mai 1490, wurde Albrecht von Preußen als Prinz von Ansbach aus der fränkischen Linie der Hohenzollern in Ansbach geboren. Er starb am 20. März 1568 auf der preußischen Burg Tapiau. Die Zeit dazwischen nutzte er, einen Ordensstaat mit ihm als Hochmeister in ein erbliches weltliches Herzogtum mit ihm als Herzog umzuwandeln. Damit schrieb er Geschichte.

Unter den Vorteilen, die Preußen gegenüber anderen Staaten hatte, seien hier zwei herausgegriffen. Zum einen galt in Preußen als einem überdurchschnittlich korrekten und sauberen Staat das Leistungsprinzip und herrschte weniger Protektion und Vetternwirtschaft. Zum anderen war das einigende Band des preußischen Staates weniger die Zugehörigkeit der Staatsangehörigen zu einem Volksstamm als vielmehr eine Idee. Das erwies sich insbesondere in der Stunde tiefster Not, nach der Niederlage gegen Napoleon im Vierten Koalitionskrieg mit den Schlachten bei Jena und Auerstedt, als großer Vorteil, als sich Idealisten aus ganz Deutschland in den Dienst Preußens stellten. Die Wiege eines Großteils der preußischen Reformer, die Preußens Wiederaufstieg erst ermöglichten, stand außerhalb des preußischen Territoriums.

Einen ähnlichen Vorteil hatte auch der Staat des Deutschen Ordens. Die Funktionselite des Deutschordensstaates wurde aus allen Teilen des Heiligen Reiches rekrutiert, in denen der Deutsche Orden präsent war. Und die Hochmeister des Deutschen Ordens wurden nicht wegen ihrer Herkunft, sondern aufgrund ihrer zuvor erbrachten Leistungen in anderen Funktionen des Ordens gewählt.

Letzteres änderte sich jedoch in der Endphase des Deutschordensstaates. Aufgrund der schweren Bedrängnis durch die Vereinigung des Königreiches Polen und des Großherzogtums Litauen zur polnisch-litauischen Union riet der 35. Hochmeister Johann von Tiefen, zukünftig in Abweichung vom bisherigen Leistungsprinzip statt im Orden bewährte Kräfte Sprösslinge des Hochadels in sein Amt zu wählen. Er tat das in der Hoffnung, dass letztere ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zum Wohle des Ordensstaates spielen lassen würden. Der Orden folgte dem Rat seines Hochmeisters und nach dessen Tod 1497 wählte er Friedrich von Sachsen. Nach Friedrichs Tod 1510 fand sich jedoch unter den Wettinern kein Mann vergleichbaren Kalibers, und so wich der Orden auf die weitverzweigte Fürstenfamilie der Hohenzollern aus. Die Wahl fiel auf den dritten Sohn von Friedrich II. Markgraf von Brandenburg-Ansbach und dessen Ehefrau Prinzessin Sophia von Polen.

Albrecht, so sein Name, war der Spross eines regierenden Fürsten des Heiligen Reiches und über seine Mutter sowohl mit den Habsburgern als auch mit den Jagiellonen eng verwandt. Seit 1507 stand an der Spitze der polnisch-litauischen Union mit Sigismund dem Älteren ein Bruder seiner Mutter.

Der Orden hatte die Hoffnung, dass Sigismund einem Sohn seiner Schwester die Heeresfolge und den Treueid des Hochmeisters, auf die er als Folge des zweiten Thorner Friedens Anspruch erhob, erlassen würde. So wurde Albrecht 1511 zum Hochmeister gewählt. Sigismund bestand jedoch auch gegenüber seinem Neffen auf die Loyalitätsbekundung und da dieser dazu nicht bereit war, eskalierte der Machtkampf schließlich im Winter 1519/20 zum sogenannten Reiterkrieg.



Albrecht von Preußen: Porträt von Lucas Cranach dem Älteren, datiert 1528 Bild: Archiv

Einen unter anderem vom Kaiser vermittelten Waffenstillstand, der 1521 in Kraft trat, nutzte Albrecht, um sich im Reich auf die Suche nach neuen Verbündeten zu machen. Auf dieser ihren Zweck nicht erfüllenden Reise kam der gebürtige Franke auch nach Nürnberg, wo ihn Andreas Osiander für die Reformation gewann und ihn mit Martin Luther bekannt machte. Luther riet ihm, den Ordensstaat in ein erbliches weltliches Herzogtum umzuwandeln. Albrecht kam diesem Rat nach. Zwei wichtige Faktoren ermöglichten ihm dieses. Zum einen hatte die Reformation während seines Aufenthaltes im Reich auch im Ordensstaat Einzug gehalten. Zum anderen war Sigismund damit einverstanden. Als Gegenleistung nahm Albrecht sein neues Herzogtum als Lehen vom polnischen König und legte vor diesem 1525 in Krakau den Huldigungseid ab. Damit war der Grund für den Reiterkrieg entfallen. Frieden wurde geschlossen und Sigismund hatte sich durchgesetzt.

Durch die Kappung der Bande zwischen dem Deutschem Orden und Preußen stand der Orden nicht mehr für die Rekrutierung preußischen Führungsnachwuchses im Reich zur Verfügung. Zudem brauchte Albrecht protestantische Theologen für die Durchsetzung der Reformation. So baute er das Bildungswesen in seinem neuen Herzogtum Preußen aus, was 1544 in der Errichtung der nach ihm benannten Albertina als Landesuniversität seine Krönung fand.

Abgesehen von der Gründung der Albertus-Universität in seiner Hauptstadt Königsberg und seinem Beitrag zur Umwandlung Preußens in ein überwiegend protestantisches Staatsgebilde trug Albrecht zumindest fördernd zur Bildung zweier Großmächte bei. Da ist kurzfristig die polnisch-litauische Union zu nennen. Die Umwandlung des Deutschordensstaates in ein Herzogtum führte innerhalb Preußens zu Umbrüchen und Friktionen, die dem polnischen König ungeahnte Einflussmöglichkeiten boten. Aber da ist zum anderen langfristig auch der Aufstieg des Hohenzollernstaates zur führenden Macht Deutschlands bis zum Aufgehen im Deutschen Reich als der größten der fünf europäischen Großmächte. Durch die Heirat seiner Enkelin Anna mit Johann Sigismund von Brandenburg begann nach dem Tod seines Sohnes und Nachfolgers Albrecht Friedrich 1618 die Personalunion Preußens und Brandenburgs, die schließlich zur Realunion wurde. Erst dieser Erwerb Preußens ermöglichte den Brandenburgern den Aufstieg zu Souveränen im 17. Jahrhundert und schließlich zu Königen im Jahre 1701, da Preußen die polnische Lehenshoheit bereits abgeschüttelt hatte, als Brandenburg noch ein Territorium des Heiligen Reiches war, das erst von Napoleon Bonaparte zu Grabe getragen wurde. *Manuel Ruoff*

»Der Politik habe ich nachgerade fast genug«

Vergebens versuchte Bismarck, den Unternehmer und Politiker Gustav von Mevissen als Finanzminister zu gewinnen

Vor 200 Jahren begann der Lebensweg von Gustav Mevissen (später Gustav von Mevissen), der zu den wichtigsten Initiatoren der Industrialisierung in den preußischen Rheinlanden zählte. Seine Biografie zeigt exemplarisch, mit welch enormer Tatkraft und Effizienz deutsche Unternehmer im 19. Jahrhundert agierten.

Mevissen, der am 20. Mai 1815 in der Kleinstadt Dülken in der preußischen Rheinprovinz geboren wurde, hätte es wohl in jeder beruflichen Laufbahn zu etwas gebracht, denn er war mit außerordentlichen Geistesgaben gesegnet und lebte demgemäß nach dem Motto: „Denken ist mein einz'ges Streben." Dazu kam eine schier grenzenlose Energie, obwohl Mevissen schon mit 28 Jahren den ersten schweren gesundheitlichen Einbruch erleiden musste. Ein massiver Schub von Gelenkrheuma zwang ihn für Monate aufs Krankenlager.

> Der führende Vertreter des rheinischen Liberalismus gehörte zu den Pionieren des deutschen Kredit- und Versicherungswesens

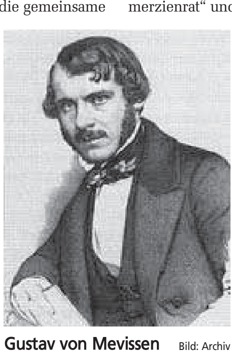
Aufgrund seiner Tatkraft entwickelte sich der jüngste Sohn des Zwirnfabrikanten und Ölmüllers Gerhard Mevissen bald zu einem höchst erfolgreichen Unternehmer, nachdem er ab 1830 in den väterlichen Betrieben die notwendigen ersten Erfahrungen gesammelt hatte. Dabei zeitigte besonders der Wechsel in das prosperierende Köln nachhaltige Wirkung. Dort wurde Mevissen 1844 Präsident der Rheinischen Eisenbahngesellschaft und beteiligte sich dann im Folgejahr an der Gründung der Versicherungsgesellschaft Agrippina. Dazu kam 1848 der Einstieg ins Bankgewerbe. Zuerst fungierte Mevissen als Direktor der Kölner Filiale der Darlehenskasse, dann als preußischer Staatskommissar, dem die Rettung des angeschlagenen Schaaffhausen'schen Bankvereins oblag.

Während dieser Zeit wurde Mevissen zu einem entschiedenen Vertreter des rheinischen Liberalismus, der immer wieder äußerte, es müsse in Deutschland „unleugbar einer neuen Ära auch politisch" entgegengehen. Deshalb finanzierte er ab 1842 die „Rheinische Zeitung", deren Redaktion kein Geringerer als Karl Marx leitete, und setzte sich darüber hinaus für wirtschafts- und sozialpolitische Reformen sowie eine entsprechend modern gestaltete preußische Verfassung ein. Das führte 1846 beziehungsweise 1847 zu seiner Wahl in den Rheinischen Provinziallandtag und den Vereinigten Landtag Preußens. Andererseits erlebte Mevissen die Märzrevolution von 1848 dann aber als bedrohlich, weil er darin „Spuren einer communistischen Bewegung" sah.

Aus diesem Grunde begrüßte er auch die repressiven Maßnahmen gegen die verfassungsgebende Frankfurter Nationalversammlung, der er selbst vom 18. Mai 1848 bis zum 21. Mai 1849 als Vertreter der gemäßigt-liberalen „Casino-Fraktion" angehört hatte, sowie die staatsstreichartige Auflösung der preußischen Nationalversammlung durch Friedrich Wilhelm IV. – für ihn war das ein „kühner Schritt des Königs" zur Bekämpfung der „hereindrängenden Anarchie". Zugleich jedoch blieb eine tiefe Enttäuschung darüber zurück, dass es nicht gelungen war, mehr für Deutschland zu erreichen. Das belegt unter anderem folgende Äußerung Mevissens gegenüber seinem Cousin und engen Mitarbeiter Wilhelm Koenigs: „Der Politik habe ich nachgerade fast genug." Allerdings fand er sich 1866 dann zumindest wieder dazu bereit, für die Stadt Köln ins preußische Herrenhaus einzuziehen; darüber hinaus fungierte der Unternehmer nebenher noch als Mitglied des Staatsrates und des Volkswirtschaftsrates. Doch für höhere Ämter stand Mevissen, der im August und September 1848 kurz Unterstaatssekretär der Provisorischen Zentralgewalt gewesen war, nicht mehr zur Verfügung. So lehnte er es beispielsweise mehrmals ab, preußischer Finanzminister zu werden, obwohl er mit Otto von Bismarck zumeist auf einer Linie lag.

Mevissens bevorzugtes Tätigkeitsfeld lag nach den revolutionären Ereignissen von 1848/49 auf dem Gebiet der rheinisch-westfälischen Schwer- und Textilindustrie sowie auf dem Finanzsektor. So avancierte er bereits 1849 zum Mitglied des Aufsichtsrates der Kommanditgesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb. Dem folgte bis 1856 die Beteiligung an der Gründung zahlreicher neuer Unternehmen. Zu nennen wären hier insbesondere die Kölner Bergwerks-Verein AG, der Hoerder Bergwerks- und Hütten-Verein, die Alsdorf-Hoengener Kohlenbergwerksgesellschaft, die Massener Gesellschaft für Kohlenbergbau, der Köln-Müsener Bergwerksverein, die Kölnische Baumwollspinnerei und -weberei sowie die Kölnische Maschinenbau-Actien-Gesellschaft.

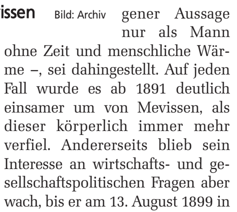
Viele dieser Projekte realisierte Mevissen, der zudem noch zum Präsidenten der Handelskammer in Köln gewählt wurde, gemeinsam mit der Bankiersfamilie Oppenheim. Hieraus erwuchs 1853 schließlich auch eine Zusammenarbeit bei der Gründung der Darmstädter Bank für Handel und Industrie, die als Aktienbank zur Finanzierung produktiver Investitionen ausgelegt war und erklärtermaßen ein „korporatives Gegengewicht gegen die Alleinherrschaft der Rothschildschen Geldmacht" darstellen sollte. Dem schloss sich 1856 die gemeinsame Gründung der Internationalen Bank von Luxemburg an. Außerdem konstituierte Mevissen noch die Kölner Privatbank und die Bank für Süddeutschland.



Gustav von Mevissen Bild: Archiv

Ähnlich erfolgreich verlief sein Wirken in der Versicherungsbranche. 1852 etablierte Mevissen zunächst die Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft auf dem Markt und vereinigte dann zwei schwächelnde Assekuranzen zur Concordia Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit. Dabei lag das Startkapital wie im Falle der erwähnten Banken im zweistelligen Millionenbereich.

Für all diese Leistungen bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Rheinlandes sowie auch sein soziales Engagement – beispielsweise begründete er die Stiftung zur Errichtung einer Handelshochschule in Köln – wurde Mevissen auf vielerlei Weise ausgezeichnet. So erfolgte im September 1884 die Erhebung in den preußischen Adelsstand. Darüber hinaus erhielt er den Titel „Geheimer Kommerzienrat" und die Ehrendoktorwürde der Universität Bonn auf dem Gebiet der Rechte (1885) und der Philosophie (1893). Ob dies freilich ein ausreichendes Äquivalent für das anscheinend kaum vorhandene Privat- und Familienleben war – seine Töchter erlebten ihn nach eigener Aussage nur als Mann ohne Zeit und menschliche Wärme –, sei dahingestellt. Auf jeden Fall wurde es ab 1891 deutlich einsamer um von Mevissen, als dieser körperlich immer mehr verfiel. Andererseits blieb sein Interesse an wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen aber wach, bis er am 13. August 1899 in Bad Godesberg starb.



Wolfgang Kaufmann

Linienverbindungen für Zuwanderer

Zu: Moral und Heuchelei (Nr. 17)

Warum richten nicht gleich Brüssel oder Berlin Fährverbindungen von Afrika und Nahost nach Europa ein mit festen Abfahrtzeiten, Freitickets, Anschlusszügen zu den Zielorten (Schlafwagen, 1. Klasse), Freibeköstigung, -betreuung und -taxen zu den Zielquartieren? Diese sollten vor allem in den Wohnorten sein, in denen die roten, grünen, blutroten, schwarzen, gelben Abgeordneten, Zeitungsschreiber („Spiegel“, „Zeit“, „TAZ“, „SZ“), Radio-, Fernsehleute sowie Talkshow-Millionäre wie Illner, Plasberg, Maischberger oder Jauch schon immer verbal für Zuwanderer geworben haben.

Das wäre für diese Hochmoralisierer nicht nur werbewirksam. Insbesondere die Abgeordneten würden so den Bürgern ihr selbstloses Engagement in Sachen Asylantenflut vor Ort zeigen. Es würde die „Wahlbegeisterung“ steigern, und die Bürger hätten den Vorteil, die Früchte ihres Wahlverhaltens unmittelbar ernten zu können. Höhepunkt für die Gutmenschen böte die Übernahme der Fernsehgebühren, Quartier-, Strom-, Heiz-, Wasser-, Telefon-, Rechtsberatungs- und Arztkosten bis hin zu Unterhaltszahlungen für die Transporte zu den Demonstrationen gegen Fremdenhass und Rassismus der Deutschen.

Auch für Ulla Jelpke von den Linken, Claudia Roth von den Grünen oder Bundespräsident Joachim Gauck böte sich hier die Chance, sich in dieses Projekt konkret willkommenskulturell einzubringen. **Dr. W. Bredenberg, Carpin**

Zentrale Koordinierung für Zuwanderer fehlt

Zu: Moral und Heuchelei (Nr. 17)

Die soziale Brisanz der seit Jahren verfehlten oder nicht vorhandenen Politik für Zuwanderer/Einwanderer/Migranten/Flüchtlinge/Asylbewerber ist hinreichend bekannt. Fakt ist auch, dass weit mehr als 50 Prozent dieser Gruppen keinen Anspruch auf unser Asylrecht haben und damit wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden müssten.

Nun gibt es aber bei uns in Deutschland – und das ist einmalig in Europa – ein Bleiberecht. So bis zur endgültigen Klärung im Rahmen des Asylrechts ausgestattet, werden die zu uns Kommenden von den Ländern an die Kommunen weitergereicht. Diese sind bei der Unterbringung schon jetzt überfordert, und es kommen immer mehr.

Warum erfolgt nicht bei Ankunft in Deutschland eine zentrale Regelung, Koordinierung und Erfassung? Als „Muster“ könnte dafür die Aufnahmestelle „Friedland“ dienen. Mit dieser Einrichtung haben wir doch eine jahrzehntelange gute Erfahrung (zum Beispiel auch bei der Rückführung der Russland-Deutschen).

Wenn jedes der 16 Bundesländer eine solche Aufnahmestelle hätte, dann wären das bei zum Beispiel jeweils 5000 Zuwanderern insgesamt 80 000 Personen. Alles könnte bei dieser zentralen Zusammenfassung geklärt werden: Erstversorgung bis hin zur medizinischen Versorgung, „Vorprüfung“ des Asylrechts und so weiter. Erst danach gäbe es eine „qualifizierte Zuweisung“ an die Kommunen. **Botho Großmann, Isernhagen**



Andrang auf den Linienbus: Im zerstörten Berlin kehrt bei Kriegsende 1945 langsam der Alltag wieder ein

Bild: Archiv

Die »Befreier« kamen als Eroberer

Zu: 70 Jahre Kriegsende (Nr. 19)

All denen, die das Kriegsende 1945 nicht erlebt haben, möchte ich als Kriegsteilnehmer sagen, dass der Versuch, die deutsche Niederlage in eine „Befreiung“ umzudeuten, schlicht Geschichtsfälschung ist. Denn: Befreier stehlen, rauben und plündern nicht. Befreier drangsalieren, foltern, vergewaltigen und morden nicht (Rheinwiesen, Buchenwald, Sachsenhausen, Freudenstadt). Sie fördern, billigen oder dulden auch nicht, wenn dies andere „Mitbefreier“ tun. Befreier sitzen nicht über Befreite zu Gericht, und wenn sie über Schuldige oder vermeintlich Schuldige zu Gericht sitzen, so behindern sie deren Verteidigung nicht, keineswegs sind sie Kläger, Richter und/oder Henker in einem.

Befreier missachten das Völkerrecht nicht. Sie überantworten „befreite“ Gefangene nicht fremder Gewalt, sie lassen sie nicht verhungern oder auf andere Weise umkommen (Rheinwiesen, Schauspieler Heinrich George, Hungerwinter 45/46 und 46/47). Sie beuten diese nicht durch Sklavenarbeit aus (Uranbergbau Aue). Befreier vertreiben Befreite nicht aus ihrer Heimat, sie eignen sich nicht Land, Hab und Gut der Befreiten an. Sie ermöglichen es auch nicht, dass „Mitbefreier“ dies tun (der ganze deutsche Osten, Sudetenland). Befreier beschlagnahmen nicht die Häuser der Befreiten, sie verjagen die Eigner nicht. Befreier zerstören nicht die Arbeitsplätze der Befreiten, sie demolieren oder demontieren nicht ihre Fabriken (Stahlwerke Salzgitter, Junkerswerke Dessau).

Befreier bemächtigen sich auch nicht der Bahnen, Fahrzeuge, Schienen, Schiffe und Patente der Befreiten, ebenso lassen sie ihre Wälder nicht wie im Harz zwangsroden. Befreier entehren nicht die Denkmäler der Befreiten, sie verschleppen oder rauben ihre Kunstschätze nicht (Quedlinburg, Dresden, Fehlbestände deutscher Bibliotheken und Museen). Die Sieger von 1945 sind nicht als Befreier gekommen, sondern als Eroberer. So und nicht anders traten sie auf. **Kurt Telge, Braunschweig**

Volk ohne eigene Geschichte

Zu: „Wir sehen Deutschland als ein Beispiel“ (Nr. 18)

Lange hat man auch in Deutschland gezögert, das Massaker an den Armeniern als Völkermord anzuerkennen. Doch bei der Gedenkrede am 24. April 2015 zu diesem Ereignis von vor 100 Jahren bezeichnete Bundespräsident Gauck Vertreibung und Tod von einer bis anderthalb Millionen Armeniern durch die Türken als Völkermord.

Wenn sich der Bundespräsident plötzlich entschließt, dieses Geschehen einen Völkermord zu nennen, müsste er dann nicht erst recht die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten des seinerzeitigen Deutschen Reiches mit zirka zweieinhalb Millionen Toten und 15 bis 16 Millionen Vertriebenen Völkermord nennen? Müsste er nicht wenigstens dafür einstehen, dass ihrer öffentlich an einem speziellen Gedenktag in entsprechend würdiger Weise gedacht wird?

Diese Menschen sind nicht nur von Grund und Boden vertrieben worden. Sie haben nicht nur ihr ganzes Hab und Gut verloren, sondern man hat sie weitgehend ihrer Tradition, ihrer Sitten und Sprache (Dialekt) und ihrer über viele Jahrhunderte hinweg entwickelten Kultur beraubt.

Das war ein Verbrechen an der Menschheit! Völkermord beziehungsweise Verbrechen an der Menschheit verjähren nicht, sagte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel am 26. Januar.

Zudem erfolgt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine Umerziehung, die darauf hinzielte, die deutsche Geschichte zu vergessen oder zumindest im Sinne der Siegermächte umzuschreiben. Die Bestrebungen gehen neuerdings sogar dahin, dass der Geschichtsunterricht an den Schulen abgeschafft werden soll. Ein Volk ohne Geschichte ist aber wie ein Blatt im Winde, das ohne Halt allen Widerwärtigkeiten schutzlos ausgeliefert ist. Bereits 1969 hat Arnold Gehlen in seinem Buch „Moral und Hypermoral“ darauf hingewiesen, ein Volk von seiner Geschichte abzuschneiden bedeute Völkermord – geistigen Völkermord.

Wäre es nicht die Aufgabe des Bundespräsidenten gemäß seinem Eid, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“, statt mit Schuldzuweisungen die junge Generation zu belasten? Sollte er nicht alle Kraft dafür einsetzen, dass statt der von den Siegern diktierten Geschichtsschreibung die Wahrheit ans Tageslicht kommt? **Inge Keller-Dommasch, Jonen/Schweiz**

Schlichte Weisheit

Zu: 70 Jahre Kriegsende (Nr. 19)

Bei seinem Besuch am 27. April in Wien sagte der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich des 70. Jahrestags der Gründung der zweiten Republik Österreich: „Schrecklich alleine die Vorstellung, die Alliierten hätten uns nicht befreit und unsere Vorgängergeneration hätte uns Europa unter dem Hakenkreuz hinterlassen.“

In der britischen Zeitung „Sunday Correspondent“ vom 16. September 1989, wiedergegeben in der „FAZ“ vom 18. September 1989 konnte man lesen: „Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, weil wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können!“

Mein seliger Vater, Jahrgang 1913, Jurist und späteinberufener Kriegsteilnehmer, kommentierte das Nachkriegsgeschehen nur allzu oft mit den resignierenden Worten: „Einen Krieg darf man halt nicht verlieren!“

Heute kann sich jeder selbst eine Meinung bilden. **Mag. Hans Gamlich, Wien**

Eine Heimat kann man nicht verlieren

Zu: 70 Jahre Kriegsende (Nr. 19)

Ostpreußen war und ist bis zum heutigen Tag meine Heimat. Wie kann man diese Heimat verlieren?

Obwohl ich nun schon seit über 60 Jahren in Berlin lebe, bleibt meine Heimat Ostpreußen. Und diese Heimat musste ich 1945 verlassen. Ich war mit 19 Jahren eine Vertriebene. Schon 1946 habe ich nach schwerer körperlicher und seelischer Erkrankung die Erlebnisse von 1945 aufgeschrieben. Das Tagebuch habe ich meiner Mutter gewidmet, die gleich nach der Ankunft in Brandenburg am 15. November 1945 in einem Krankenhaus verstarb.

Das Tagebuch habe ich 2012 der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung für die dauerhafte Ausstellung übereignet. **Irene Pfeiffer, Berlin**

Eine schwarze Zukunft Europas

Zu: Moral und Heuchelei (Nr. 17)

Italien und Westeuropa ähneln heute dem Römischen Imperium im Jahr 410 n. Chr. Afrika und die Afrikaner haben eine kolossale Invasion in Gang gesetzt, die in den nächsten Jahren aus Europäern eine geduldete oder unterdrückte Minderheit machen wird. Die Mehrheit der europäischen Bevölkerung wird schwarz und islamisch sein. Nach dem Untergang Roms haben die Invasoren 800 Jahre von der Substanz gelebt: keine neuen Bauten, keine neuen Straßen, keine wissenschaftlichen Impulse. Das ist die Zukunft Europas und das ist nicht mehr abzuwenden, auch wenn die Deutschlandhasser in den etablierten Parteien abgewählt werden sollten. **Francesco Salatino, Frankfurt/Main**

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 20 – 16. Mai 2015

MELDUNGEN

Abfertigung auch für Lkw

Goldap – Ab September werden Lastkraftwagen am Grenzübergang in Goldap abgefertigt. In der Woiwodschaftsverwaltung in Allenstein wurde der Vertrag über die Abfertigung von Lastwagen unterzeichnet. Der Umbau des Grenzüberganges läuft seit drei Jahren und ist in Etappen aufgeteilt. Die Zufahrt zur Grenze ist, wie der ermländisch-masurische Woiwode sagt, die vorletzte Etappe. Der Investor, der die Ausschreibung gewann, ist die Gesellschaft „Drogowo-Mostowo“ aus Treuburg. Der Vorstandsvorsitzende der Gesellschaft, Tadeusz Niedzwecki, beteuert, dass es zu keinen Schwierigkeiten kommen werde. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Berghof [Tatary] – Candien [Kanigowo], Baustelle; Palicken [Pawliki] – Poweirsen [Powierz], Baustelle; Poweirsen – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie], Baustelle. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Olsztynskastraße, Baustelle; Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 59: Muntowen [Muntowo], Baustelle; Lötzen [Gizycko] – Sensburg [Mragowo], Baustelle. Straße Nr. 63: Klimken [Klimki] – Prinowen [Prynowo], Randstreifenarbeiten; Angerburg [Wegorzewo], Zamkowastraße, Baustelle. Straße Nr. 65: Lyck – Neuendorf [Nowa Wies Elcka] – Fußgängerzonenbau. *E.G.*

Exklusives im Lasch-Bunker

Ältester Enkel des ehemaligen Generals stellte Dokumente für Ausstellungserweiterung zur Verfügung

In den vergangenen Wochen wurde weltweit mit Gedenkveranstaltungen an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren erinnert. So auch im Königsberger Gebiet. Anlässlich dieses Gedenktages wurde auch die Ausstellung im Lasch-Bunker in Königsberg aktualisiert.

Anlässlich des 70. Jahrestags des Kriegsendes gab es im Königsberger Gebiet neben zahlreichen Gedenkfeiern Ausstellungen und Veranstaltungen in fast allen Museen. So wurde am 9. April im Lasch-Bunker eine geschichtliche Rekonstruktion der Ereignisse des Tages vor 70 Jahren gezeigt. Zwar stehen bei allen Feiern vornehmlich die „Heldentaten der siegreichen Roten Armee“ im Vordergrund, doch wird auch der deutschen Opfer des Krieges gedacht.

Im Museum Friedländer Tor beispielsweise wurde in dem Gebäude, das im Zweiten Weltkrieg als Bunker diente, die Ausstellung „Echo des Krieges“ eröffnet. Den Besuchern die Tragödie der deutschen Zivilbevölkerung während des Sturms auf Königsberg, die Teilnahme von deutschen Widerstandskämpfern beim Kampf um die Stadt und das Schicksal der Kriegsgefangenen nach dem Ende der Kämpfe um Ostpreußen zu verdeutlichen, ist auch Ziel der erweiterten Ausstellung im Lasch-Bunker, der sich in der Nähe der Albertina befindet.

Im März 1945 wurde der deutsche Kommandostab dorthin verlegt, der die Verteidigung Königsbergs leitete. Der „Museum Blindasch“ (Unterstand) genannte Lasch-Bunker ist ein Eisenbetonbau, der im Februar 1945 gebaut wurde. Das 42 Meter lange und 15 Meter breite Gebäude liegt sieben Meter tief unter der Erde und hat 21 Zimmer. Die Ausstellung des Museums erzählt in schematischen Karten über die Truppenbewegungen während des Kampfs um Königsberg, Modelle, Dioramen sowie einzelne nachgestellte Szenen der entscheidenden Momente des Krieges veranschaulichen die Ereignisse bis zum Fall Königsbergs. In einem Zimmer ist der Moment, in dem General Otto Lasch die Kapitulationsdokumente unterzeichnet hat, dargestellt.

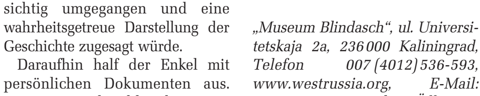
Über die Person von General Otto Lasch geben persönliche Dokumente Aufschluss, die sein ältester Enkel dem Königsberger Gebietsmuseum für Geschichte und Kunst zur Verfügung gestellt hat. Dass es dazu kam, ist ein Ergebnis einer erfolgreichen deutsch-russischen Zusammenarbeit, denn die Kontaktvermittlung zwischen Museum und Lasch-Enkel erfolgte über Hans-Jörg Froese in seiner Funktion als Präsident der PRUSSIA-Gesellschaft und Vorstandsmitglied der Landsmannschaft Ostpreußen (LO). Sowohl die PRUSSIA als auch die LO arbeiten seit Jahren mit dem Gebietsmuseum zusammen. So lag es nahe, dass Museumsdirektor Sergej Jakimow bei Froese anfragte, ob er ihm bei der Kontaktaufnahme zu den Nachkommen von General Otto Lasch behilflich sein könne. Mit einiger Mühe und dem notwendigen Quäntchen Glück war es Froese schließlich gelungen, den Kontakt herzustellen. Der älteste Lasch-Enkel erklärte sich nach einem persönlichen Treffen mit einem Mitarbeiter des Museums bereit, persönliche Exponate, die Aufschluss über das Leben seines Großvaters geben, zur Verfügung zu stellen unter der Bedingung, dass mit den Materialien umsichtig umgegangen und eine wahrheitsgetreue Darstellung der Geschichte zugesagt würde.

Auch deutsches Leid wird thematisiert

Daraufhin half der Enkel mit persönlichen Dokumenten aus. Darunter sind zahlreiche Fotos, Zeugnisse sowie persönliche Aufzeichnungen Otto Laschs, die seinen Werdegang illustrieren. *Manuela Rosenthal-Kappi*

„Museum Blindasch“, ul. Universitetskaja 2a, 236000 Kaliningrad, Telefon 007 (4012) 536-593, www.westrussia.org, E-Mail: museum_2006@mail.ru. Öffnungszeiten: 10 bis 17 Uhr.





Interessant auch für Kinder und Jugendliche: Ausstellung im Lasch-Bunker (l.), Eingang zum Bunker (o.r.), Zeugnis des späteren Generals Otto Lasch (r. u.)

Vielerlei Botschaften auf Maifeier

Neben Russen traten in Königsberg Polen und Vertreter der Krim auf

Bei strahlendem Sonnenschein und milden Frühlingstemperaturen begrüßten die Teilnehmer den Mai im Zentrum von Königsberg. Dies waren ideale Rahmenbedingungen für eine feierliche Atmosphäre. An der Maidemonstration nahmen Vertreter der Gewerkschaften des Königsberger Gebiets sowie politischer Parteien und Gesellschaftsorganisationen teil. Es waren Flaggen und Transparente der Partei „Einiges Russland“, der Kommunistischen Partei, der Partei „Gerechtes Russland“ und der Partei „Jabloko“ zu sehen. Die traditionelle Mai-Demonstration begann zu den Klängen des Liedes „Tag des Sieges“. In geordneten Gruppen folgten die Demonstranten der geplanten Route vom Hotel Kaliningrad zum Denkmal „Mütterchen Russland“. Über den Steindamm [Leninprospekt] zogen Teilnehmer völlig unterschiedlicher Altersgruppen. Schüler, Studenten und Kriegsveteranen waren vertreten.

Die Flaggen der Kommunisten waren am Denkmal „Mütterchen Russland“ in der Mehrzahl. Unter den Teilnehmern waren auch Vertreter der Rot-Front-Bewegung, „Kinder des Krieges“, „Neurusslands“, und des Verbands sowjetischer Offiziere. Sie sangen am Denkmal die Hymne der Sowjetunion, bevor die Redner am Mikrofon das Wort ergriffen.

Der Abgeordnete der Gebietsduma und Erste Sekretär des Gebietskomitees der Kommunistischen Partei, Igor Rewin, erklärte, dass es „an diesem Feiertag für die Bürger im Gebiet keinen Grund zur Freude gebe. Die führenden Firmen der Region, wie das Unternehmen Avtotor, seien bedroht. Dort werden bereits Beschäftigte entlassen. Steigende Preise und Pläne, eine Verarbeitungsanlage für die Produktion von Kohle und Kali im Dorf Wittenberg [Niwenskoje], Kreis Preußisch Eylau, zu bauen, bereiteten den Menschen Sorgen. Das Werk werde der Umwelt irreparable Schäden zufügen. Er forderte, die Arbeitsbedingungen und die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer zu verbessern. Unter den Versammelten entstanden emotional geführte Gespräche über die Wirtschaftssanktionen, die Ukraine und die Beziehungen zum Westen.

Entlassungswelle gibt Kommunisten neuen Auftrieb

Bei der Feier waren neben Gästen der benachbarten Republiken auch Vertreter der Krim zugegen. Ein polnischer Vertreter trat mit der Flagge der Stadt Danzig gemeinsam mit einem Teilnehmer der Bewegung „Neurussland“ ans Mikrofon. Ein Pole in Samtjacke wandte sich ans Publikum. Doch im Gegensatz zu anderen Teilnehmern waren von ihm keine politischen Losungen zu hören, sondern er warb bei den Russen dafür, mehr Freizeit im benachbarten Polen zu verbringen und die bemerkenswerten Städte und Kulturstätten seines Landes zu besuchen. Die polnischen Gäste verteilten Broschüren über Danzig in russischer Sprache. Der Aufruf des imposanten polnischen Redners rief durchweg positive und freundschaftliche Reaktionen hervor. Nach seinem Auftritt mischte der Pole sich unter die Versammelten und unterhielt sich angeregt mit ihnen. *Jurij Tschernyschew*

Bild: J.T.

Buntes Bild: Pole in Kostümierung wirbt für Danzig

Unfertiges Bauwerk

Masurischer Kanal: Ausstellung in Allenstein

Im Gebäude der ehemaligen Sägemühle der Brüder Raphaelsohn in Allenstein, das jetzt vom Städtischen Kulturzentrum als Museum der Moderne, Zentrum für Technik und Entwicklung der Region genutzt wird, wurde im vergangenen Monat eine Ausstellung über den Masurischen Kanal eröffnet. Mit dem Museum soll an die dynamische industrielle Entwicklung der Stadt erinnert werden. Im ehemaligen Industrieviertel der Stadt gab es neben Sägewerken ein Gaswerk, eine Maschinenfabrik, Brauereien sowie eine Essig- und Senffabrik. Das Gebäude des Raphaelsohn'schen Sägewerks entstand 1884. Bis 1987 wurde es genutzt, danach war es dem Verfall preisgegeben, bis im Jahr 2011 mit Sanierungsarbeiten für die Einrichtung des „Museums der Neuzeit“ begonnen wurde.

Museum in einstigem Sägewerk

Mitte des 19. Jahrhunderts entworfen, sollte der damals so genannte Allenburger Kanal den Mauersee mit dem Unterlauf der Alle und damit der Ostsee verbinden. Er wurde jedoch aus verschiedenen Gründen niemals vollendet und war 1942 bei Einstellung der Bauarbeiten zu 90 Prozent fertiggestellt. Heute liegt er auf beiden Seiten der polnisch-russischen Grenze.

Im Jahr 2010 erwanderten Krzysztof Wołoszczak, Jan Fijałkowski und Andrzej Maslon von der Gesellschaft der Freunde des Rastenburger Landes „Zofia Licharewa“ den Kanal in seiner ganzen Länge.

Das Ergebnis sind unter anderem mehr als 1500 Fotografien von Jan Fijałkowski, die in mehreren Alben mit genauer Dokumentation der Standorte auf Grundlage alter rer deutscher Landkarten präsentiert werden. Die besten Bilder bilden zusammen mit einer Beschreibung des Kanals, seiner Geschichte und der mit ihm verbundenen hydrotechnischen Bauwerke die eigentliche Ausstellung, die noch bis Mitte Juni im Museum der Moderne in Allenstein zu sehen sein wird. *Uwe Hahnkamp*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es gibt viele Gründe, sich an unsere Ostpreußische Familie zu wenden, und sie werden uns immer wieder mit den unterschiedlichsten Anliegen bestätigt, die an uns von alten und neuen Lesern herangetragen werden – aber eine Begründung fällt doch etwas aus dem Rahmen: Wir sind deshalb ein guter Ansprechpartner, „weil unsere entsprechenden Einsätze schnell Früchte tragen“! Mit dieser Argumentation wendet sich jedenfalls Herr **Arnold Krause** aus Krefeld an uns, und er spricht da aus Erfahrung. Vor einigen Jahren hat er unsere Hilfestellung schon einmal erbeten, als sich der Philatelist und Sudermann-Fan für eine Sonderbriefmarke zu Ehren des Dichters einsetzte, und wieder geht es um die Antrag für eine Sondermarke, diesmal aber in Verbindung mit einer weiteren Aktion. Aber das soll Herr Krause selber erklären:

„Seit dem 200. Geburtstag von **Otto Nicolai** im Jahre 2010 ist mir der in Königsberg geborene Komponist, der zu den großen Deutschen aus Ostpreußen zählt, immer mehr ans Herz gewachsen als Mensch wie als Musiker. Aus diesem Grunde fing ich an, mich mit seinem Leben und Wirken zu beschäftigen und habe deshalb im Internet seine Biografie ergänzt und erweitert. Abgeschlossen sind bereits die Bereiche Oper, Schriften und der neu hinzugekommene Abschnitt „Auszeichnungen“. Bevor ich nun den Bereich „Leben“ bearbeite, möchte ich gerne die Bildserie erweitern. Hierzu – jetzt kommt's – benötige ich dringend eine Abbildung von seinem Geburtshaus am Königsberger Steindamm.“

Dieses Haus existiert heute nicht mehr, es lag gegenüber der Steindammer Kirche und trug nach Arnold Krauses Angaben zuerst die Nummer 277, später 139. Als Otto Nicolai im Jahre 1810 dort geboren wurde, befand sich dieses Haus an einer Querstraße des Steindamms, der Bandschneidergasse. Später wurde diese nach dem Komponisten in Nicolaistraße umbenannt. Es dürfte sich um ein Haus in Ecklage zum Steindamm gehandelt haben, die später zu einer Umbenennung führte. Im Jahre 1910 hat die Stadt Königsberg den Komponisten aus Anlass seines 100. Geburtstages mit einer Gedenktafel geehrt, die wohl bei einem Festakt an seinem Geburtshaus angebracht wurde. Allerdings wird sie in einem Königsberger Reiseführer aus jenem Jahr in der Reihe „Gedenktafeln an Häusern“ nicht aufgeführt. Vielleicht können sich noch einige Königsberger unter unseren Leserinnen und Lesern an dieses Haus erinnern, besitzen vielleicht eine alte Aufnahme oder können Herrn Krause mit weiterführenden Informationen unterstützen.

Das ist das wichtigste Anliegen unseres Nicolai-Verehrers, der diese Aktivitäten zum Gedenken an den Komponisten mit seinen bibliophilen Ambitionen verbindet, indem er dem österreichischen Postministerium die Herausgabe einer Nicolai-Sonderbriefmarke vorschlägt. Jawohl, dem Österreichischen, denn die Wiener Philharmoniker feiern 2017 ihr 175-jähriges Bestehen, und das haben sie Otto Nicolai zu verdanken, der als Kapellmeister an der Wiener Oper die Philharmonischen Konzerte begründete.

Unverständlich ist für Arnold Krause und seine philatelistischen Freunde, dass dieses weltbekannte Orchester im Laufe der Zeit mit einer Vielzahl von österreichischen Postwertzeichen geehrt wurde, von denen keines das Bild des Hofkapellmeisters Otto Nicolai zeigt, der doch zum Kulturleben Wiens so viel beigetragen hat. Deshalb sein schriftlich formuliertes Anliegen an das Postministerium, ihn anlässlich des erneuten Jubiläums in zwei Jahren endlich mit einer Sonderbriefmarke zu ehren. Herr Krauses bittet uns nun, ihn in dieser Hinsicht zu unterstützen, und ich glaube, dass bewirken wir am besten damit, dass wir hier sein Vorhaben unseren Lesern so ausführlich unterbreitet haben, unter denen sicher auch andere Verehrer des Komponisten sind, die diese Aktionen von Herrn Krause begrüßen. (Arnold Krause, Thywissenstraße 70 in 47805 Krefeld.)

Dass unser Einsatz schnell Früchte trägt, wie Arnold Krause argumentiert hat seine Gründe. Die *PAZ* ist eine Wochenzeitschrift, und da unsere Kolumne in jeder Ausgabe erscheint, ist eine Veröffentlichung in kürzester Zeit möglich. Und weil unsere Leserinnen und Leser oft schon auf die Zeitung warten, wird auch unsere Familienseite früh gelesen, die Reaktion folgt im Erfolgsfall auf dem Fuß. So kommt es immer wieder vor, dass die Betreffenden, deren Wünsche in der neuesten Folge der *PAZ* zu finden sind, sich wundern, wenn sie schon Anrufe oder E-Mails erhalten, obgleich sie selber noch nichts von der Bekanntgabe wissen. So gesehen hat Herr Krause Recht, und unsere Leserinnen und Leser haben seine Begründung auch in letzter Zeit bestätigt, denn wir können wieder Erfreuliches mitteilen.



Bild: privat

Besuch auf der Gartenbank: Wer erkennt die Abgebildeten?

Eine der ersten, die sich fast umgehend meldete, war Frau **Sigrid Matthee-Kohl** aus Rohrbach, die von Anrufen und Zuschriften auf ihre vielen Fragen zu ihrer Familiengeschichte, die wir in Folge 17 veröffentlichten, berichten kann. Die Frage, wo der abgebildete Breslauer Hof lag, ist geklärt: Nicht Gumbinnen, wie vermutet, sondern Pillkallen ist der gesuchte Ort. Es gab dort noch ein anderes Hotel, das in der Bauweise viel Ähnlichkeit mit dem Breslauer Hof aufwies und wahrscheinlich von dem gleichen Baumeister errichtet worden war. Frau Matthee-Kohl erhielt dazu eingehende Erklärungen, wie auch zu dem auf dem Foto aus den 20er Jahren abgebildeten Coupé. Höchst Interessantes erbrachte eine Zusendung mit Auszügen aus dem Telefonbuch von 1931 mit Eintragungen aus dem Einwohnerverzeichnis. Darin fand sie die Namen ihrer Verwandten **Gustav Dittombee** und **Lina, geb. Matthee** sowie deren Tochter **Frieda Dittombee** mit der Adressenangabe Schirwindter Str. 14. Und hier können wir nun zur weiteren Familienforschung ansetzen, denn nun bekommt das bereits in Folge 17 erwähnte Foto seinen Platz. Es zeigt die im Telefonbuch verzeichneten Verwandten – stehend Lina und Gustav Dittombee – mit drei unbekannten Personen, die auf der Gartenbank sitzen. Wer kann zu den beiden Herren und der jungen hübschen Frau etwas sagen? Einige prägnante Merkmale sind auf der gut erhaltenen Aufnahme noch erkennbar wie der Mittelscheitel des Kniehosen tragenden Herrn in der Mitte. Die Aufnahme dürfte in einem Garten in oder um Pillkallen entstanden sein. Und nun noch zu einer Leerseite in der Familienchronik, die Frau Matthee-Dittombe gerne gefüllt hätte. Mit Angaben über die erste Frau ihres Großvaters August Matthee, von der lediglich nur das Hochzeitsjahr 1897 und der Mädchenname bekannt sind: **Wilhelmine (Minna) Urbszat**, auch **Urbschat**. Es gibt keinerlei Angaben, wann und wo sie geboren wurde, wer ihre Eltern waren. Die Frage, die nun Frau Matthee-Kohl stellt, gebe ich aber nur mit Vorbehalt weiter. Sie bittet unsere Leserinnen und Leser, sich bei ihr zu melden, die angeben können, in welchen Orten es Familien mit dem Namen Urbschat gab oder diese in ihrer Ahnenreihe nachweisen können. Nun handelt es sich um einen nicht eben seltenen Namen litauischer Herkunft, der besonders im östlichen Grenzgebiet vertreten war. Wahrscheinlich dürfte Minna aus dem Kreis Pillkallen stammen. Ob diese Aktion der Suchenden wirklich weiterhelfen kann, ist fraglich. Zuschriften wird es aber mit Sicherheit geben. (Sigrid Matthee-Kohl, Hauptstr. 45 in 76865 Rohrbach.)

Noch schneller würde es gehen, wenn bei jeder Adressenangabe auch die Telefonnummer vermerkt würde. Häufig weise ich darauf hin, diese bereits bei der ersten Anfrage anzugeben, denn das bringt nicht nur Zeitvorteile, sondern erleichtert mir die immer schwieriger werdende Sucharbeit erheblich. Manche Älteren aus unserem Leserkreis können oder wollen nicht mehr schreiben, Fax, E-Mail und Internet sind für sie Fremdworte – da bleibt nur noch das Telefon. Wie für unseren Leser Herrn **Konrad**, der bei uns anrief und bat, Herrn **Werner Mai** zu übermitteln, dass sich dieser bei ihm melden sollte, denn er könnte ihm Aussagen zu dessen Suchfragen machen. Eine Telefonnummer war in der betreffenden Veröffentlichung nicht angegeben, denn diese fehlte in dem Schreiben von Herrn Mai. So dauerte es, bis die Weichen gestellt werden konnten. Inzwischen wird das Gespräch stattgefunden haben. Wer seine Telefonnummer aus irgendwelchen Gründen nicht öffentlich machen will, gebe sie bitte für den internen Gebrauch im Rahmen unserer Familienarbeit an, denn Nachfragen sind fast immer nötig.

Noch ein Blitzerfolg: Frau **Else Bertram** aus Kiel dürfte sich freuen, denn der von ihr im Nachlass ihres Mannes gefundene Trakehner Deckschein kommt in die richtigen Hände. Nach der Veröffentlichung in Folge 17 nahm Herr Walter **Betschart** aus der Schweiz dazu Stellung, indem er auf den Trakehner-Verband in Neumünster hinwies, weil man hier den Überblick über das Zuchtgeschehen in Ostpreußen hätte. Er selber hat als Züchter von Trakehnerpferden zu vielen Ostpreußen Kontakt und fühlt eine tiefe Verbundenheit mit unserer verlassenen Heimat. Dass Herr Betschart als Schweizer sich für die „wundervolle Arbeit“ unserer Ostpreußischen Familie bedankt, freut uns sehr, zeigt sie doch, dass er unsere Zeitung ständig liest. Und so geben wir seine „lieben Grüße aus der kleinen Schweiz“ gerne mit eben solchen aus dem etwas größeren Deutschland dankbar zurück. Gleich darauf meldete sich der Trakehner-Verband selber über Herrn **Hubertus Hilgendorff**, der uns mitteilte, dass man in Neumünster am Deckschein interessiert sei. So bekommt das pinkfarbene Dokument seinen richtigen Platz, und nicht nur Frau Bertram ist zufrieden, sondern auch wir sind es über diese schnelle und gute Lösung.

Und ganz fix ist wieder einmal Herr **Dietmar Wrage** gewesen: Kaum war in Folge 17 der Infowunsch von Herrn **Udo Toll** über den Maler **H. Rosenfeld** erschienen, teilte Herr Wrage uns mit, dass die uns übermittelte Mailanschrift des in Frankreich Lebenden nicht stimme. Herr Udo Toll ist in seiner Pillkopper Liste vertreten und stehe mit ihm in Kontakt. So hat er den Nachfahren einer alten Pillkopper Familie bereits über unsere Aktion und die leider ungenau angegebene Anschrift informiert. (Die Mailadresse von Herrn Udo Toll lautet: famille.toll@free.fr)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ohne Elch und ohne Geld wäre es nur halb so schön

Erst kam das Wappentier zurück, dann die verlorene Brieftasche – Eine Wanderung durch das heutige Gumbinnen mit Jörn Pekrul

Den Foto-Frühlingsgruß von Jörn Pekrul aus Gumbinnen haben wir vorausgeschickt, jetzt soll seine Wanderung durch die Stadt folgen. Dass unser Freund uns bewusst mitnimmt auf eine Frühlingsfahrt besagt schon der Titel seines Berichtes: „Gumbinnen im Frühling – ein Spaziergang mit der Ostpreußischen Familie“.

„Wo ist der ostpreußische Frühling? Wir wollen es auf einem Ausflug feststellen, der uns nach Gumbinnen führt, weg von der hektischen Großstadt. Mit dem Bus geht es an Tapiau und Wehlau vorbei und dann durch Insterburg. Vorbei an kleineren Ölförderungsanlagen, aber auch an den tragischen Überresten der Vergangenheit wie an denen der Kirche von Norkitten. Einst ein wunderbares Kleinod aus dem Jahr 1733 bietet der erst nach dem Krieg entstandene Verfall einen erschütternden Anblick, der Bau ist nur noch in Ansätzen erkennbar und von den Mustergütern, die Fürst Leopold von Anhalt-Dessau hier anlegte, ist nichts mehr zu erahnen. Was mag uns erst in Gumbinnen erwarten?

Über die Friedrichstraße geht es in die Stadt hinein. Welch ein Kontrast: Freundliche Gehwege und ein instand gesetzter Ortskern vermitteln erste positive Eindrücke. Schmucke Häuser bilden Spalier und laden zum Spaziergang ein. In Höhe der Hindenburgstraße sind Bauarbeiten im Gange – eine Promenade wird mit Pflastersteinen erneuert. Der Weg führt entlang an dem Fluss mit dem altpreußischen Namen, der im Deutschen leicht genierlich klingt und sogar Friedrich der Großen amüsiert haben soll. Das erste Ziel ist die Friedrichsschule an der Ecke Meiser-/Prof.-Müller-Straße. Auf dem Weg dorthin gibt es plötzlich eine große Aufregung in unserer Gruppe: Ein Landsmann vermisst seine Brieftasche, sie ist spurlos verschwunden.

Die Friedrichsschule zeigt sich in einem guten Zustand. Das berühmte, wiederhergestellte Gemälde dominiert: Wie eindrucksvoll zeigt die Darstellung Friedrich Wilhelm I. beim Empfang der ersten Salzburger Exulanten. Einwanderer, die sich mit Fleiß und Hingabe dem großen neuen ‚Wir‘ verschrieben hatten und die Gumbinner Erfolgsgeschichte in Gang setzten. An der Neuen Regierung erkennt der vertraute Blick das, was fehlt, aber auch den guten Zustand der Häuser, die Krieg und Nachkriegszeit überstanden. Hier und da wurde am Dachfirst das altpreußische Rautenmuster mit rotem Backstein übernommen.

Was wäre Gumbinnen ohne seinen Elch! Nach Krieg und Vertreibung der überlebenden Deutschen wurde er in den Königsberger Tiergarten geschafft, wo er mit seinem Gefährten aus Tilsit ein tristes Dasein fristete. Doch dann holten ihn junge Russen in einer tolldreisten Nacht- und Nebel-Aktion nach Gumbinnen zurück. Heute steht er nicht mehr auf dem Magazinplatz, sondern an der König-/Ecke Sodeiker Straße. Trotz aller Turbulenzen. An seinem Sockel prangt immer noch der Name der Gießerei: ‚Guss H. Noack Friedenau Berlin‘. Das gleiche Signum tragen auch die ‚Wisente‘ in Königsberg.

Unser Spaziergang führt uns weiter zur Bismarckstraße. Auch hier erfreut nicht nur der große Bestand vieler alter Häuser, sondern auch ihr gepflegter Zustand. Über die Lazarettstraße geht es zurück zum Friedrich-Wilhelm-Platz, der an diesem Frühlingstag ruhig und fast behäbig wirkt. Ist es wirklich erst 70 Jahre her, dass hier die edlen Trakehner durch das brennende Gumbinnen jagten. Die Trakehner lieferten auch in dieser Apokalypse den Beweis ihres Könnens. In Hochachtung denke ich der Menschen und Tiere, die damals ihre natürlichen Grenzen überschritten.

Kein Besuch in Gumbinnen wäre vollständig ohne die Salzburger Kirche. In bester diakonischer Tradition versorgt diese Gemeinde die Ärmsten der Armen, die Kirche ist ein Ort der Hoffnung, der Hilfe und der persönlichen Einkehr. Heute finden wir hier eine frohe Unruhe vor. Ein kleiner russischer Junge, etwa acht Jahre alt, bringt eine Brieftasche. Er hat sie auf der Königstraße gefunden, als er mit seiner Mutter vom Einkaufen kam. Der Junge berichtet, dass die Mutter nach einem Blick auf den Ausweis sagte: Bring das zur Salzburger Kirche! Ein prüfender Blick des Besitzers: nichts fehlt! Kein Rubel, kein Euro, alle Papiere sind vollständig da. Ein hörbarer Erleichterungsseufzer! Einen Finderlohn lehnt der Junge bescheiden ab: ‚Meine Eltern sagen, dass so etwas selbstverständlich ist, dafür nimmt man kein Geld.‘“ Mit diesem Ereignis endet ein an Bildern so reicher Frühlingstag hier im nördlichen Ostpreußen – wollen wir es als hoffnungsvolles Omen mitnehmen in die kommende Zeit. *R.G.*



Bild: Pekrul

Bringen Leben in Häuserfronten: Altpreußische Rautenmuster

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Prawitt, Lisbeth, geb. **Moehrke**, aus Klein Powayen, Kreis Samland, am 18. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kasper, Margarete, geb. **Dombrowski**, aus Illowo, Narzym, Kreis Neidenburg, am 19. Mai
Wiese, Lieselotte, geb. **Nischk**, aus Lyck, am 18. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Klauss, Eva, geb. **Alexander**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bergener, Helene, geb. **Rimke**, aus Klein Knie, Kreis Gerdauen, am 23. Mai
Jablonski, Hanna, geb. **Joswig**, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 16. Mai
Paulsen, Anni, geb. **Bitschkat**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 20. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bombor, Ernst, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Czesnat, Elisabeth, geb. **Weidmann**, aus Leswangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Mai
Glatzel, Hildegard, geb. **Reisgies**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Hetzelt, Gertrud, geb. **Lasars**, aus Lyck, am 16. Mai
Spahnke, Anna, geb. **Herbst**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 18. Mai
Voss, Gertrud, geb. **Pyko**, verwitwete **Napierski**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, und aus Denkheim, Kreis Neidenburg, am 17. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Doll, Hildegard, geb. **Beckmann**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Domnik, Werner, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 19. Mai

Hübner, Herbert, aus Rothenen, Kreis Samland, am 22. Mai
Klaas, Ida, geb. **Rinau**, aus Teichacker, Kreis Ebenrode, am 16. Mai
Mai, Eva, geb. **Soltau**, aus Peyse, Kreis Samland, am 19. Mai
Porrey, Elisabeth, geb. **Raphael**, aus Neuforst, Kreis Lötzen, am 16. Mai
Treczoks, Liesbeth, geb. **Bolz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Str. 143, am 21. Mai
Ziemba, Elisabeth, geb. **Müller**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Arnold, Renate, geb. **Pawlitzek**, Kreis Samland, am 21. Mai
Bernitzki, Margarete, geb. **Jurzeniuk**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Dagott-Becker, Ilse, aus Rauschen, Kreis Samland, am 21. Mai
Daniel, Erna, geb. **Kruppa**, aus lötzen, am 17. Mai
Gallinger, Eva-Maria, geb. **Haake**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 22. Mai
Kirschnick, Gerda, geb. **Ballemeit**, aus Lehmfelde, Kreis Ebenrode, am 16. Mai
König, Emma, geb. **Conrad**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Liedmann, Hildegard, geb. **Brock**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 17. Mai
Oschkinat, Otto, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 22. Mai
Robbert, Hildegard, geb. **Mügge**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. Mai
Sareik, Hilde, geb. **Niedzkowski**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 18. Mai
Zwiener, Ottilie, geb. **Kondritz**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 21. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baden, Elsbeth, geb. **Knopp**, aus Treuburg, am 22. Mai
Birkholz, Erika, geb. **Schäfer**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 19. Mai

Gronau, Klaus, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Hirsch, Charlotte, geb. **Kell**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Leipacher, Edith, geb. **Schaade**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Liedtke, Edith, geb. **Grow**, aus Drugehnen, Kreis Samland, am 22. Mai
Michalzik, Jutta, geb. **Klein**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Mai
Schiller, Elli, geb. **Tabel**, aus Taukitten, Kreis Samland, am 18. Mai
Schmidt, Gertrud, geb. **Tutahs**, aus Ortelsburg, am 18. Mai
Wiechert, Hilde, geb. **Venohr**, aus Bladiau, Kreis Heilgenbeil, am 17. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Achenbach, Werner, aus Ebenrode, am 18. Mai
Czieslik, Heinrich, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 20. Mai
Drewe, Gerda, geb. **Niederstrasser**, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 20. Mai
Engelke, Erika, geb. **Butzkies**, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Erith, Alfred, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 21. Mai
Janke, Hermann, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 22. Mai
Prieß, Christel, geb. **Kalweit**, aus Lötzen, am 20. Mai
Quitzrau, Charlotte, geb. **Kalinowski**, aus Lötzen, am 20. Mai
Sczesny, Gustav, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 16. Mai
Sievers, Emmi, geb. **Kowalewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 22. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albrecht, Erna, geb. **Wessel**, aus Kirpehnen-Siedlung, Kreis Samland, am 20. Mai
Conrad, Hedwig, geb. **Kullak**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Goretzki, Rosemarie, geb. **Strahlendorf**, aus Pillau, Kreis Samland, am 19. Mai
Hackbarth, Erna, geb. **Voigt**, aus Wehrkirchen, Kreis Goldap, am 20. Mai

Klingbeil, Waltraut, geb. **Borowski**, aus Lauken, Kreis Lötzen, am 20. Mai
Koch, Hedwig, geb. **Odlozinski**, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, am 22. Mai
Kosrien, Erna, geb. **Taschinsky**, aus Parschwitz, Kreis Samland, am 22. Mai
Kuberka, Kurt, aus Lyck, am 21. Mai
Kugland, Elfriede, geb. **Sadowski**, aus Lyck, am 21. Mai
Masurek, Käthe, geb. **Sahmel**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Rauch, Susanne, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 19. Mai
Roehl, Edith, geb. **Buttgereit**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 22. Mai
Royla, Erna, geb. **Gorski**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 16. Mai
Schaknies, Gertrud, geb. **Gerull**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 18. Mai
Springer, Heinz, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 20. Mai
Ubben, Ruth, geb. **Hamann**, aus Rothenen, Kreis Samland, am 21. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Asmuß, Hannelore, geb. **Kirschnick**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 20. Mai
Fröhlich, Günter, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 17. Mai
Heinke, Wera, geb. **Hennig**, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Heiser, Karl-Heinz, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 19. Mai
Höchst, Otto, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 19. Mai
Lassek, Hubert, aus Froben, Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 19. Mai
Medem, Hans-Jürgen, aus Lyck, Hindenburgstraße 64, am 21. Mai
Michalowski, Christel, geb. **Gennies**, aus Wolfsberg, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Müller, Hildegard, geb. **Blasey**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai
Neumann, Hildegard, geb. **Melza**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 21. Mai
Pultke, Günter, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, am 20. Mai
Roes, Waltraut, aus Rothenen, Kreis Samland, am 17. Mai

Rosocha, Horst, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 22. Mai
Schink, Elfriede, geb. **Kullak**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 16. Mai
Schmidt, Walter, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 20. Mai
Seiler, Erna, geb. **Ring**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 20. Mai
Sembritzki, Herbert, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Weber, Elfriede, geb. **Zelmer**, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Augstein, Gerhard, aus St. Lorenz, Kreis Samland, am 18. Mai
Bahr, Siegfried, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 17. Mai
Dietzek, Günter, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 18. Mai
Dörper, Waltraud, geb. **Rogowski**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 17. Mai
Dufke, Lothar, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 20. Mai
Galonska, Dieter, aus Ortelsburg, am 20. Mai
Glöer, Ursula, geb. **Schwirblat**, aus Jodingen, Kreis Elchniederung, am 20. Mai
Hasenbank, Elfriede, geb. **Gollub**, aus Lyck, am 22. Mai
Hengst, Elfriede, geb. **Tonat**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 19. Mai
Hiebendahl, Charlotte, geb. **Gossing**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 18. Mai
Hoffmeister, Werner, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 18. Mai
Jorkowski, Heinz, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai

Kolbow, Waltraut, aus Rumeyken, geb. Masuch, Kreis Lyck, am 20. Mai
Krispin, Kurt, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 21. Mai
Kuknat, Herbert, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Lapschies, Horst, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 18. Mai
Paulini, Dieter, aus Kutzen, Kreis Treuburg, am 18. Mai
Schlake, Wally, geb. **Sabelus**, aus Memel, am 19. Mai
Schmidtke, Rudi, aus Strauben und Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 20. Mai
Stöbel, Leny, geb. **Schortz**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 22. Mai
Wakat, Adelheid, geb. **Plewka**, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, am 17. Mai
Wenzkus, Else, geb. **Schewski**, aus Uggehnen, Kreis Samland, am 19. Mai
Will, Ernst, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 18. Mai
Wobser, Reintraud, geb. **Kloss**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 22. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Huwe, Hartmut, aus Treuburg, am 18. Mai
Jung, Ingrid, geb. **Bendig**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 17. Mai
Lux, Hans-Dieter, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 22. Mai
Neuse, Dr. med. Barbara, geb. **Charzinski**, aus Königsberg, am 21. Mai
Oberpichler-Schpouten, Helen, aus Meppel, am 20. Mai
Sprekelsen, Adelgunde, geb. **Schwarz**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 16. Mai

TERMINE DER LO

2015
22. bis 25. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
27. bis 28. Juni: III. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016
11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Königswinter.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Bild der Vielfalt

Ausstellungen im Museum Stadt Königsberg

Eine umfangreiche Ausstellung würdigt bis zum 16. August im Duisburger Museum Stadt Königsberg die Künstlerkolonie Nidden auf der Kurischen Nehrung. Sie zeigt die unterschiedlichen Stile und die verschiedenen Herkunftsbezüge der Maler und präsentiert so ein eindrucksvolles Bild der Vielfalt des Kunstgeschehens in Ostpreußen in der ersten Häfte des 20. Jahrhunderts. Nidden war die einzige Künstlerkolonie in den historischen deutschen Ostgebieten. Sie stand in einem engen Verhältnis zum Wirken der Königsberger Kunstakademie. Viele Lehrer und Schüler der Akademie arbeiteten auch in Nidden, darunter ihr bekanntester Schüler Lovis Corinth.

Bis zum 2. August kann im Museum Stadt Königsberg mit „Alles brannte!" auch eine externe Sonderausstellung über das Jüdisches Leben und seine Zerstörung in den preußischen Provinzen Hannover und Ostpreußen besichtigt werden. Sie ist ein gemeinsames Projekt der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und des Ostpreußischen Landesmuseums Lüneburg in Zusammenarbeit mit dem Lüneburger Nordost-Institut. Die Ausstellung bietet auf Grundlage zahlreicher bisher unveröffentlichter Dokumente erstmals einen vergleichenden Einblick in die jüdische Geschichte zweier deutscher Regionen.

Weitere Informationen: Museum Stadt Königsberg im Kultur- und Stadthistorischen Museum Duisburg, Johannes-Corputius-Platz 1, 47051 Duisburg, Telefon: (0203) 283-2151, Internetseite: www.museumkoenigsberg.de

Öffnungszeiten: dienstags mittwochs, donnerstags und sonnabends 10 bis 17 Uhr, freitags 10 bis 14 Uhr, sonntags 10 bis 18 Uhr. Der Eintritt kostet 4 Euro, Studenten zahlen 2 Euro.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 16. Mai, 13.25 Uhr, Hessen: Kronprinz Rudolfs letzte Liebe. Historiendrama, A 1955.
Sonnabend, 16. Mai, 0.55 Uhr, Servus TV: Reds – Ein Mann kämpft für Gerechtigkeit. Politdrama über John Reed, USA 1981.
Sonntag, 17. Mai, 18 Uhr, ZDFinfo: Teures Abenteuer im All – die ISS.
Sonntag, 17. Mai, 20.15 Uhr, SWR/SR: 200 Jahre Preußen am Rhein – Nachwirkungen einer schwierigen Beziehung.
Sonntag, 17. Mai, 20.15 Uhr, RTL II: Elizabeth. Historiendrama, GB 1998.
Sonntag, 17. Mai, 21 Uhr, SWR/SR: Deutsche Dynastien (39): Die Hohenzollern. Dokumentation, D 2012.
Sonntag, 17. Mai, 23.45 Uhr, NDR: Die Brücke von Arnheim. Kriegsdrama, GB 1977.
Montag, 18. Mai, 8.55 Uhr, Arte: Täuschung – Die Methode Reagan.
Montag, 18. Mai, 16.10 Uhr, 3sat: Mütter, Töchter, Trümmerfrauen. Dokumentation, A 2003.
Montag, 18. Mai, 17.15 Uhr, ZDFinfo: Die großen Geheimnisse der Geschichte (23): Queen Elizabeth I.
Montag, 18. Mai, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Zeitfragen Feature: Ohne klare Linie – Das politische Hin und Her um die Lausitzer Kohle.
Montag, 18. Mai, 22.50 Uhr, MDR: Pegida – Zwischen Bürgerprotest und Radikalisierung.
Dienstag, 19. Mai, 10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Sprechstunde: Hygiene im Haushalt und im öffentlichen Raum.
Dienstag, 19. Mai, 22 Uhr, ARD-alpha: Das Hypo Alpe Adria Debakel.
Mittwoch, 20. Mai, 10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Länderzeit: Zwischen Reformdruck und Auslandseinsatz – Welchen gesellschaftlichen Rückhalt hat die Bundeswehr?
Mittwoch, 20. Mai, 20.15 Uhr, RBB: Wohin im Alter? – Die Suche nach guter Pflege.
Mittwoch, 20. Mai, 22.30 Uhr, ZDFinfo: Aldi, Lidl & Co. – Wie gut sind Discounter-Lebensmittel?
Donnerstag, 21. Mai, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Zeitfragen. Feature: Chronisch tapfer – Menschen mit Seltenen Erkrankungen sind die Waisen der Medizin.
Donnerstag, 21. Mai, 21 Uhr, NDR: Auf der Kurischen Nehrung.
Donnerstag, 21. Mai, 23.45 Uhr, WDR: Das Mafia-Paradies – Kuba vor der Revolution von 1959.
Freitag, 22. Mai, 10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Lebenszeit: Diagnose ohne Konsequenz – Ist der Stress am Arbeitsplatz wirklich nicht zu stoppen?
Freitag, 22. Mai, 12.30 Uhr, Servus TV: Die großen Geheimnisse der Geschichte (24): Zorro.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Schloss Burg – Sonntag, 5. Juli: Der BJO beteiligt sich am Kleinen Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg an der Wupper. Beginn der Veranstaltung: 10 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr. Weitere Informationen: www.ostpreussen-nrw.de. Dort links auf den Button „Ostpreußentreffen" klicken.

Breslau – 26. September: In der niederschlesischen Stadt Breslau findet dieses Jahr das Kulturfestival der deutschen Minderheit in der Jahrhunderthalle statt. Dieses gibt es nur alle drei Jahre und ist durchaus etwas Besonderes. Die Stadtfahrt dient dazu, sich gemeinsam einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen, und bietet Gelegenheit, die schöne Stadt zu erkunden, und das natürlich nicht nur am Tage. Die Teilnehmer treffen sich in Breslau am Abend des 24. Septembers und reisen am 27. September wieder ab. Der Altersschwerpunkt der Stadtfahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit weiteren Einzelheiten findet sich auf www.junge-ostpreussen.de.



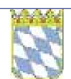
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 20. Mai, Salon Dachgarten, Parkhotel, Pforzheim: 137. Preußische Tafelrunde. Referent ist Dr. Christoph Hinkelmann Leiter der Abteilung Naturkunde/Landwirtschaft am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Er spricht zum Thema „Johannes Thienemann und sein Lebenswerk – die Vogelwarte Rossitten".

Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Salach, die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

Ludwigsburg – Montag, 18. Mai, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 16. Mai: Tagesausflug auf die Burg Hohenzollern, dem Stammsitz des preußischen Königshauses bei Hechingen. Gemeinsame Fahrt mit dem Reisebus. Weitere Auskünfte und Anmeldung bei Landsfrau Bethke, Telefon (09831) 80961.

Ansbach – Sonnabend, 16. Mai: Ausflug zur Hohenzollernburg bei Hechingen, der Stammburg des Fürstengeschlechts und des deutschen Kaiserhauses der Hohenzollern.

Bamberg – Mittwoch, 20. Mai, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Muttertagsfeier.

Erlangen – Donnerstag, 21. Mai, 15.45 Uhr, Raum 20, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35: Vortrag und Diskussion über Käthe Kollwitz. Gäste sind herzlich willkommen.

Kitzingen – Freitag, 29. Mai, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Vortrag durch Gustav Patz und gemütliches Beisammensein.

Landshut – Dienstag, 19. Mai. 14 Uhr, Gasthaus „Zur Insel": Weißwurstessen. – Dienstag, 2. Juni: Ausflug an den Starnberger See.

München – Sonnabend, 16. Mai, 14.30 Uhr, Haus der Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Frühlingsfest mit gemeinsamem Singen und unterhaltenden Wortbeiträgen. Zu Beginn gibt es eine Kaffeetafel.

Nürnberg – Dienstag, 26.Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1 (Endstation U1): Wir gedenken unserer Mütter (Muttertagsfeier). Gäste sind willkommen.

Weiden – Der 1. Vorsitzende Norbert Uschald begrüßte die Mitglieder und Gäste im Café Mitte zum Heimatnachmittag mit Muttertagsfeier. Uschald erinnerte zuerst an die kürzlich verstorbene Kulturwartin Renate Poweleit und würdigte ihren jahrzehntelangen Einsatz für die Kreisgruppe.

Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen mein lieb Heimatland" gratulierte der Vorsitzende dem Geburtstagskind des Monats Mai. Danach hielt er einen Rückblick auf den traditionellen Maibaumaufbau des Heimatrings Weiden.

Anschließend ging Uschald auf das Kriegsende 1945 ein und nannte den 8. Mai ein „ambivalentes Datum". Denn in diesem Zusammenhang werde fast immer vergessen, dass die Menschen in der sowjetisch besetzten Zone von einer Diktatur in die andere geraten seien. Für alle Deutschen, die nach 1945 vertrieben wurden, für die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, die Russlanddeutschen sowie die Deutschen in Südosteuropa sei dieses Datum kein Tag der Befreiung gewesen.

Zur folgenden Muttertagsfeier trugen Andreas, Katharina, Barbara, Anita und Norbert Uschald bei. Zu Gehör kamen Wortbeiträge, Frühlings- und Maienlieder. Mit dem Lied „Kein schöner Land" verabschiedete man sich bis zum nächsten Heimatnachmittag am 7. Juni im Café Mitte.

Norbert Uschald, 1. Vorsitzender

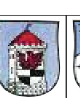


BERLIN

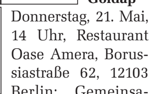
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



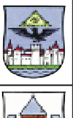
Frauengruppe – Mittwoch, 13. Mai, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Muttertag. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.







Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 21. Mai, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Gemeinsames Treffen zum Muttertag. Weitere Informationen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 30. Mai, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10565 Berlin: Gemeinsames Treffen. Weitere Informationen: Hermann Trilus, Telefon (03303) 40 38 81.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Freitag, 29. Mai, 12.30 Uhr, Hotel Robben – Grollander Krug, Emslandstraße 30, Bremen-Grolland (Haltestelle Norderländer Straße der BSAG-Linien 1 oder 8): Spargelessen der Frauengruppe. Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen. Es gibt pro Person 500 Gramm Stangenspargel, Sauce Hollandaise oder Butter, Salzkartoffeln sowie wahlweise Schnitzel, Schinken oder Schweinemedaillons. Zusätzlich kann Suppe und/oder Dessert bestellt werden. Der Preis beträgt 19,90 Euro. Anmeldungen bitte bis 26. Mai bei Frau Richter, Telefon 405515 oder in der Geschäftsstelle.

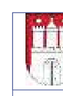
Bremerhaven – Zum Kulturnachmittag der Gruppe Bremerhaven trafen sich im Barlachhaus am 24. April 22 Mitglieder und ein Gast. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul begrüßte alle Teilnehmer und informierte, dass der nächste Heimatnachmittag am 22. Mai stattfindet. Sie dankte dem Ehepaar Sandmann und allen anderen Helfern für die Ausrichtung des letzten Kulturnachmittages. Nach den Gratulationen an die Geburtsagskinder und einer Kaffeepause, stand dann ein Film auf dem Programm. Wolfgang Paul zeigte auf einer Leinwand „Gold des Nordens" einen Film über Bernstein, Landschaften, Tiere, Pflanzen, Wettereigenarten und die Menschen in Ostpreußen. Der zweite Teil des Films handelte vom 2. Weltkrieg mit seinen Luftangriffen auf Ostpreußen und Königsberg. Es folgte die Flucht (später Vertreibung) über Land und Wasser nach Norddeutschland und Dänemark. All das bedeutete unendliches Leid und Elend sowie schlimmste Kriegsereignisse. Dazwischen erklang die Stimme der großen ostpreußischen Dichterin Agnes Miegel mit ihren zu Herzen gehenden Gedichten und Balladen. – Ein eindrucksvoller Film, der unter die Haut ging!

Erst nach einigen Minuten der Besinnung konnte Marita Jachens-Paul das Programm fortsetzen mit der Schilderung des Lebens von Dr. Hans Löffke, der als Gründer des Ostpreußen-Museums 1958 in Lüneburg gilt. Er ist auch Mitbegründer der Ostpreußischen Landsmannschaft im Jahre 1948 in den drei Westzonen.

Da das Ostpreußen-Museum auf Spenden angewiesen ist, schlägt Marita Jachens-Paul eine Sammlung unter den Bremerhavener Mitgliedern und /oder eine (Bus-)Fahrt nach Lüneburg vor (eventuell in Verbindung mit den anderen drei ostdeutschen Landsmannschaften in Bremerhaven), um das Museum zu besuchen. Es ist dem „Gedenken an Ostpreußen" gewidmet.

Zum Abschluss wurden die beiden Heimatlieder, das Westpreußen-Lied und das Ostpreußenlied, gesungen. Marita Jachens-Paul dankte allen fürs Kommen.

Jürgen Sandmann



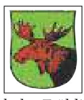
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Elchniederung – Mittwoch, 20. Mai, 14 Uhr, Haus Lackemann, Litzowstieg 8, Hamburg-Wandsbek: Frühlingsfest mit Liedern, Gedichten und mehr. Wie immer sind Gäste herzlich willkommen.



Gumbinnen – Leider hat sich in der letzten Ausgabe der *PAZ* ein Fehler eingeschlichen: Der nächste Heimatnachmittag findet nicht am Sonnabend, 23, Mai statt, sondern, wie bereits angekündigt, am Sonnabend, 6. Juni. Die Gumbinner sowie Freunde und Bekannte treffen sich um 14 Uhr, im Haus Lackemann. Für ein abwechslungsreiches Programm ist gesorgt. Über jeden neuen Gast würden wir uns freuen. Klären möchten wir bei diesem Treffen auch die Frage, wie es mit der Heimatgruppe weitergeht.

Das Haus Lackemann ist mit der U1 bis Wandsbek Markt gut zu erreichen. Zwischen dem Einkaufszentrum Quarree und dem Hotel Thiefenthal den Durchgang „Hinterm Stern" nehmen, dann sind es nur wenige Schritte zum Restaurant.



Salzburger – Sonnabend, 16. Mai, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenaueralee 41: Treffen der Landesgruppe Hamburg / Schleswig-Holstein / Nordniedersachsen. Das Programm:

1. Gedanken an den Schriftsteller Günter Grass,

2. Film: „Unterwegs im Norden Ostpreußens – eine kulturhistorische Reise",

3. Zum aktuellen Stand der Neufassung der „Satzung des Salzburger Vereins e.V.". Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 16. Mai, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Grundweg 10, Darmstadt-Kranichstein: Gemeinsames Treffen. Nach der Kaffeetafel lautet unser Motto „Fröhlich in den Frühling". Unter musikalischer Begleitung wird mit Gesang, Gedichten und kleinen Geschichten der Lenz begrüßt. Wir hoffen, dass viele Mitglieder und auch Gäste Interesse an unserer Frühlingsveranstaltung haben, und zu einem guten Gelingen beitragen. Im Juni und Juli machen wir eine Sommerpause und treffen uns dann erst wieder am 15. August.

Wiesbaden – Donnerstag, 21. Mai, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust", Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach (ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße): Stammtisch mit Maischolle. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Weitere Informationen: Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545,



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Donnerstag, 28. Mai, 7 Uhr, Stade Bahnhof (Grell-Bus): Tagesfahrt in die Rosenstadt Eutin. Der Bus nimmt weitere Teilnehmer in Buxtehude (8.30 Uhr) und Neu Wulmstorf (9 Uhr) auf. Das Programm: Mittagessen in der Alten Mühle in Eutin. Ab 13.30 Uhr: Besichtigung des herzoglichen Schlosses am Ufer des großen Sees. Ab 14.45 Uhr: Eutiner Seenrundfahrt mit einer Kaffeetafel an Bord. Ab 16 Uhr: Besuch im Holsteiner Obsthof. Um 17.30 Uhr: Rückfahrt.

Die Kosten betragen 45 Euro pro Person. Anmeldungen bis zum 21. Mai bei Familie Wandert, Telefon (04161) 87918.

Helmstedt – Donnerstag, 11. Juni, 15 Uhr, Begegnungsstätte Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen. Weitere Auskünfte: Frau Anders, Telefon (05351) 9111

Osnabrück – Donnerstag, 28. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Die Kreisgruppe möchte auf die Gästewoche der Ost-, Westpreußen und Sudetendeutschen in Seeboden in Kärnten hinweisen. Sie findet vom 21. bis 27. Juni statt. Ein umfangreiches Programm erwartet die Teilnehmer. Angehörige des Vorstandes aus Bielefeld haben schon an der Gästewoche teilgenommen und empfehlen sie sehr! Anmeldungen und weitere Informationen beim Tourismusbüro Seebo-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

den, Frau Kutin, Hauptplatz 1, A-9871 Seeboden/Millstätter See, Telefon (0043) 476281210.

Bonn – Die Reise nach Ostpreußen vom 22. Juni bis 1. Juli wird von der Kreisgruppe Bonn organisiert. Es sind noch einige Plätze frei. Interessenten melden sich bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova. – Donnerstag, 21. Mai, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Sonnabend, 23. Mai, bis Sonntag, 24. Mai: 66. Sudetendeutscher Tag in Augsburg unter dem Motto „Menschenrechte ohne Grenzen“. – Mittwoch, 3. Juni, 15 Uhr, Raum 311, GHH; Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Ennepetal – Donnerstag, 21. Mai, 16 Uhr, Heimatstube, Kirchstraße 52: Monatliche Versammlung.

Essen – Freitag, 22. Mai, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: „Bernstein – Gold des Nordens und die Menschen bei der Bernsteingewinnung“ – Vortrag von Bernhard Kehren.

Siegen – Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 14 Uhr ab sofort im barrierefreien Café Patmos in Siegen-Geisweid in der Sohlbacher Straße.

Witten – Montag, 18. Mai, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Gemeinsamer Ausflug.

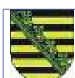
Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 21. Mai, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: „Skatertour von Mainz nach Masuren“ – Bericht mit Bildern von Johann Jotzo.

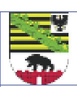


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 16. Mai, 14 Uhr, Eschenmuseum, Sachsenstraße 3: Heimatnachmittag zum Thema „Die schwere und leidvolle Geschichte der Wolfskinder“. Erna Felber berichtet von ihren eigenen Erfahrungen als Wolfskind. Der Nachmittag wird umrahmt mit heimatlichen Gedichten und Liedern. Alle Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen.

Zwickau – Die Treffen der Heimatgruppe der Insterburger finden in diesem Jahr in Zwickau im Brauhaus hinter dem Dom statt. Termine sind der 5. Juni, der 11. September und der 12. Dezember. Die Treffen beginnen jeweils um 14 Uhr, das Weihnachtstreffen schon um 12 Uhr.



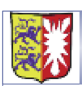
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 8. Juni, 14 Uhr. Krötenhof, Wasserstadt 40: Lesenswert – Heimatliteratur.

Gardelegen – Donnerstag, 28. Mai, 12.30 Uhr: Halbtagsfahrt zum Storchenhof Loburg.

Magdeburg – Dienstag, 19. Mai, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 29. Mai, 16 Uhr, Sportgaststätte TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Mittwoch, 3. Juni, 11.30 Uhr, Delfter Stüben, Flensburg-Mürwik: Spargelessen.

Malente – Mittwoch, 3. Juni, 15.30 Uhr, Lenter Kate, Bahnhofstraße 13a: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen sowie der Schlesier. Helga Mäder liest aus ihrem Erzählband „Jetzt spucke ich“ über ihre Erlebnisse in Schlesien. Auch das aktuelle Thema „70 Jahre Kriegsende“ wird angesprochen. Gäste der Landsmannschaft sind herzlich eingeladen. Kaffee und ein Stück Kuchen ist für eine Kostenbeteiligung von zwei Euro erhältlich. Anmeldungen bitte bis Sonnabend, 30. Mai, im Blumenhaus Franck (Inh: St. Munkelt), Bahnhofstraße 26. Telefonische Anmeldungen (04523) 2659 nur in dringenden Fällen.

Mölln – Mittwoch, 27. Mai, 15 Uhr, Quellenhof: Mitgliederversammlung. Das Hauptthema ist ein interessanter Videofilm von ungefähr 60 Minuten mit dem Titel „Ostpreußen: Land, Leute und ihre Verhältnisse 1913 bis 1945“. Es werden unter anderem die spektakulären Küsten des Samlandes, die Nehrung, die Seenplatte des Oberlandes und Masuren gezeigt. Weiter die Städte Königsberg, Elbing, Insterburg, und einige der typischen Landesstädtchen.

Zu dieser Veranstaltung laden wir auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien, Mölln, Freunde und Bekannte recht herzlich ein.

Neumünster – Mittwoch, 13. Mai, 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: „Wunschkonzert“ – gemeinsames Singen ist ein Zeichen der Verbundenheit, andererseits schafft gemeinsames Singen Verbundenheit. Gäste sind willkommen.

– **Bericht** –

Am 8. April fand die monatliche Veranstaltung Kreisgruppe statt. Zur Unterhaltung und Gestaltung für den kulturellen Teil hatten wir die ostpreußische Marjell Gerda Heykena eingeladen. Küchenlieder und heitere „Vertellchens“ erheiterten die Gemüter. Ja, der Humor ist die Harmonie des Herzens. Der ostpreußische Humor ist geradeaus, breit, behäbig, schwerfällig, manchmal auch recht derb, herzerwärmende und doch auch so „jemütlich“. So richtig dem Volk aufs Maul geschaut!

Frau Heykenas kleine humorvolle Bemerkungen kamen gut an. Ja, wie war doch der Schüleraufsatz von der „Ziege“? Das Wort der Ziege war schon im Mittelalter bekannt. Dabei denkt man an die Kreuzziege, Raubziege und Streifziege. Es gibt heute viele Arten von Ziegen: die Personenziege, Güterziege, Schnellziege, Gesichtsziege, Urlaubsziege, Aktenziege. Eine andere Ziege ist als Haustier verbreitet. Mehrere Ziegen nennt man bei uns Ziegelei!

Humor ist nichts weiter als ein Schmunzeln und Freude auslösen. So endete der fröhliche Nachmittag nach zwei Stunden.

Danke nochmals gerda Heykena für den gelungenen, unterhaltsamen Nachmittag.

Brigitte Profé



Texte und Fotos für die Heimatseiten bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Frank Horns, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de



Shantychor sang das Pommernlied

Krieg, Flucht, Vertreibung, Heimatverlust – 600 Pommern erinnerten sich in Anklam

In Anklam veranstaltet Mecklenburg-Vorpommerns LO-Landesgruppenchef Manfred Schukat nicht nur regelmäßig große Ostpreußentreffen (siehe *PAZ*, Nr. 17). Als BdV-Kreisvorsitzender ruft er auch die Landsleute aus Pommern regelmäßig zusammen.

Rund 600 Pommern aus der näheren und weiteren Umgebung füllten am 28. März das „Volkshaus“ fast bis zum letzten Platz. 30 ehrenamtliche Helfer hatten die Mehrzweckhalle mit leuchtenden Osterglocken und Forsythien sowie den Fahnen und Schildern aller hinterpommerschen Heimatkreise geschmückt und sorgten für einen reibungslosen Ablauf.

70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg erinnerten die Betroffenen daran, dass das Ende auch millionenfach Flucht, Vertreibung und Verlust der Heimat in Hinterpommern bedeutete. Dazu war vor der Bühne ein mit Koffern und Bettzeug beladener Fluchtwagen aufgebaut. Drei große Rettungsringe mit den Namen der Flüchtlingsschiffe erinnerten an die Versenkung der „Gustloff“, „Steuben“ und „Goya“ im Frühjahr 1945 durch sowjetische U-Boote vor der pommerschen Küste mit etwa 20 000 Toten. An die Einnahme aller pommerschen Städte im Jahre 1945 durch die Rote Armee gedachten Manfred Schukat, der nicht nur der ostpreußischen Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern vorsteht, sondern auch BdV-Kreisvorsitzender ist, sowie Dr. Rita Scheller von der pommerschen Heimatkirche und der Verfasser.



Peter Jeske (li.) überreicht die Stadtfahne von Köslin Bild: Schülke



Bis zum letzten Platz besetzt: die Mehrzweckhalle Bild: Schülke

Zuvor hatte Pfarrer Johannes Haerter aus Zinnowitz die Morgenandacht gehalten. Mit geistlichen Chorälen umrahmte der Posaunenchor Bansin dieses Gedenken sehr feierlich, ehe die Besucher sich zum gemeinsamen Vaterunser erhoben und in ihre Heimathymne – das Pommernlied – einstimmten. Danach stellte Heiko Wartenberg vom Pommerschen Landesmuseum Greifswald ein EU-Projekt „Schlüssel für Brüssel“ vor. Er ist Ansprechpartner für Fluchtgegenstände, welche die Pommern 1945 aus ihrer Heimat mitnahmen, vor allem Hausschlüssel. Damit soll eine ganze Wand gestaltet werden, um zu erinnern und zu mahnen.

Grußworte entboten der CDU-Bundestagsabgeordnete Matthias Lietz sowie Dr. Wilfried Hornburg von der Anklamer Stadtverwaltung. Die Grüße von den deutschen Vereinen in der Heimat überbrachten Detlef Rach aus Stolp [Słupsk], Thomas Krause aus Stettin und Peter Jeske aus Köslin [Koszalin]. Dieser hatte die noch fehlende Stadtfahne von Köslin mitgebracht und überreichte sie unter großem Beifallan Manfred Schukat. Insgesamt waren 50 Landsleute aus dem polnischen Hinterpommern nach Anklam angereist, darunter auch Horst Zander, den das Eheglück vor 20 Jahren aus Hamburg in die Heimat zurückführte. Vor der Mittagspause stärkten sich alle Besucher dann noch mit einer Saalrunde „Stargarder Mampe halb & halb“, die der Veranstalter zu jedem Pommerntreffen spendiert.

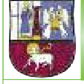
Ein Fluchtwagen war auch dabei

Inzwischen war eine Delegation des Pommerschen Kreis- und Städtetages angekommen. Dessen Präsidentin Margrit Schlegel, zugleich Sprecherin der Pommerschen Landsmannschaft, grüßte die Landsleute mit anerkennenden Worten. Am Nachmittag überbrachte der Shantychor „De Klaashahns“ aus Rostock-Warnemünde den Besuchern des Treffens einen bunten Liederstrauß von Heimat und Meer. Die frohe Stimmung stieg so weit an, dass sich spontan eine Polonaise durch den Saal mit über hundert Teilnehmern bildete. So hatte auch dieses Pommerntreffen allen, die dabei waren, viel zu geben. Als die „Klaashahns“ zum Abschied noch einmal das Pommernlied sangen, reichten sich die Teilnehmer zum Zeichen der Verbundenheit die Hände.

Friedhelm Schülke

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allenstein-landkreis.de

Kirchspieltreffen

30. Mai, Bochum-Werne: Kirchspieltreffen Göttkendorf, Alt Schöneberg, Jonkendorf zusammen mit Kirchspiel Dietrichswalde, Nagladen und Woriten im Hölterweg 2. Beginn: 14 Uhr. Weitere Informationen: Familie Sawitzki, Telefon (0234) 230624 oder J. Certa (02334) 54077.



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.com

Angerapp, Masuren, Königsberg

In der Zeit vom 6. bis 16. August führt die Kreisgemeinschaft wieder eine ganz individuelle elftägige Busreise quer durch Masuren und das Königsberger Gebiet durch. Die Fahrt erfolgt ab Detmold über Hannover, Ahrensburg und Berlin mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Posen zur ersten Übernachtung. Am nächsten Tag geht es durch das masurische Seengebiet bis nach Nikolaiken für zwei Übernachtungen.

Hier erfolgt die Besichtigung der Wallfahrtskirche Heiligelinde mit anschließender Schifffahrt auf der Masurischen Seenplatte. In der Johannisburger Heide ist eine Kutschfahrt geplant, auf dem malerischen Flüsschen Kruttinna eine traditionelle Stakfahrt.

Von Masuren geht es über Goldap in den russischen Teil nach Gumbinnen für zwei Übernachtungen. Wir werden Rast in der Rominter Heide machen, Angerapp, Trakehnen, das Gestüt ehemals von Zitzewitz in Weedern und vieles mehr besichtigen.

Danach geht es von Gumbinnen über Insterburg nach Königsberg für zwei Übernachtungen. Wir werden die Stadt erkunden (unter anderem auf dem Programm: Stadtrundfahrt, Dombesichtigung), auf die Kurische Nehrung fahren (Besichtigung der Vogelwarte in Rossitten) sowie Rauschen und Palmnicken ansteuern. In Palmnicken werden wir den Bernsteintagebau besichtigen.

Wir verlassen Königsberg in Richtung Danzig und werden durch die imposante Anlage der Marienburg geführt. Danach werden wir auf dem frisch restaurierten Oberlandkanal, einer ingenieurtechnischen Meisterleistung des 19. Jahrhunderts, eine Schiffsfahrt erleben. Anschließend geht die Reise weiter bis nach Danzig für zwei Übernachtungen. Das Danzig-Programm ist sehr reichhaltig; es beginnt mit einem Besuch des Ostseebades Zoppot und endet mit einem Abendessen in einem traditionellen Danziger Restaurant. Die letzte Übernachtung wird in Stettin sein, nachdem wir die Stadt erkundet haben.

Es handelt sich um keine Katalogreise, sondern um eine erlebnisreiche Fahrt quer durch das ehemalige Ostpreußen. Die Teilnahme ist für jedermann möglich. Gäste sind herzlich willkommen. Es sind noch wenige freie Plätze im Bus vorhanden. Bitte beachten: Für die Fahrt ist ein Reisepass erforderlich. Weitere Informationen und Auskünfte erteilt die Kreisvertreterin Edeltraut Mai, Telefon (0151) 18461001.

Jahreshaupttreffen

Das Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaft findet am 30. Mai um 10 Uhr in der Gaststätte/Hotel Fuchs, Hauptstraße

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

35, 21256 Handeloh, Telefon (04188) 414 statt. Wir möchten Sie bitten, sich möglichst mittels der Anmeldekarten aus dem Heimatbrief anzumelden, damit die Gastronomie sich auf die Personalzahl hinsichtlich des Mittagessens einstellen kann. Hotelunterkünfte müssen selbst gebucht werden, da das Hotel Fuchs bereits ausgebucht ist. Zu dem Treffen sind alle Landsleute und auch Gäste ganz herzlich eingeladen.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Hauptkreistreffen und Jubiläumsfeier

Dieses Jahr wird das Hauptkreistreffen mit der Feier des Jubiläums der 100-jährigen Patenschaft von Kassel für Ebenrode (Stallupönen) verbunden. Die Veranstaltung findet vom Sonnabend, 30., bis Sonntag, 31. Mai, im Rathaus von Kassel statt.

Der Ablauf am Sonnabend:
10 Uhr: Vorstandssitzung
11 Uhr: Kreistagssitzung
14 Uhr: Mitgliederversammlung
17 Uhr: Lesung und Vortrag mit Arno Surminski
19 Uhr: Gemütlicher Abend im Hotel Deutscher Hof. Musikalische Begleitung durch die Deutsche Schule aus Trakehnen (Jasnaja Poljana)

Der Ablauf am Sonntag:
10 Uhr: Totenehrung mit Kranzniederlegung am Ehrenmal in der Karlsaue mit dem Pfarrer im Ruhestand Kurt Perrey.
11 Uhr: Festakt im Bürgersaal mit musikalischer Begleitung durch die Deutsche Schule aus Trakehnen (Jasnaja Poljana). Zu den Rednern gehören Kassels Bürgermeister Bertram Hilgen, der Kreisvertreter Gerhard Kuebart und der Sprecher der Landmannschaft Stephan Grigat.
13 Uhr: Empfang auf Einladung der Stadt Kassel im Bürgersaal.
15 Uhr: Gottesdienst in der Karlskirche.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Kreistagswahlen

Im Herbst dieses Jahres endet die Legislaturperiode des Kreistages unserer Heimatkreisgemeinschaft. Die Neuwahl der Kreistagsmitglieder erfolgt während des Hauptkreistreffens am Sonnabend, 3. Oktober 2015, um 9.30 Uhr im Hotel Esplanade in 31542 Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8.

Laut Paragraph 1 der Wahlordnung werden 25 Kreistagsmitglieder gewählt. Ihre Verteilung auf die Kirchspiele und Abteilungen sieht wie folgt aus: Gerdauen: 6 Vertreter, Nordenburg: 4, Assaunen: 2, Friedenberg: 1, Groß Schönau: 1, Karpowen (Karpauen): 1, Klein Gnie: 2, Laggarben: 1, Löwenstein: 1, Molthainen: 1, Momehnen: 1, Muldszen (Mulden): 2, Abteilung GIRDAWE: 2.

Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder gemäß Paragraph 2 Absatz 1 unserer Vereinssatzung, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Laut Paragraph 5 der Wahlordnung schlägt der jetzige Vorstand nachstehende Landsleute für den neuen Kreistag vor:

Kirchspiel Gerdauen: Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Hans Ekkart Meyer, Dietmar Plaumann, Lothar Scharnowski;
Kirchspiel Nordenburg: Doris Biewald, Brigitte Havertz-Krüger, Walter Mogk, Margitta Romagno;
Kirchspiel Assaunen: Arnold Schumacher, Dr. Jürgen Wokulat;
Kirchspiel Friedenberg: Klaus-Dietrich Rahn;
Kirchspiel Groß Schönau: Karin Leon;
Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick, Frauke Bannick;
Kirchspiel Laggarben: Gertrud Holtermann;
Kirchspiel Molthainen: Monika Weppelmann;
Kirchspiel Muldszen (Mulden): Dietmar Hoffmann;
Abteilung GIRDAWE: Wolfgang Gay.

Für die Kirchspiele Karpowen (Karpauen), Löwenstein und Momehnen, für die zweite Vertreterposition der Abteilung GIRDAWE sowie die sechste Vertreterposition für das Kirchspiel Gerdauen und die zweite Vertreterposition für das Kirchspiel Muldszen (Mulden) liegen keine Wahlvorschläge des Vorstandes vor.

Gleichzeitig werden hiermit alle Mitglieder gebeten, weitere Wahlvorschläge bis spätestens zum 3. August bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses, Irmgard Kalipke, Buchenweg 22, 47447 Moers, einzureichen. Insbesondere wird um Wahlvorschläge für diejenigen Kirchspiele gebeten, für die bisher keine oder nicht genügend Kandidaten zur Verfügung stehen.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern des jeweiligen Kirchspiels unterzeichnet sein. Aus dem Wahlvorschlag müssen Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Heimat- bzw. Geburtsort und die vollständige aktuelle Anschrift sowohl des Bewerbers als auch der Unterzeichner erkennbar sein. Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung des Bewerbers beizufügen. Jedes wahlberechtigte Mitglied darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Einen Abdruck der kompletten Wahlordnung mit Stand vom 12. September 2009 können Sie bei der Geschäftsstelle anfordern. *Walter Mogk, Kreisvertreter*



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Zum Tode von Clara Peschel

Ich gehe langsam aus der Welt heraus / in eine Landschaft jenseits aller Ferne. / Und was ich war und bin und was ich bleibe, / geht mit mir ohne Ungeduld und Eile / in ein bisher noch nicht betretenes Land.

Ein treues ostpreußisches Herz hat für immer aufgehört zu schlagen. Am 4. April verstarb die Landsfrau Klara Peschel im Alter von 95 Jahren. Klara Peschel wurde am 18. Januar 1920 als Tochter von Hermann und Bertha Meller, geborene Scheppke, in Rosenberg geboren.

Sie kam schon früh zur Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Von 1984 bis 1998 führte sie die Kreiskartei für den Bereich der Stadt Heiligenbeil einschließlich Rosenberg. Darüber hinaus hat Klara Peschel viele Jahre von 1984 bis 2002 Rosenberg als Ortsvertreterin in der Kreisgemeinschaft vertreten. Sie stand während dieser Zeit in enger Verbindung zu „ihren" Rosenbergern und blieb ihnen auch nach ihrem Ausscheiden als Ortsvertreterin weiterhin eng verbunden.

Gemeinsam mit Elsa Kieth, geborene Böhnke, und deren Bruder Bernhard erstellte sie in mühsamer Kleinarbeit die „Rosenberger Chronik". Mit Hilfe dieser Chronik wurde die Internetseite für Rosenberg geschaffen, die bei vielen Besuchern dieser Seite großes Interesse hervorruft.

Für ihre Verdienste wurde sie im Jahr 1989 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Kreisgemeinschaft, 1998 mit der Treueurkunde der Landsmannschaft Ostpreußen und im Jahr 2003 mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Kreisgemeinschaft ausgezeichnet.

Die Kreisgemeinschaft verliert mit Klara Peschel eine aufrichtige Landsfrau und wird ihr Andenken in Ehren halten.
Elke Ruhnke, Kreisvertreterin

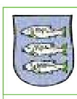


INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe Sachsen

31. Mai, Erfurt: Mitgliedertreffen. Beginn: 14 Uhr, Café Espach, Alfred-Hess-Straße 36a, 99094 Erfurt. Weitere Termine: Gartentreffen in Mosbach am 30. August, Mitgliedertreffen in Eisenach am 11. Oktober, Weihnachtsfeier in Eisenach am 13. Dezember. Weitere Informationen: Jürgen Böhlke, Telefon (03691) 211105.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellung und Vortrag

Sonnabend, 16. Mai, 10 Uhr, Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), Neumünster: Gelegenheit, die Sonderausstellung „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen gesehen" zu besuchen. Um 15.30 Uhr: Beginn des Vortrags (mit Bildern) über „Schätze europäischer Bernsteinkunst". Es spricht Dr. Jörn Barfod, Kustos am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Der Eintritt ist frei.

Weidicken

23. Mai, Davensberg: Treffen der Dorfgemeinschaft Weidicken (und umliegende Gemeinden) in der Gaststätte Haus Börger, Burgstraße 60. Organisation: Johannes Waschulewski, Telefon: (05251) 55524.

Besuch beim neuen Bürgermeister

Kürzlich stattete Dieter Eichler, 1. Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Lötzen, dem neuen Bürgermeister von Lötzen (Gizycko) seinen ersten Besuch ab. Wojciech Karol Iwaszkiewicz ging aus der im November 2014 erfolgten Stichwahl als Sieger hervor. Er löste damit Jolanta Piotrowska ab, die das Amt zwölf Jahre lang innehatte.

Iwaszkiewicz, der keiner Partei angehört, wurde 1974 geboren. Er hat bereits in der Schule die deutsche Sprache erlernt, 1992 in Lötzen „in der roten Schule", also im Gebäude des Gymnasiums aus deutscher Zeit, das Abitur abgelegt. In Allenstein hat er Agrarwissenschaften mit der Spezialisierung Tierzucht studiert. Er ist verheiratet mit einer Lehrerin, die Deutsch unterrichtet. Mütterlicherseits kommen seine Vorfahren aus Warschau, väterlicherseits aus der Gegend von Wilna (heute Litauen). Sein Interesse gehört auch der deutschen Geschichte der Stadt. So war ihm bewusst, dass das Gebäude, in dem sich sein Amtssitz befindet, vor 100 Jahren, nach der Winterschlacht an den Masurischen Seen, als Kreishaus, als Sitz der Kreisverwaltung, errichtet wurde. Mit großem Interesse nahm er das Gastgeschenk entgegen: Eine Kopie der Pläne für den Bau eines Lötzener Museums aus dem Jahr 1937. Auch erhielt er ein Exemplar der kurzen illustrierten Stadtgeschichte „Lötzen, die Perle Masurens". Als symbolischen Gruß aus Neumünster wurde ihm von der Geschäftsführerin der Kreisgemeinschaft, Ute Eichler, eine Flasche „Rapsschnaps" überreicht.

Iwaszkiewicz favorisiert den Ausbau der Feste Boyen als Museum des Ersten Weltkrieges. Ihm ist jedoch bewusst, dass dieses Vorhaben nicht nur viel Geld, sondern auch viel Geduld erfordern wird. Allein die Arbeiten für die Projektierung werden auf zehn Jahre veranschlagt. Vom Tisch sind die Pläne, einzelne „Tortenstücke" der Festungsanlage an Investoren zu verkaufen.

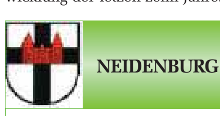
Schneller umgesetzt werden soll das Vorhaben, die Fläche zwischen Hafen („Ekomarina") und Kanal so umzubauen, dass ein Badestrand entsteht. Ein zeitgemäßes Wiederaufleben der Badeanstalt aus der Vorkriegszeit ist angedacht.

Dieter Eichler sprach eine Einladung zum Besuch des Kommunalpolitischen Kongresses aus, der im Oktober in Allenstein stattfinden wird. Der Kennenlern-Besuch verlief in einer sehr freundlichen, sehr guten Atmosphäre.

Während der wenigen Tage ihres Aufenthaltes traf das Ehepaar Eichler im „deutschen sozial-kulturellen Verein" auch eine große Reisegruppe (78 Personen) aus Anklam (Organisation und Leitung: Manfred Schukat, Friedhelm Schülke). Zu einem abendlichen Arbeitsgespräch besuchte es zudem den Pfarrer der evangelischen Gemeinde, Krystian Borkowski, seine Frau Anita und die Gemeindesekretärin Maria Niezurawska. Eine Gesprächsrunde, bei der Sorgen genauso wie positive Entwicklungen auf den Tisch kamen. Verschiedene Orte des Kreises konnten angefahren werden, aber auch in der Nachbarschaft gelegene: Treuburg, Goldap, Rastenburg, Heiliglinde, Nikolaiken ...

Es waren nicht nur die vielen besetzten Storchennester, nicht nur das Maiengrün und die gut bestellten Ackerflächen, die einen positiven Eindruck hinterließen. Wer Masuren als „das Armenhaus Polens" bezeichnet, ignoriert die eindrucksvolle Entwicklung der letzten zehn Jahre.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Heimatbrief zu Pfingsten

Der Pfingstheimatbrief Nummer 144 ist inzwischen fertiggestellt und in Druck gegeben worden. Diese Ausgabe enthält neben vielen anderen Themen auch eine Beschreibung unseres diesjährigen Heimattreffens, dass am Sonntag, dem 6. September, erstmalig im Erich-Brühmann-Haus in Bochum-Werne stattfindet.

Das Veranstaltungslokal liegt genau gegenüber unserer Heimatstube, die an diesem Sonntag geöffnet sein wird. Alle Landsleute und Freunde der Kreisgemeinschaft, die in der Versandliste erfasst sind, erhalten den Heimatbrief noch vor Pfingsten. Wer den Heimatbrief noch nicht erhält, ihn aber haben möchte, teile bitte seine Anschrift dem Schriftleiter Jürgen Kowalek, Bromberger Straße 26, 28816 Stuhr, mit. Umgehend wird dann ein Exemplar zugesandt.

Eine große Anzahl der Weihnachtsausgabe konnte leider auch diesmal nicht zugestellt werden, da sich die Anschriften der Landsleute geändert haben. Alle Bezieher werden deshalb erneut dringend gebeten, Adressen- und sonstige Personenstandsänderungen sofort dem Mitgliederdatenverwalter Hans-Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, mitzuteilen. Sie vermeiden dadurch Zustellungsverzögerungen und kostenaufwendige Nachforschungen und Nachsendungen. Auch weisen wir darauf hin, dass wir Geburtstagsdaten nur veröffentlichen können, wenn sie vorhanden sind beziehungsweise uns bei Fehlen mitgeteilt werden.

Zurzeit sind noch DVDs von allen Heimatbriefen ab 1947, Kreisbüchern und Bildbänden vorhanden. Bestellungen – 15 Euro pro Stück, alle drei zusammen 40 Euro inklusive Versandkosten – sind an den Kreisvertreter zu richten. Derc Versand erfolgt umgehend.
Jürgen Szepanek



OSTERODE

Kreisvertreter: Prof. Dr. Edgar Steiner, Friedrich-Hegel-Straße 18, 15230 Frankfurt (Oder), Tel. (0335) 539096, E-Mail: Prof.steiner@arcor.de. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Regionaltreffen

Mittwoch, 17. Mai, Von-Thünen-Halle, Hubert-Westermeier-Straße 1, 59069 Hamm: Regionaltreffen.

MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Hartmut Krause, Elbinger Straße 40, 28876 Oyten, Telefon (04207) 1045, E-Mail: krause.oyten@gmx.de. Stellvertretende Kreisvertreterinnen: Gisela Harder, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon/Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Termin aus der Heimat

Freitag, 19. Juni, 11 Uhr, Kirche Groß Simnau (Szymonowo): Sommerfest der Deutschen Bevölkerung „Herder" in Mohrungen.

20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine in Sensburg (Mragowo).

25. Juli: Das Dorf Kröcken (Gr. Arnsdorf) feiert sein 700-jähriges Jubiläum. Freunde und ehemalige Bewohner sind herzlich eingeladen. Wir wären dankbar für Informationen oder alte Fotos für die Jubiläumsfeier. Ansprechpartner: Leszek Meller, Vorsitzender des Freundeskreis Groß Arnsdorf, Am Wäldchen 1 a, D 66292 Riegelsberg, E-Mail: L.Meller@t-online.de.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

Hauptkreistreffen

Wir laden herzlich ein zum satzungsgemäßen Hauptkreistreffen und zur Mitgliederversammlung mit der Wahl des neuen Kreistages. Die Veranstaltung findet am Freitag, 11. September, 14 Uhr, Hotel Hannover (Telefon 05723/7920), Buchenallee 1, 31542 Bad Nenndorf. Das Programm:

1) Eröffnung der Mitgliederversammlung und Begrüßung durch den Kreisvertreter
2) Totenehrung und geistliches Wort
3) Bericht des Kreisvertreters über die Tätigkeit in der abgelaufenen Wahlperiode
4) Erläuterung des Wahlvorgangs
5) Wahl des Versammlungsleiters, der Wahlhelfer und des Protokollführers
7) Wahl der Mitglieder des Kreistages für die Wahlperiode 2015 bis 2019
8) Konstituierende Sitzung des neuen Kreistages
9) Gemütliches Beisammensein und Ausklang

Wahlvorschläge zum neuen Kreistag sind bis zum 10. Juni an den Kreisvertreter Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck einzureichen. Dem Wahlvorschlag muss eine vom vorgeschlagenen Kandidaten unterschriebene Einwilligungserklärung beiliegen.

Bei Ihrer Terminplanung beachten Sie bitte, dass am Samstag, den 12. September, am Tag nach unserem Hauptkreistreffen, ab 10 Uhr das Regionaltreffen der

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit stattfindet, ebenfalls in Bad Nenndorf, im Hotel Esplanade in der Bahnhofstraße 8a.

Kommen Sie bitte zu beiden Veranstaltungen, sofern es Ihnen möglich ist und bringen Sie Ihren Nachwuchs mit!

Dieter Neukamm



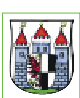
TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Herzog-Albrecht-Schule

Vom 1. bis 3. Juni findet in Lübeck das Schultreffen statt. Austragungsort ist das Hotel Excelsior in der Hansestraße 3. Beginn ist am Montag, 1. Juni, um 16 Uhr mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken. Anschließend folgen die Regularien und abends ein Bildvortrag über die Einweihung des Königin-Luise-Denkmals in Tilsit. Am Dienstag steht eine Stadtrundfahrt mit dem Bus auf dem Programm, nachmittags eine Schiffsreise vorbei an den schönsten Sehenswürdigkeiten der Stadt. Am Mittwoch um 8.30 Uhr: Fahrt zur Marzipanmanufaktur Niederegger, wo eine süße Überraschung wartet. Nach einer Führung und Marzipanverkostung heißt es Abschied nehmen. Anmeldungen sind noch möglich bei Schulsprecher Siegfried Dannath-Grabs, Telefon (0351) 8037740.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



TREUBURG

Kreisvertreterin: Ingrid Meyer-Huwe, Heinrich-Heine-Straße 51, 30173 Hannover, Telefon/Fax (0511) 884928, E-Mail: eusebius@kabelmail.de. Stellvertreterin: Eva Knierim, Kaiserstraße 38, 58300 Wetter, Telefon (02335) 846853, e-knierim@t-online.de. Geschäftsführerin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984 (Fax: 3970), iklink@gmx.de. www.treuburg.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Hauptkreistreffen

1. bis 5. Juni, Fintel: Hauptkreistreffen der Treuburger aus Stadt und Land im Resort-Hotel Eurostrand, Bruchweg 11.

Wir laden Sie herzlich ein, in dieser Runde von Ihren Kinder- und Jugendtagen zu berichten. Wir laden aber auch ganz besonders die Jüngeren ein, Verbindungen zu knüpfen und Bekannte ihrer Eltern zu treffen. Kommen Sie alle – ob jung oder alt. Sie sind herzlich willkommen.

Wer nur den Festtag, am Donnerstag, 4. Juni, in der „Tropic-Halle“ miterleben möchte, ist als Tagesgast ebenso herzlich willkommen. Der Programmablauf wird auf unserer Internetseite: www.treuburg.de veröffentlicht. Weitere Informationen: Gabriele Janßen, Telefon (02833) 3228, E-Mail: janssen.53@web.de

Amtsbezirk Rogonnen

1. bis 5. Juni, Fintel: Zusammen mit allen Treuburgern treffen sich die Landsleute aus dem Amtsbezirk Rogonnen im Resort-Hotel Eurostrand, Bruchweg 11. Weitere Informationen: Achim Rattay, Telefon (02152) 8099041, E-Mail: Gabi.Holtmanns@GMX.net

Fossile Faszination

Erstmals in der Bundesrepublik zu sehen: Bersteinkostbarkeiten aus Königsberg

Golden glänzt der Bernstein in den Vitrinen, um die sich zahlreiche Besucher bei der Eröffnung der Ausstellung „Das Gold des Baltikums“ im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen drängen. Bewundernde Rufe über die künstlerische Gestaltung der aus dem 40 Millionen Jahre alten Material hergestellten Meisterstücke werden laut.

Seit Jahrhunderten fasziniert und verbindet Bernstein die Menschen in aller Welt. Das „Gold der Ostsee“, wie das fossile Harz auch genannt wird, lagert seit Millionen von Jahren in großen Beständen vor der baltischen Küste. Besonders viel findet man an der Küste des Samlands, wo noch immer jährlich mehrere hundert Tonnen abgebaut werden.

Begehrte Schmuckstücke werden daraus gefertigt. „Die hier ausgestellten Kostbarkeiten werden erstmals in Deutschland gezeigt“, erläuterte die Direktorin des Königsberger Bernsteinmuseums Tatjana Suworowa in ihrem Grußwort an die Gäste. Bereits die Griechen und Römer hätten den Bernstein verarbeitet. Die Blütezeit der künstlerischen Bearbeitung lag im 17. und 18. Jahrhundert. Auch heute seien 140 Firmen in und um Königsberg mit Bernstein beschäftigt, ergänzte die Direktorin des einzigen Bernsteinmuseums in Russland. 1979 wurde es eröffnet und gilt heute als beliebtestes Museum der Stadt.

„Die Ausstellung des Bernsteinmuseums ist ein Gegenbesuch, nachdem wir 2013 in Königsberg eigene Sammlungsgegenstände dem dortigen Publikum vorgestellt haben“, informierte der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, Wolfgang

Das Ministerium musste zustimmen

Freyberg, die Anwesenden. Es waren damals große Anstrengungen notwendig, um die Ausstellung über die EU-Außengrenze zu bringen, erläuterte Freyberg weiter. Das Vorhaben des Bernsteinmuseums wiederum musste vom russischen Kultusministerium genehmigt werden.

Der Aufwand hat sich gelohnt: Gezeigt werden in Ellingen neben den einzigartigen Serienprodukten der Schmuckherstellung in der Königsberger Bernsteinmanufaktur aus den Jahren zwischen 1950 und 1990 auch weitere moderne Arbeiten von russischen Künstlern. Ein Teil davon sind Rekonstruktionen oder Kopien von vor über 200 Jahren geschaffenen Stücken, vornehmlich aus St. Petersburg.

Zusätzlich zum bearbeiteten Bernstein sind auch natürlich belassene Stücke ausgestellt. Sie enthalten Inklusen – also Einschlüsse von Tieren wie Insekten, Fliegen oder Mücken. Mit Vergrößerungsgläsern können die urtümlichen Fossilien betrachtet werden. *Manfred E. Fritsche*

Die Ausstellung „Das Gold des Baltikums. Bernsteinschätze und aktueller Bernsteinschmuck“ kann bis zum 7. Juni im Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, besichtigt werden. Geöffnet ist das Kulturzentrum dienstags bis sonntags von 10 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr. Weitere Informationen unter Telefon (09141) 86440, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de.

Noch bis zum 7. Juni zu bewundern: „Das Gold des Baltikums“ im Kulturzentrum Ostpreußen — Bild: Fritsche



Urzeit unterm Vergrößerungsglas: Austellungsstücke, in denen Insekten eingeschlossen und konserviert sind — Bild: Fritsche

Kreuzworträtsel

Spion, Spitzel; unentgeltliche Aufgabe; Hauptstadt von Israel; Arrest, Haft; römischer Kaiser; verhüllen, überziehen; Sprossenstiege; Steigen und Fallen des Wassers; venezianisches Ruderboot; Kochgefäß für Wasser; Kreuzesinschrift; Wasservogel; Hartschalenfrucht; kugeln, rotieren; gesund werden; spaßig, komisch; Import; Laubbaum; Hochschullehrer; Schwertlilie; Gefäß mit Henkel; Prophet; verändern, abändern; sich drehendes Spielzeug; gälischer Name Irlands; Wendekurve; Unnachgiebigkeit; eine Zahl; Papagei; zu etwas taugen, passen (sich ...); immer, zu jeder Zeit; Fragewort; Zeitalter; sehr großer Mann; Stadt und Fluss in Böhmen; Fischatmungsorgan; Kanton der Schweiz; Sohn des Zeus und der Alkmene; ein Erdteil; kleine, bunte Spielkugel; Wintersportanlage; deshalb, deswegen; Stutzer, Modenarr; Hochruf; existieren, vorhanden sein; matte, deckende Künstlerfarbe; abwertend: Feigling; Kfz-Zeichen Münster (Westf.); Brauch, Sitte (lateinisch); Salz der Schwefelsäure; Ärger, Verdruss; große Anzahl, Masse; Verwundung durch ein Tier; Ausspritzmundstück; sich äußern, sprechen; Beduinenmantel; Tierabrichter; westafrikanischer Staat; Kerzenfaden; finnischer Läufer (Paavo); Geschwindigkeit; Zeitungswesen; Schlussergebnis einer Berechnung; Fußspur; Feingewicht für Edelmetalle; Hochschule (Kurzwort); Behälter mit Deckel; Querstange am Mast; eine der Musen; kläffen; Vorderasiat; fasanenartiger Vogel; Wohnzins; Ohr des Jagdhundes; Baustoff; bewusst falsche Aussage; Maßeinteilung an Messgeräten; gefallsüchtig; eingebildet; Körperteil von Fischen; Stern im Sternbild Walfisch; Verkauf, Warenhandel; franz. unbestimmter Artikel; germanische Gottheit; Bruder Jakobs im A. T.; junger Pflanzentrieb; Europ. Fußballverband (Abk.); chemisches Zeichen für Titan; Ritter im franz. Märchen; greiser griech. Sagenkönig; Rasensportler; Organ des Harnsystems; griechische Siegesgöttin; Schulfestsaal

PAZ15_20

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Griess, 2. Brokat, 3. Grappa, 4. mahnen, 5. einmal, 6. robust – Granat, Saphir

Kreiskette: 1. autark, 2. Kaftan, 3. Kabine, 4. Inhalt, 5. Flause – Krankenhaus

Sudoku:

6	5	2	8	7	4	9	1	3
9	3	1	6	2	5	4	7	8
4	7	8	9	3	1	6	2	5
1	2	9	4	8	3	7	5	6
8	6	7	2	5	9	1	3	4
5	4	3	7	1	6	2	8	9
2	8	6	5	4	7	3	9	1
7	1	4	3	9	8	5	6	2
3	9	5	1	6	2	8	4	7

Sudoku

		2	8		4	9		
	3		6		5		7	
4								5
1	2						5	6
	6		2		9		3	
5	4						8	9
2								1
	1		3		8		6	
		5	1		2	8		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

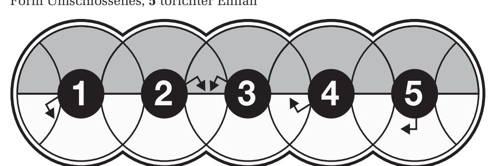
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Edelsteine.

1 grob gemahlene Getreidekörner
2 kostbares Seidengewebe
3 italienischer Tresterbranntwein
4 zur Zahlung auffordern
5 nicht öfter
6 kräftig, stabil

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Klinik.

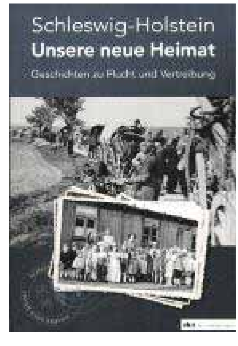
1 unabhängig, **2** orientalisches Kleidungsstück, **3** Schiffsraum, **4** von einer Form Umschlossenes, **5** törichter Einfall



Vom Internet zum Buch

Nissenhütten, Leben am Existenzminimum und Suche nach Arbeit – so sah der Alltag der Flüchtlinge aus, die seit Anfang 1945 in Massen in das Land zwischen den Meeren strömten. Im Oktober 1946 lebten fast 2,7 Millionen Menschen in Schleswig-Holstein – 71 Prozent mehr als noch 1939. Kein anderes späteres Bundesland hatte einen solchen Bevölkerungszuwachs zu bewältigen.

Zusammen mit seiner Familie kam auch Jürgen Schauer nach entbehrungsreicher Flucht aus Ostpreußen in Schleswig-Holstein an. „Heimat ist da, wo wir Kinder sein durften. Und das war in einem Nest namens Hadenfeld“, schreibt er in „Schleswig-Holstein. Unsere neue Heimat. Geschichten zu Flucht und Vertreibung.“ Er und andere Autoren erzählen in diesem Buch ihre ganz persönlichen und bewegenden Geschichten. Sie stammen ursprünglich von www.gezeiten.shz.de, einem Internet-Portal, das der Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag einrichtete. Gedacht ist das Portal für Erlebnisse und Geschichten, Zeitzeugenberichte und Bilder aus dem nördlichsten Bundesland. In „Schleswig-Holstein. Unsere neue Heimat“ berichten Vertriebene von ihren Erlebnissen, aber auch alteingessene Norddeutsche kommen zu Wort und erzählen, wie man sich mit den Menschen aus dem Osten Deutschlands arrangierte. *mef*



„Schleswig-Holstein. Unsere neue Heimat. Geschichten zu Flucht und Vertreibung“, sh:z das medienhaus, broschiert, 168 Seiten, 9,95 Euro

„Bitte nur etwas von den Deutschen“

Vom bitterarmen Flüchtling aus Hermannstadt zum Firmenchef in Los Angeles – ein packender Roman

Ein neuer Anfang. Die wahre Geschichte eines sudetendeutschen Auswanderers, der in Amerika sein Glück fand“ lautet der Titel des packenden autobiografischen Romans von Alfred Langer, geboren 1939 in Hermannstadt, Kreis Freiwaldau, im Sudetenland. Im Untertitel wird der weite inhaltliche Bogen angezeigt, der noch vor der organisierten Vertreibung von rund 2,8 Millionen Sudetendeutschen aus ihrer Heimat nach dem Zweiten Weltkrieg ansetzt.

Mit 21 Jahren wanderte Alfred Langer aus der Bundesrepublik Deutschland in die USA aus. Auch drüben wurde ihm nichts geschenkt, aber durch Beharrlichkeit und harte Arbeit ging für ihn

Ihr mit euren schmutzigen Kleidern

der amerikanische Traum in Erfüllung; Er wurde Inhaber eines erfolgreichen Unternehmens. Seit 1961 lebt er im kalifornischen Los Angeles. Als Ruheständler schrieb Alfred Langer mit fast 70 Jahren die Geschichte seines Lebens nieder. Dabei wählte er die Perspektive eines außenstehenden Erzählers, doch eigentlich hat er selbst und damit der Protagonist Alfred Langer das Wort. Insofern sind gelegentliche idealisierende Darstellungen natürlich vorprogrammiert, aber das gehört eben auch dazu. 2010 erschien das Buch zunächst in den USA unter dem Titel „A New Beginning“.

Für den siebenjährigen Alfred, genannt Fredi, seine drei Geschwister und seine Eltern bedeutete die Vertreibung aus ihrer Heimat im Mai 1946 das jähe Ende ihres friedlichen, selbstbestimmten Lebens auf dem eigenen Bauernhof, was sich allerdings durch die Kriegsereignisse des Jahres 1944 schon vorher abgezeichnet hatte. Nur hatte es niemand von den Hermannstädtern wahrhaben wollen, da ihnen eine Vertreibung völlig irreal erschien.

Wie die meisten Einwohner des Dorfes lebte die Familie Langer von der Landwirtschaft. Der Hof von Rudolf und Elsa Langer war seit Generationen im Besitz der Vorfahren des Ehemannes. Die dramatischen Ereignisse der letzten Kriegsmonate und das erste Nachkriegsjahr überstanden sie noch verhältnismäßig unbeschadet. Doch seitdem das tschechische Militär im Dorf stationiert war, schikanierten und beraubten die Soldaten die deutschen Familien, und es kam zu Misshandlungen. Wenig später mussten alle, auch die Langers, ihre Häuser verlassen, nur einige Habseligkeiten durften sie mitnehmen. In einem Lastwagenkonvoi wurden die Vertriebenen zum Bahnhof Niklasdorf gebracht, wo sie zwei Tage ohne Versorgung mit Nahrungsmitteln und Getränken eingeschlossen verbringen mussten. In Viehwaggons ging der Transport der zunehmend geschwächten und unterversorgten Menschen mit der Eisenbahn tagelang weiter. Mehrere starben infolge der grauenhaften Zustände. Im oberfränkischen Naila war für die Familie Langer dann Endstation. Sie wurden in einem Flüchtlingslager in einer Schuhfabrik untergebracht und erlitten dort zuletzt noch den Verlust ihres kostbarsten Besitzes, nämlich der Geburts- und Taufurkunden sowie der Besitzurkunden für ihr verlorenes Eigentum daheim in Hermannstadt.

Bei seinen Begegnungen mit den Ortsansässigen registrierte der kleine Alfred den niedrigen Status seiner Familie als Flüchtlinge im Westsektor Deutschlands. Ein Fabrikarbeiter formulierte es so: „Es ist nicht leicht für

Militärdienst in der Nationalgarde

die Menschen hier, euch willkommen zu heißen. Auch wenn das schwer für dich zu verstehen sein wird, aber ihr mit euren schmutzigen Kleidern und dem starken Akzent... Die Menschen glauben, dass ihr eine Last für den Ort sein werdet, so arm, wie ihr seid.“ Mit dieser Einstellung sollte Alfred auch noch als Heranwachsender konfrontiert werden.

Bald danach brachte man sie auf einem Lastwagen in den kleinen Ort Selbitz an der Zonengrenze. Für die sechsköpfige Familie fand sich keine private Unterkunft, daher wies man ihnen, wiederum in einer Schuhfabrik, zwei kleine Zimmer zu. Nun begann der Kampf aller Familienmitglieder um ein besseres Dasein. Auch Fredi arbeitete schon als Siebenjähriger nach der Schule stundenlang im Sägewerk, in dem sein Vater beschäftigt war. Bis 1950 vergrößerte sich die Familie nochmals, Alfred bekam zwei kleine Brüder. Indessen arbeitete seine Mutter trotzdem weiter, erst in der Schuhfabrik, dann in der Textilfabrik Bodenschatz. Hier, in der größten Fabrik des Ortes, begann Alfred mit vierzehn Jahren nach bestandener Prüfung eine Aus-

Mit Gottesglauben und harter Arbeit

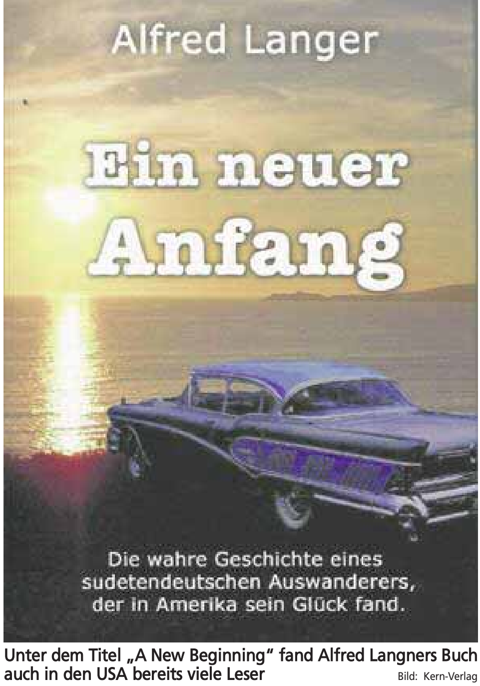
bildung als Schlosser. In den folgenden Jahren qualifizierte er sich beruflich weiter, musste dann aber 1961 eine für ihn unerwartete Zurücksetzung in seinem Betrieb hinnehmen. Kurz zuvor war sein etwas älterer Kollege Hans nach Amerika ausgewandert. Als dieser ihm aus Los Angeles schrieb, in seiner Firma würde ein tüchtiger Werkzeugmacher gesucht, überlegte er nicht lange.

Es erwarteten ihn in Los Angeles allerdings Arbeitsbedingungen, mit denen er nicht gerechnet hatte. In dem zu kleinen Werksgebäude der „Manhattan Die Company“ stellten drei Mitarbeiter, darunter Hans und er selbst, mit veralteten Maschinen Metallformen zur Plastikausstanzung und scharfe Schneideformen her. Und dennoch wurde diese damals noch kleine und unzureichend ausgestattete Werkstatt für ihn als kompetenter Betriebsschlosser der Ausgangsort für seine weitere berufliche Karriere.

„Innerhalb kürzester Zeit lernte Alfred, das Beste aus den Maschinen herauszuholen. Damit verbesserte er die Qualität der Schweißformen, und zufriedene Kunden wollten ihre Produkte ausdrücklich von den beiden Deutschen hergestellt haben.“ Hans und er übernahmen bald darauf den Betrieb. Da die Plastikindustrie immer größer wurde, bekamen sie immer mehr und größere Aufträge, waren sie doch Inhaber eines von nur zwei Unternehmen westlich von Chicago, das Schweißwerkzeuge für PVC-Produkte mittels Hochfrequenzschweißen herstellte. Ihre Firma war die erste in den USA, die Werkzeuge für die Herstellung von Wasserbetten produzierte. Seinen Militärdienst leistete Al, wie er nun genannt wurde, seit 1965 bei der California National Guard ab. 1967 heiratete er die Sachbearbeiterin Irene, deren Familie aus Mexiko in die USA eingewandert war. Der Rest ist schnell erzählt. Hans bekam nach 25 Jahren Sehnsucht nach seiner oberfränkischen Heimat und kehrte zurück nach Deutschland. Alfred wurde alleiniger Inhaber von „Manhattan Die“. 1969 kam Tochter Christine zur Welt, die eine erfolgreiche Managerin wurde und verheiratet ist. Alfred und Irene haben drei Enkelkinder. Schon vor Jahren schlossen sie sich der katholischen Cursillo-Bewegung an, um ihren Glauben zu stärken und zu vertiefen. Alfred Langers Buch hat denn auch eine Botschaft, nämlich dass man auch große Hindernisse im Leben mit dem Glauben an Gott und harter Arbeit überwinden kann.

Dagmar Jestrzemski

Alfred Langer: „Ein neuer Anfang. Die wahre Geschichte eines sudetendeutschen Auswanderers, der in Amerika sein Glück fand“, Kern Verlag, Bayreuth 2014, gebunden, 299 Seiten, 19,90 Euro



Unter dem Titel „A New Beginning“ fand Alfred Langners Buch auch in den USA bereits viele Leser Bild: Kern-Verlag

Er kann sie nicht mehr riechen

Der Wonnemonat Mai macht Eisbären wenig Lust – Schmilzt das Eis, haben sie Mühe, ferne Paarungspartner zu erschnüffeln

Wenn im Frühjahr das Packeis in der Nordpolarregion schmilzt, kommt auf Eisbären eine schwere Zeit zu. Sie müssen größere Distanzen überwinden, um Futter, aber auch einen Paarungspartner zu finden. Der Rückzug des Eises in den vergangenen Jahren macht die Sache nicht einfacher.

Die Schnauze schnüffelnd am Boden, auf dem Weg durch Schnee und Eis – ein typisches Bild des Eisbären. Was genau es damit auf sich hat, haben nun Wissenschaftler herausgefunden: Das größte Landraubtier der Erde kommuniziert über Sekrete, die es mit den Tatzen im Eis hinterlässt. Die chemischen Signale empfängnisbereiter Eisbärinnen fungieren dabei als Werbebotschaft für mögliche Partner.

Die Forscher schlossen daraus, dass Eisbären in erster Linie durch Duftspuren zueinanderfinden. Aber dazu brauchen sie im Frühjahr intaktes Packeis. Zieht sich das zurück, erschwert dies die Fortpflanzung der Tiere. Das Team um Megan Owen vom Zoo San Diego sammelte dazu im Frühjahr in der Beaufortsee und der Tschuktschensee im Nordpolarmeer Geruchsmarken von Eisbären. Die Proben präsentierten sie anschließend Eisbären in zehn verschiedenen nordamerikanischen Zoos und testeten deren Reaktionen.

Die Forscher waren oft zur Stelle, wenn Tierschützer in der Arktis Eisbären einfingen. Es ist eine unumgängliche Maßnahme, wenn Bären menschlichen Siedlungen zu nahe kommen, so dass sie fernab vom Schuss wieder ausgesetzt werden. Die Wissenschaftler hatten so Gelegenheit, von den Schweißdrüsen der Haarbälge der Eisbärtatzen Duftproben zu nehmen und das Geschlecht und Alter der Tiere zu bestimmen. Ob die Bärinnen paarungsbereit waren, gab die Jahreszeit vor.

Aus den Schweißdrüsen geben Eisbären Chemosignale ab, die den Erkenntnissen des Wissenschaftsteams zufolge Informationen transportieren, die Artgenossen sensorisch lesen können, so zu Geschlecht und Paarungsbereitschaft. Die Forscher unterschieden in den Zoos zwischen drei Reaktionen: dem bloßen Annähern an die Geruchsproben, dem Beschnüffeln durch die Nase und dem Flehmen. Das auch bei Hauskatzen oft zu beobachtende Flehmen ist ein intensives Wittern mit geöffnetem Maul mittels eines separaten Geruchsorgans.

In den Experimenten zeigten die Zoo-Bärinnen vor allem im Frühjahr, wenn Paarungszeit ist, Interesse an den arktischen Gerüchen, und zwar auch an denen anderer Bärinnen. Ein Flehmen ließen sie sich meist nur entlocken, wenn der Duft vom anderen Geschlecht kam.

Die männlichen Bären waren vorrangig am Duft der Damen und nicht an dem der Rivalen interessiert, und das nicht nur zur Paarungszeit. Stammte der Geruch von einer empfängnisbereiten Artgenossin, war das Interesse deutlich höher als bei Gerüchen von Bärinnen, die trächtig waren oder Junge hatten. Den Odor, also den Duft, von Paarungsbereitschaft beantworteten männliche Polarbären auffallend oft mit Flehmen.

Die Klimaerwärmung in der Arktis setzt die Eisbären der Studie zufolge – neben dem Verlust von Lebensraum – einer weiteren Bedrohung aus: Weil das Packeis im Frühling früher wegtaut und zu Eisinseln zerfällt, werden ausgerechnet zur Paarungszeit nun auch die „Duftrouten“ zerrissen, denen die männlichen Bären auf der Suche nach Partnerinnen folgen. Die Fortpflanzung werde damit erheblich erschwert, so die Forscher. Das gelte auch, wenn Eis infolge der Erwärmung eine weniger feste Konsistenz annehme.

Werden Eisbären bei der Suche nach Partnern nicht mehr von Duftspuren auf intaktem Packeis geleitet, irren sie zwischen Eisschollen oder im Schneematsch auf dünner gewordenen Eispanzern umher und verschwenden nutzlos Energie. „Werden diese Duftrouten durch eine Zerteilung des Habitats durchschnitten, können Eisbären Schwierigkeiten bekommen, Partner zu finden“, heißt es in der Studie. Männchen falle es zudem immer schwerer, aggressiven Rivalen frühzeitig auszuweichen.

Die besonders in der Nordpolarregion überproportional wirkende Erderwärmung lässt das winterliche Packeis vor allem in der südlichen Arktis im Frühjahr schneller schmelzen, während die Gewässer im Herbst erst später zufrieren. Für den Eisbär, der auf dem Packeis Robben jagt, ist das ein Problem, denn seine Jagdsaison, in der er Fett für den mageren Sommer ansetzt, verkürzt sich dadurch ständig.

Bedroht sind von der Erwärmung vor allem Eisbärpopulationen in der Südarktis. Die, so die Forscher, brauche es aber, um die genetische Vielfalt der Art zu erhalten. Notfalls müssten diese Populationen in Zuchtzentren in die Gefangenschaft überführt werden, damit ihr Genpool erhalten bleibt, schreiben die Forscher.

Eisbären haben die Eigenart, einzelgängerisch zu leben, riesige Strecken zu wandern und sich nur saisonal zu paaren. Auf Artgenossen treffen sie eher selten. Andere Bärenarten nutzen meist Bäume oder Steine für Duftmarkierungen, indem sie dorthin urinieren oder daran das Fell scheuern. Damit stecken sie Reviere ab, lokalisieren Rivalen oder finden Partner. Weil es im Eis, zumal im Packeis, daran fehlt, verbreiten Eisbären ihre Geruchssignale hauptsächlich über Schweißdrüsensekrete.

Dass Eisbären über chemische Signale kommunizieren, war in der Wissenschaft schon lange vermutet worden, wurde aber jetzt erstmals systematisch erforscht und erwiesen. *Kai Althoetmar*


Bild: Mauritius

Einsamer Bär: Der Weg zum Liebesglück endet für Eisbären im Frühjahr oft auf einer Eisschollen-Sackgasse

Alles schon mal dagewesen

Fossilienfunde in den Alpen verraten viel über die Tiefseebewohner

Schon die Erforschung der heutigen Tiefsee ist schwierig. Aber das Erkunden der vorzeitlichen Tiefsee steht vor noch größeren Hindernissen. Denn Tiefseefossilien sind schwerer zu finden, je älter sie sind. Aber ein internationales Forscherteam wurde jüngst in den Alpen fündig. Wissenschaftler um Steffen Kiel von der Universität Göttingen und seinem Kollegen Ben Thuy vom Naturhistorischen Museum in Luxemburg entdeckten in einem idyllischen Tal in den Salzburger Alpen die versteinerten Reste einer uralten Lebensgemeinschaft, die vor 180 Millionen Jahren den Grund eines Ozeans bewohnt hatte.

In der Glasenbachklamm bei Salzburg fanden die Forscher versteinerte Seesterne, Schlangensterne, Krebse, Armfüßer und Schnecken. Es ist der erste Fund von Tiefseefossilien aus einer Ära, in der die Dinosaurier ihren Siegeszug gerade begonnen hatten. Insgesamt entdeckten die Wissenschaftler die Hinterlassenschaften von über 70 Arten.

Bei ihren Untersuchungen kamen Steffen Kiel und seine Kollegen zu neuen Erkenntnissen: „Manche Tiergruppen leben schon seit 180 Millionen Jahren oder länger in der Tiefsee“, sagt Kiel. Das gelte beispielsweise für Armfüßer oder Schlangensterne, die im Meer auch in anderen Lebensräumen zu finden sind. „Einige Schlangenstern-Familien sind damals in der Tiefsee entstanden und dann ins Flachwasser gewandert.“ Die frühesten Schlangenstern-Funde aus den Schelfmeeren seien zwischen zehn und 20 Millionen Jahre jünger, so Kiel. „Das passt nicht zur gängigen These vom Massensterben in der Tiefsee mit nachfolgender Neubesiedelung aus den Schelfmeeren“, stellt Kiel fest.

Tatsächlich beweist die Studie von Kiel und Thuy, dem Erstautor, dass der Austausch von Randmeeren und Tiefsee weitaus dynamischer war als bisher angenommen. Einige der untersuchten Fossilien sind sogar die ältesten bekannten Funde ihrer Art.

Tiefsee-Fossilien finden sich häufig in den Alpen, denn die waren früher der Grund des Tethys-Ozeans. Dieser Ozean ist der Vorläufer des Mittelmeers. Zu ihm gehörten auch das heutige Schwarze Meer und das Kaspische Meer. Unter den Alpen schiebt sich die Afrikanische Platte gegen die Europäische Platte und drückt so den früheren Meeresboden nach oben. „Durch Plattentektonik wurden die Ablagerungen des damaligen Ozeans im Laufe von Jahrmillionen zu einem Gebirge aufgefaltet. So bieten die Alpen einmalige Einblicke in längst ausgestorbene Ökosysteme, selbst aus großen Meerestiefen“, so Thuy.

Die von ihm und Kiel untersuchten Fossilien stammen aus einem Taleinschnitt nahe Salzburg. Hier hat sich ein Wildbach tief in die Felsen gefressen und ältere Gesteinsschichten freigelegt. Die Glasenbachklamm ist als Naturdenkmal geschützt; ein geologischer Lehrpfad führt hindurch. Vor 180 Millionen Jahren rutschte ein unterseeischer Berghang ab und begrub alles, was dort lebte, unter sich. Gut erhalten blieben allerdings Schalen und Skelette. Die Fossilien waren in eher weichen Gesteinsablagerungen eingeschlossen und ließen sich mit chemischen Mitteln aus dem Stein befreien. *Friedrich List*


Bild: Karl Stanley/Roatan Institute of Deepsea Exploration

Uralt: Seelilien und Haarsterne der Tiefsee gab es schon vor 180 Millionen Jahren

Lebenskünstler im Meer

Unentdeckte Welten – Stralsund lädt zur »Expedition Tiefsee« ein

Die Oberfläche des blauen Planeten Erde besteht zu 70 Prozent aus Wasser. Ein großer Teil davon ist unerforschte Tiefsee. Bereiche in den Meeren, die tiefer als 800 Meter sind, bezeichnet man als Tiefsee. Seine tiefste Stelle erreicht der Meeresboden im Pazifischen Ozean östlich der Philippinen im Marianengraben. Dort geht es 11034 Meter hinunter. Der Mount Everest mit seinen 8848 Metern würde an dieser Stelle völlig im Wasser verschwinden.

In dieser Tiefe herrschen harte Bedingungen. Da die Sonnenstrahlen nur bis etwa 900 Meter unter die Wasseroberfläche gelangen, ist es völlig dunkel. Schon in 150 Metern Tiefe reicht das Licht nicht mehr aus, um Pflanzenwachstum anzuregen. Es ist sehr kalt: minus zwei Grad Celsius. Der enorme Druck und der Salzgehalt des Wassers verhindern aber das Gefrieren.

Der Luftdruck auf der Erde beträgt etwa ein Bar. Alle zehn Meter nimmt der Druck im Meer um ein Bar zu, so dass in dieser enormen Tiefe auf einen Quadratzentimeter das Gewicht einer Tonne drückt. Kein Mensch könnte dort leben. So nahmen Forscher früher an, dass es in diesen Meeresregionen kein Leben geben kann. Tatsächlich ist die Artenvielfalt in der Tiefsee aber viel höher als an Land. Über zehn Millionen verschiedene Arten soll es hier geben. Auf der Erdoberfläche sind es nur etwa 1,4 Millionen. Natürlich benötigen diese Lebewesen eine besondere Überlebenstechnik. Da kein Pflanzenwachstum möglich ist, müssen sie die Reste abgestorbener Pflanzen fressen, die von der Meeresoberfläche hinab sinken. Aber auch andere Tiere werden verspeist.

Da das Nahrungsangebot knapp ist, müssen sich die Lebewesen vor Fressfeinden schützen. Viele haben durchsichtige Körper oder sind völlig schwarz. Mit riesigen Augen erhaschen sie das Restlicht. Häufig fehlen die Augen ganz, weil Sehorgane in dieser Finsternis ohnehin keinen Sinn ergäben. Ersetzt werden sie dann durch einen guten Geruchs- und Tastsinn. Manche Tiere haben sogar ausklappbare Kiefer zum besseren Beutefang und furchterregende Zähne wie aus einem Horrorfilm. Auch ist hier der Lebensraum des berühmten Tiefseekalmars zu finden. Er soll 17 Meter lang und 1,1 Tonnen schwer sein.

Die Tiefseeforschung begann mit dem britischen Forschungsschiff „Challenger“. Es kreuzte von 1872 bis 1876 durch die Weltmeere und erforschte den Meeresboden. Auf diese Weise entdeckten die Wissenschaftler 4000 neue Tierarten.

1960 gelang es Forschern um den Schweizer Physiker Auguste Piccard in einer Art Tauchkugel mit Namen „Trieste“ erstmals in eine Tiefe bis fast 11000 Metern vorzudringen. Der Abstieg dauerte viereinhalb Stunden. Der enorme Druck auf das Tauchgerät wuchs mit jedem Meter. Als das Tauchboot den Meeresboden erreichte, lasteten 40 Millionen Tonnen Gewicht darauf. Die Männer wussten nicht, ob sie lebend wieder an die Meeresoberfläche kämen. Doch die Tauchfahrt gelang. Hinterher stellten sie fest, dass ein Fenster von feinen Rissen durchzogen war. Zum Glück hielt das 19 Zentimeter dicke Glas.

Seit Ostern 2015 lädt das Deutsche Meeresmuseum in Stralsund ein zur „Expedition Tiefsee“. Mit neuen Ausstellungsstationen und Aquarien stellt es so den am wenigsten erforschten Ort der Erde genauer vor. *Silvia Friedrich*

Internet: www.deutsches-meeresmuseum.de


Bild: Meeresmuseum/Schlorke

Ungeheuer: Eine über drei Meter lange Riesenkrabbe



Preußen ohne Klischees

Aktuelle Forschungsbeiträge

In den Jahren 2012 und 2013 veranstaltete die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften eine Ringvorlesung zum Thema „Neue Wege der Geschichte Preußens". Verantwortlich hierfür zeichnete Wolfgang Neugebauer. Nun hat der Inhaber der Alfred-Freiherr-von-Oppenheim-Stiftungsprofessur für die Geschichte Preußens an der Humboldt-Universität zu Berlin einen Sammelband mit Texten zu den jeweiligen Vorträgen herausgegeben.

Eines vorweg: Sie decken eine große inhaltliche und chronologische Bandbreite ab, denn das Ziel bestand darin, den aktuellen Forschungsstand zu referieren und zugleich aufzuzeigen, welche neuen Aufgaben der preußengeschichtlichen Forschung in Zukunft harren. Dabei wird unisono festgestellt, dass Preußenforschung weiterhin nötig sei – und zwar „unabhängig von politischen Konfessionen". Außerdem gebe es auch keine sachlichen Hindernisse mehr, da heute eine „ganz vorzügliche Quellenbasis" zur Verfügung stehe, nachdem infolge der Wiedervereinigung viele auseinandergerissene Aktenbestände zur Geschichte Preußens zusammengeführt werden konnten.

In Auswertung dieser historischen Zeugnisse entstand unter anderem der Beitrag von Jürgen Kloosterhuis, seines Zeichens Direktor des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, über das preußische Militär im 18. Jahrhundert, welcher in der Erkenntnis gipfelt, dass das Bild von der umfassenden Durchdringung der preußischen Gesellschaft mit militärischen Verhaltensformen und Wertvorstellungen keineswegs der Realität entspreche. Dem pflichtet Bernhard Kroener bei: Eine flächendeckende soziale Militarisierung war „nicht dauerhaft zu erreichen und auch nicht beabsichtigt". Somit müsse man sich vom Bild eines Militärstaates als Sonderweg der Entwicklung Preußens verabschieden.

Wolfram Pyta wiederum analysiert die Entscheidungen Friedrichs des Großen, die zum Siebenjährigen Krieg führten. Er kommt ebenfalls zu überraschenden Ergebnissen: Offenkundig sei der König ungewollt in den Konflikt hineingestolpert. Er habe sich zu sehr an der von den Großmächten propagierten, aber letztlich niemals ernst gemeinten Doktrin von der Notwendigkeit der Bewahrung des europäischen Gleichgewichts der Kräfte orientiert.

Ganz vorzügliche Quellenbasis

Anschließend tritt Bärbel Holtz den Nachweis an, dass die Zensur in Preußen im Gegensatz zur gängigen Lehrmeinung sehr viel weniger Mittel zur Unterdrückung unerwünschter politischer Aussagen gewesen war, als vielmehr der Versuch einer „Geschmackserziehung der Volksmassen". Patrick Wagner und Monika Wienfort zerpflücken dann ihrerseits noch den zählebigen Mythos vom rückwärtsgewandten, ökonomisch minderbefähigten ostelbischen Junker: Wie der Blick auf die Quellen zeige, habe sich der preußische Landadel stets mit den jeweils neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten und der modernen Staatsbürokratie arrangiert; dazu komme außerdem ein weitgehend professionelles Agieren auf landwirtschaftlichem Gebiet.

Somit bricht das Buch also mit zahlreichen typischen negativen Klischees über Preußen, weshalb ihm eine weite Verbreitung zu wünschen ist, die aber wohl leider am exorbitant hohen Preis des Bandes scheitern wird.

Wolfgang Kaufmann

***Wolfgang Neugebauer (Herausgeber): „Oppenheim-Vorlesungen zur Geschichte Preußens an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften"**, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2014. gebunden, 373 Seiten, 79,90 Euro*





Herz der Finsternis

Naher Osten I: Ein deutscher Journalist wagt die Reise zum IS

Für den äußersten Notfall, für Geiselhaft und drohenden Foltermord hatte er Giftkapseln dabei. Zur Sicherheit wurde zudem das Bundeskanzleramt informiert, denn Jürgen Gerhard Todenhöfer (74) reiste im Dezember 2014 zusammen mit seinem Sohn Frederic für zehn Tage in das Herz der Finsternis. Als bisher einziger westlicher Publizist bekam er die Möglichkeit den IS, den Islamischen Staat, zu erkunden. Er hat seine Erlebnisse in einem Buch festgehalten. „Inside IS – 10 Tage im 'Islamischen Staat'" ist gerade erschienen und bereits in die „Spiegel"-Bestsellerliste geklettert. Der versuchte Anschlag in Texas auf die Ausstellung mit Mohammed-Karikaturen und ebenso die Festnahme des bombenbauenden Islamisten-Ehepaares in Oberursel zeigen, wie nah die Bedrohung durch den IS auch im Westen ist.

Dennoch: Darf man sich eigentlich mit solchen blutrünstigen Fanatikern überhaupt auf ein Gespräch einlassen? Im Buch beschreibt der Autor seine Beweggründe: Todenhöfer, der 18 Jahre als Abgeordneter für die CDU im Bundestag saß, ist als ehemaliger Richter stets auf der Suche nach Wahrheit. Dafür bemüht er sich, möglichst mit allen Seiten eines Konfliktes zu sprechen. Seit Jahren bewegte ihn die Frage, wie gefährlich der Islamische Staat wirklich ist, welchen Vorstellungen seine Führer anhängen und was deren Anhänger zu solchen Gräueltaten antreibt. Er knüpfte daher Kontakte zu deutschen Dschihadisten in Syrien. Obwohl sie die Meinung des Autors kannten, hatten sie Interesse, ihr Weltbild der Außenwelt mitzuteilen.

Todenhöfer blieb misstrauisch: Nach Ansicht des IS sind Journalisten „meistens gefährlichere Feinde als die Soldaten". Doch die Neugier, die Wahrheit zu erfahren, war stärker, zumal seine Sicherheit auch vom Büro des selbsternannten Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi garantiert wurde. Vor seiner Abreise wurde ihm noch mitgeteilt, dass man eine faire Berichterstattung erwarte, er solle keine Lügen verbreiten. Streng bestraft würde aber Gotteslästerei – ein äußerst dehnbarer Begriff!

»Nehmt Bomben, stecht sie ab«

Am 6. Dezember 2014 erfolgte unter abenteuerlichen Umständen der illegale Übertritt von der Türkei nach Syrien. Die bereits wartenden IS-Kämpfer waren sehr gastfreundlich, schreibt Todenhöfer, doch bald wurden ihnen die Handys abgenommen und eine freie Berichterstattung verhindert, so dass er deutlich mit seiner Abreise drohte – was man indes auch nicht wollte. Man gab seinen Forderungen nach. Sein Sohn und er durften allerdings in keinem Hotel übernachten, wollte man sie doch stets unter Kontrolle haben!

Dennoch gelingen ihnen tiefe Einblicke in den teilweise banalen, teilweise furchterregenden Alltag des sogenannten Islamischen Staates. Das Interview mit einem Richter bringt die Bestätigung, dass bei Diebstählen im Wert von mehr als 40 US-Dollar die Hand des Täters abgeschnitten wird.

Wichtigster Teil des Buches aber sind sicherlich die Gespräche des Autors mit den IS-Anführern. Spiegeln sie doch deren Gottesbild und in ebenso offener Art ihre Vorstellungen von dieser Welt wider. Danach verhöhne der Westen die Religion der Muslime und trete sie mit Füßen. Irgendwann aber werde der Islam, der Islamische Staat die ganze Welt beherrschen. „Allah ist es, der uns den Sieg verleiht".

Man könne nur an einen Gott glauben. Der Westen aber stelle seine von Menschenhand gemachten Gesetze über die Gesetze Gottes. Den Muslimen im Westen befehlen die IS-Oberen gegenüber ihren dortigen Regierungen: „Nehmt Bomben, sprengt sie in die Luft oder stecht sie ab mit dem Messer, und wenn ihr das nicht könnt, dann spuckt ihnen wenigstens ins Gesicht". Die sogenannten gemäßigten Muslime, die ihre Religion mit den heutigen Realitäten verbinden, seien Abtrünnige. Wenn sie auf ihren falschen Ansichten beharren, „dann gibt es natürlich auch keine andere Wahl als das Schwert". Auf die erschreckte Frage Todenhöfers, ob das Töten bedeute, erhielt er die kurze Antwort: „definitiv".

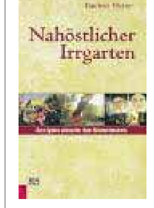
Gefahr wird immer noch unterschätzt

Am Ende seines Buches bezieht Todenhöfer dann noch einmal entschieden Stellung gegen das, was er gesehen und erlebt hat. Er fordert alle ausländischen „Gotteskrieger" auf, sich vom IS zu trennen und in die Heimatländer zurückzukehren. Er habe während seines Besuchs nur einen Anti-Islamischen Staat kennengelernt. Wer als Terrorist sich teuflischer Methoden bediene, könne sich nicht auf Gott berufen!

Zugleich beklagt er zu Recht: Trotz aller bekannten Gräuel unterschätze der Westen weiterhin die Gefahr des Islamischen Staates. Und noch immer habe er keine politisch überzeugende Strategie ...

Friedrich-Wilhelm Schlomann

***Jürgen Todenhöfer: „Inside IS – 10 Tage im 'Islamischen Staat'"**, Bertelsmann-Verlag, München 2015, gebunden, 286 Seiten, 17,99 Euro*



Mäßig spannende Anekdoten

Naher Osten II: Als »Welterklärerin« scheitert die Autorin Gudrun Harrer

Wenn sich irgendwo in einer Weltgegend die Ereignisse überstürzen, ist die große Zeit der Experten gekommen. So wie jetzt im Nahen Osten. Sie wollen uns vermitteln, was „da unten" eigentlich los sei. Dabei schaffen es manche, in die Fußstapfen solch begnadeter „Welterklärer" wie Peter Scholl-Latour zu treten, während andere an ihren selbstformulierten Ansprüchen scheitern.

Eine Vertreterin der letztgenannten Gruppe ist Gudrun Harrer, ihres Zeichens Leitende Redakteurin der Wiener Tageszeitung „Der Standard" sowie Lehrbeauftragte für Moderne Geschichte und Politik des Nahen Ostens. 2006 fungierte sie auch als Sondergesandte des österreichischen EU-Vorsitzes im Irak und als Geschäftsträgerin der Botschaft Österreichs in Bagdad. Trotz Gudrun Harrers Reputation: Ihr Buch „Nahöstlicher Irrgarten. Analysen abseits des Mainstreams" verwirrt eher, als dass es den Leser befähigt, die verworrene politisch-religiöse Gemengelage in der Krisenregion zu überschauen.

Dies liegt zum einen daran, dass es sich hier um ein weitgehend zusammenhangloses Sammelsurium von Texten handelt. Einstmals erschienen sie in loser Folge als Artikel im „Standard". Es geht um ganz unterschiedliche Themenkomplexe wie die amerikanische Besetzung des Irak, den ewigen Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten, die Geschichte der ägyptischen Muslimbrüderschaft, den Bürgerkrieg in Syrien, die Verhältnisse in Saudi-Arabien sowie das iranische Atomprogramm. Ein roter Faden fehlt – und es kommt zu lästigen Wiederholungen ganzer Textpassagen. Dafür bleiben wichtige Länder wie Libyen, Jordanien, Jemen und Israel ausgespart.

Eine weitere Schwachstelle des Bandes ist Harrers permanentes Bemühen, sich selbst in den Vordergrund zu rücken und als angesehene Nahost-Diplomatin zu präsentieren. Das aber war sie definitiv nicht, da die Protagonisten in der Region überhaupt kein Interesse an ihr zeigten.

Dem Leser ist in Bezug auf das Buch Ähnliches zu raten: Wer bereits einigermaßen Bescheid weiß, was im Nahen Osten so abläuft, wird in darin außer ein paar mäßig spannenden Anekdötchen kaum etwas lesenswertes finden, und wer keine Ahnung von den Konflikten und Zuständen im „Nahöstlichen Irrgarten" hat, ist mit diesem angeblichen Wegweiser mehr als verlassen.

Wolfgang Kaufmann

***Gudrun Harrer: „Nahöstlicher Irrgarten. Analysen abseits des Mainstreams"**, Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2014, gebunden, 191 Seiten, 22 Euro*



Wissenschaft als Politik mit anderen Mitteln

Warum konnte sich der geniale Medizinpionier Ignaz Semmelweis nicht durchsetzen? Eine Politologin gibt Auskunft

Als Retter der Mütter ist Ignaz Philipp Semmelweis (1818–1865) in die Geschichte der Medizin eingegangen. Er entdeckte die Ursachen des unsäglichen Kindbettfiebers, an dem in manchen Krankenhäusern bis zu zwei Drittel der gebärenden Frauen starben. Die Wiener Politikwissenschaftlerin Anna Durnová hat im Rahmen ihrer Habilitationsschrift über Semmelweis geforscht und nun eine Biografie über ihn vorgelegt: „In den Händen der Ärzte. Ignaz Semmelweis, Pionier der Hygiene".

Zwar sind über den Arzt und seinen Kampf um die Wahrheit im Medizinbetrieb des 19 Jahrhunderts schon etliche Bücher geschrieben worden, dieses aber wählt einen originellen Ansatz. Anna Durnová interessiert sich für die Bedeutung von Emotionen in der Politik. Da Wissenschaft für sie Politik mit anderen Mitteln ist, hat sie die medizingeschichtliche Bedeutung des Falls Semmelweis unter diesem Gesichtspunkt erforscht.

Der in Wien tätige ungarische Arzt lebte in einer Zeit, als grundlegendes Wissen auf dem Gebiet der Biochemie fehlte. Semmelweiß hatte aber anhand seiner Aufzeichnungen erkannt, dass die hohe Sterberate der Mütter in seiner Abteilung der Wiener Geburtsklinik auf eine Blutvergiftung durch Leichengift zurückzuführen war. Hervorgerufen wurde sie durch eine Kontaktinfektion. Überträger der tödlichen Keime waren Ärzte und Medizinstudenten, die täglich Obduktionen durchführten, bevor sie in der Klinik Geburtshilfe leisteten. Semmelweis forderte daher von seinen Kollegen größte Reinlichkeit, die Desinfektion der Hände und Instrumente in einer Schüssel mit Chlorkalklösung vor einer Entbindung.

Das Leichengift war Schuld

Seine Lehre wurde aber nicht anerkannt, da sie der damals noch gängigen These von Miasmen (giftigen Dämpfen) als Ursache von Krankheiten wie dem Kindbettfieber widersprach. Semmelweis gab 1848 nach zweijähriger Tätigkeit aufgrund von Anfeindungen seinen Posten in Wien auf und wechselte nach Pest, wo er 1855 Professor für Geburtshilfe wurde. Erst Jahrzehnte später wurde seine Lehre von der Ursache des Kindbettfiebers durch die Forschungen von Pasteur und Koch endgültig bestätigt.

Bereits in älteren Semmelweis-Biografien wurde geargwöhnt, dass der Fall eine politische Dimension haben könnte, da Semmelweis als Ungar im Habsburgerreich angeblich Bürger zweiter Klasse war. Anna Durnová aber hebt den Fall insgesamt auf eine gesellschaftspolitische Ebene und zieht Parallelen zur Gegenwart. Sie verweist auf die Angst der Ärzte vor Schuldzuweisung aufgrund von Fehlern, heute wie vor 150 Jahren. Damals fürchteten die Wiener Geburtshelfer, durch Anerkennung von Semmelweis These für den Tod Hunderter von Müttern verantwortlich gemacht zu werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund wiesen sie die Expertisen ihres Kollegen zurück, zuletzt mit der Behauptung, die hohe Todesrate der Mütter beruhe auf Zufall.

150 Jahre nach Semmelweis sei die Veröffentlichung von Todesfällen, die mit Hygienemängeln in Zusammenhang stehen, immer noch heikel, zum einen wegen der Sorge der Ärzte vor negativen Konsequenzen, andererseits wegen der Ängste der Patienten. Gemeint sind wohl in erster Linie die gehäuften Todesfälle in Krankenhäusern aufgrund von multiresistenten Erregern. Doch konkret äußert sich Durnová gerade dazu leider nicht, obwohl hier doch die größten Parallelen zum Fall Semmelweis aufzuzeigen wären.

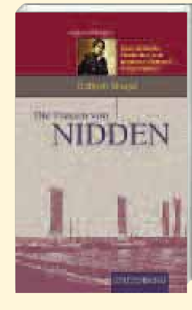
Ein weiterer Kritikpunkt am Buch: Vor allem in den letzten Kapiteln springt die Autorin zwischen allgemein verständlicher Ausdrucksweise und sozialwissenschaftlicher Fachsprache hin und her. So bleibt am Ende trotz des interessanten Ansatzes ein gemischtes Leseerlebnis zurück.

Dagmar Jestrzemski

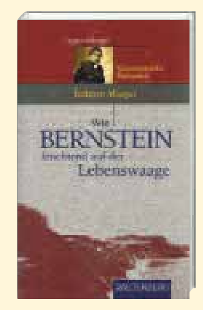
***Anna Durnová: „In den Händen der Ärzte. Ignaz Semmelweis, Pionier der Hygiene"**, Residenz Verlag, St. Pölten-Salzburg-Wien 2015, gebunden, 242 Seiten, 22,90 Euro*



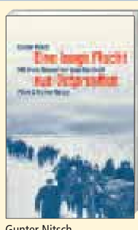
Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen - die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes
Über viele Jahrhunderte verteidigten die Prußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Prußen stetig zunehmender Übergriffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten. Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Prußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren. 395 Seiten
Nr. P A0544 Kartoniert 19,80 €



Agnes Miegel
Die Frauen von Nidden
Gesammelte Gedichte unserer Mutter Ostpreußens
In „Die Frauen von Nidden" ist das lyrische Spätwerk der Dichterin versammelt, das autobiographisch mancherlei Aufschlüsse und Erkenntnisse gibt. In den nachgelassenen Gedichten spürt man schmerzvolles Erinnern an die alte Heimat. 264 Seiten/Geb.
Nr. P 1849 12,95 €

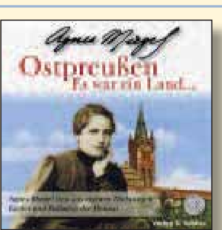


Agnes Miegel
Wie Bernstein leuchtend auf der Lebenswaage
Gesammelte Balladen
Die Erneuerung der Ballade war das Werk einer Zwanzigjährigen. Mit Ihren Imaginationen und Geschichten, ihren Balladen und Liedern wurde Agnes Miegel die Dichterin der Bernsteinküste und eine der angesehensten Dichterinnen Königsbergs und Ostpreußens. 264 Seiten/ Gebunden
Nr. P 1798 12,95 €



Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen
Mit einem Vorwort von Arno Surminski. 384 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P A0315 12,95 €

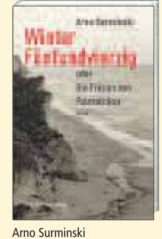
Gunter Nitsch erzählt die Geschichte seiner Familie, die im Februar 1945 über das zugefrorene Frische Haff vor der Roten Armee flieht. Doch anstatt in den Westen zu gelangen, fällt sie in Palmnicken an der Ostsee den Russen in die Hände. Bis dahin verbrachte Gunter Nitsch, damals sieben Jahre alt, eine unbeschwerte Kindheit auf dem Bauernhof seines Großvaters in Langendorf im Herzen Ostpreußens. Dann aber bricht eine Hölle von Gewalt, Chaos und Hunger los. Die Helden der Erinnerung sind der Großvater und die Frauen der Familie. Von morgens bis abends schuften sie auf einer russischen Kolchose östlich von Königsberg. Die lange Flucht dauert dreieinhalb Jahre.



Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land
Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Lieder und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder. (Laufzeit 40 Minuten)
Nr. P 5893 CD 9,95 €



Schlachtfelder in Ostpreußen
Von der Zeit des Deutschen Ritterordens bis zum Ersten Weltkrieg
Dieser Band enthält eine akribisch zusammengestellte Dokumentation der Kämpfe, die seit Beginn der deutschen Besiedlung im 13. Jahrhundert immer wieder auf ostpreußischem Boden gegen feindliche Okkupanten geführt werden mussten. Erstmals erschienen 1932, herausgegeben und bearbeitet von Offizieren des Wehrkreiskommandos II in Ostpreußen, werden Kampfhandlungen und Schlachtfelder in Ostpreußen mit genauen Ortsangaben und militärischen Lageskizzen beschrieben: von der Zeit des Deutschen Ritterordens an über den Dreißigjährigen Krieg und die Zeit des Großen Kurfürsten, die friderizianische Epoche, die Kämpfe gegen die Truppen Napoleons und ausführlich alle wesentlichen Schlachten gegen die russischen Invasoren in den Jahren 1914–1915 während des Ersten Weltkriegs. 223 Seiten + 16 Bildseiten
Nr. P A0863 Kartoniert 19,80 €



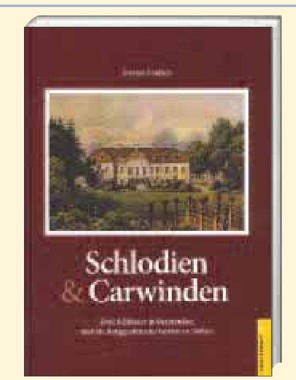
Arno Surminski
Winter Fünfundvierzig
oder Die Frauen von Palmicken
Gebunden mit Schurtzumschlag. 336 Seiten
Nr. P A0222 19,95 €

Der bewegende Ostpreußen-Roman erzählt das Schicksal von sechs Frauen, die nur eines wollen: überleben. Levine Gedeitis aus Memel wird mit ihrer Tochter an die Bernsteinküste nach Palmnicken umgesiedelt. Lisa lebt mit ihren vier Kindern auf einem Bauernhof. Mit dem Pferdewagen versucht sie, wie Tausende, über die zugefrorene Ostsee zu fliehen. Im Ghetto in Lodz leben vier junge jüdische Frauen, die von dort in Konzentrationslager deportiert werden. Ihr Leidensweg, der in den Todesmarsch nach Palmnicken mündet, bildet den Mittelpunkt dieses erschütternden Zeitpanoramas. Arno Surminskis Roman ist ein aufwühlendes Zeugnis der letzten Kriegstage.



Agnes Miegel
Wie ich zu meiner Heimat stehe
Beiträge in der Königsberger Allgemeinen Zeitung" 1926–1932
311 Seiten
Nr. P 5144 Geb. 9,95 €

Zum 1. Oktober 1926 wechselte Agnes Miegel von der „Ostpreußischen Zeitung" als freie Mitarbeiterin zur „Königsberger Allgemeinen Zeitung". Ihre Beiträge umfassen Begebenheiten aus dem Alltag, einfühlsame Natur- und Landschaftsbeschreibungen, interessante Reiseberichte und sachkundige Stadtführungen in ganz Deutschland – Artikel, die nahezu ausnahmslos in der anspruchsvollen Unterhaltungsbeilage der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" erschienen. Die Wiederentdeckung dieser wertvollen Zeitungsbeiträge bedeutet für die Literaturwissenschaft eine kleine Sensation, für die Leser und Verehrer Agnes Miegels ein ganz besonderes Lesevergnügen.



Torsten Foelsch
Schlodien & Carwinden
Zwei Schlösser in Ostpreußen und die Burggrafen und Grafen zu Dohna
Einzigartige Bilder und Geschichten aus der versunkenen Welt des ostpreußischen Adels und seiner Schlösser bietet die vorliegende Monographie über Schlodien und Carwinden im preußischen Oberland. Heute liegen diese Orte in der polnischen Wojewodschaft Ermland und Masuren und trotz der Kriegs- und Nachkriegszerstörungen finden immer wieder Touristen hierher und wandeln auf den Spuren verklungener Zeiten, auf der Suche nach den barocken Landschlössern und den Überresten ihres von Marion Gräfin Dönhoff vielfach beschriebenen patriarchalischen Mikrokosmos' „Gutshof". Eingebunden in die vielschichtige, sehr weitläufige Geschichte der berühmtesten ostpreußischen Adelsfamilie, der Burggrafen und Grafen zu Dohna, wird hier die Bau- und Nutzungsgeschichte zwei ihrer wichtigsten Schlösser auf Grundlage neuer archivalischer Forschungen dargestellt und ihr durch das Kriegsende und Vertreibung 1945 ausgelöschter Kulturgehalt dokumentiert. 412 Seiten
Nr. P A0861 Gebunden mit farbigem Überzug 69,80 €

Agnes Miegel
Alt-Königsberger Geschichten
Zwischen Altstadt, Kneiphof und Löbenicht
240 Seiten/Gebunden
Nr. P 533169 12,95 €

Agnes Miegel nimmt uns mit zu den geliebten Stätten ihrer Kindheit. In dreiundzwanzig meisterhaft geschriebenen Geschichten und drei Gedichten lässt sie die versunkene Welt ihrer Heimat in leuchtenden Farben kaleidoskopartig auferstehen. Sie nimmt uns mit auf eine Wanderung zu Häusern und Orten, die wir durch ihre lebendige Beschreibung wie durch die Augen eines neugierigen liebenden Kindes betrachten können. Sie erinnert sich an glückliche Kindertage, in denen sie sich bei liebevollen Eltern und Verwandten geborgen wusste, an Ausflüge mit der Familie, die in ihr eine große Liebe zur Natur weckten und an fröhliche Familienfeiern, die sie so lebendig beschreibt, dass man meint, sie selbst mitzuerleben.

Lo Warnecke
Auf der Flucht
Die Geschichte einer Gutsfamilie aus Mecklenburg 1945–1949
222 Seiten
Nr. P 533116 Geb. 14,95 €

Am 28. April 1945 standen Russen vor Neubrandenburg, etwa 40 Kilometer vom Gut von Lo Warnecke entfernt. Alles war schon für die Flucht vorbereitet, obwohl noch das strikte Verbot für die Zivilbevölkerung bestand, sich in den Westen abzusetzen. Es war nicht einfach, 26 Wagen und 34 Familien ungesehen über die Straßen und durch die Dörfer zu führen. Lo Warnecke berichtet authentisch und lebendig von ihrem langen Weg in Richtung Westen, vom Aufbruch, wie sie, ihre Kinder und der ganze Treck von der Front eingeholt wurden und wie das Ziel in weite Ferne rückte. Sie hatten den Krieg überlebt, aber weiterleben bedeutete genügend zu essen und eine Unterkunft zu organisieren, in einer Zeit als es nichts gab.



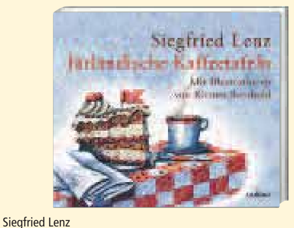
Flucht und Vertreibung – Sonderausgabe!
Europa zwischen 1939 und 1948 – Mit einer Einleitung von Arno Surminski
Von den dramatischen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts mit Flucht und Vertreibung, Verschleppung und Zwangsarbeit infolge des Zweiten Weltkriegs waren Millionen Menschen in Ost- und Mitteleuropa betroffen. Der vorliegende Titel vereint Berichte von Zeitzeugen und Nachgeborenen mit Beiträgen von namhaften Historikern und Schriftstellern. Es werden sowohl die Vorgeschichte als auch die Spätfolgen dieses verheerenden Krieges beleuchtet. Ein ausführliches Glossar vervollständigt den mit zahlreichen historischen Fotos und Kartenmaterial bebilderten Band. Die Einleitung hat Arno Surminski verfasst, der aus Ostpreußen stammt und mahnt: Schweigen ist keine Antwort. 280 Seiten
Nr. P A0503 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Arno Surminski
Im Garten des Schönen
Heitere und besinnliche Geschichten aus dem Norden
Norddeutsches und Ostpreußisches haben vieles gemeinsam nicht erst nach der schlechten Zeit , in der Millionen Flüchtlinge aus dem Osten im Norden heimisch wurden. Für einen, der in beiden Welten lebt bzw. gelebt hat, ist es nicht schwer, Geschichten zu schreiben, die den Osten und den Norden vereinen. Die Erzählungen dieses Bandes sind aus der Landschaft und ihren Menschen gewachsen, sie sind ein Beispiel dafür, wie sich Ost und West nach den traurigen Nachkriegsjahren verbunden haben. Mit leichter Hand vereint Arno Surminski das Tiefgründige mit dem Heiteren, Vergnüglichen. Im Mittelpunkt steht immer der einfache Mensch in seinem Alltag, mit seinen Freuden und Sorgen. 208 Seiten.
Nr. P A0610 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,95 €



Siegfried Lenz
Jütländische Kaffeetafeln
Gebutterte Rundstücke, Sahne-Großtorte mit Kirschen, Napoleonschnitten, gefüllt mit Vanillepudding und Nusstorte mit Buttercreme – das alles gehört zur jütländischen Kaffeetafel. Mit humorvollen Bildern hat Kirsten Reinhold die beliebte Lenz-Erzählung illustriert. 23 S.
Nr. P A0506 Gebunden 9,00 €



Kartenmäppchen Ostpreußen
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Künstlern, die in Ostpreußen gewirkt haben.
Nr. P A0529 6,95 €

Kartenmäppchen Königsberg u. ostpr. Städte
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Königsberg und Städten in Ostpreußen.
Nr. P A0530 6,95 €

Jetzt mit 300 Gramm Marzipan



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 13,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Korruption auch bei Syriza

Athen – Die linke „Syriza"-Partei des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Zipras hatte ihren Wählern versprochen, mit der grassierenden Korruption und Vetternwirtschaft im Land aufzuräumen. Wie der „Spiegel" nun meldet, sind mittlerweile jedoch zahlreiche Fälle ans Licht gelangt, wo auch hochrangige Syriza-Politiker Freunde, Verwandte und Partei- wie Gewerkschaftsgenossen mit gutdotierten Regierungsposten versorgt haben. *H.H.*

IWF bereitet auf Grexit vor

Washington – Entgegen allen Beruhigungsversuchen bereitet der Internationale Währungsfonds (IWF) die Staaten Südosteuropas auf ein mögliches Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro („Grexit") vor. Zahlreiche griechische Banken haben Tochterunternehmen in Ländern wie Bulgarien, Mazedonien, Serbien, Rumänien oder Albanien. Im Falle eines griechischen Euro-Ausstiegs könnte es hier zu Verwerfungen kommen, fürchtet der IWF. *H.H.*

ZUR PERSON

Sensation durch den Strohmann

Gegen Amtsinhaber Bronisław Komorowski anzutreten, schien aussichtslos zu sein. Der liberalkonservative polnische Präsident war beliebt und lag auch Dank des Amtsbonus bei den Umfragen zu den Präsidentschaftswahlen weit vorne. Deshalb trat der Chef der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Jarosław Kaczynski, nicht selber gegen ihn an, sondern wollte lieber den Parteikollegen **Andrzej Duda** verheizen lassen.

Doch der schaffte die Sensation und lag im ersten Wahlgang überraschend vor Komorowski. Bei der Stichwahl am 24. Mai könnte der Strohmann ihn als Präsidenten ablösen. Für die Parlamentswahlen im Herbst könnten damit sogar die Weichen für einen Regierungswechsel gestellt sein.

Politisch ist der promovierte Jurist ein unbeschriebenes Blatt. Duda scheiterte 2007 noch bei dem Versuch, ins Parlament gewählt zu werden. Ein Jahr später arbeitete er in der Präsidentschaftskanzlei und zählte zu den engsten Beratern des damaligen Präsidenten Lech Kaczynski, der vor fünf Jahren bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk ums Leben kam. Als Komorowski im Sommer 2010 zum Präsidenten gewählt wurde, reichte Duda seinen Rücktritt ein und wurde EU-Abgeordneter.



Anders als der PiS-Vorsitzende Kaczynski, der Zwillingsbruder des verunglückten Lech, vermeidet der mit einer Lehrerin verheiratete Duda nationalistische Töne. Im Wahlkampf übte er aber Kritik an künstlicher Befruchtung und der EU-Konvention zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt. Damit sicherte er sich die Unterstützung katholischer Konservativer. Am 24. Mai, eine Woche nach seinem 43. Geburtstag, wird man sehen, ob sie ihn zurück in den Präsidentenpalast tragen – dann aber als Hausherrn. *Harald Tews*



Camerons Haustierhaltung

Hinterm braunen Paravent

Was Ulbricht wahrlich gerührt hätte, wie jeder sein eigener IM wird, und wie wir Völkermördern »moralisch« den Weg freischießen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

War's das jetzt? In den Tagen um den 8. Mai nahm die mediale Gedenkattacke zum „Tag der Befreiung" die Ausmaße eines Flächenbombardements an. Wer sich danach noch aus dem Bunker wagt, um die Geschichte „differenziert" zu betrachten, der weiß jetzt ein für allemal, dass man ihn in die Luft sprengen wird. Etwa wenn er ungeheuerlicherweise Theodor Heuß zitiert, der das Kriegsende als Paradox sah, in welchem die Deutschen „erlöst und vernichtet" in einem gewesen seien. Nein, nein: Befreiung, sonst nichts.

Das war nicht immer so. In den ersten, den bösen Jahren der Bundesrepublik waren wir ja ohnehin alle Nazis. Deshalb nahm sich die Gründergeneration der westdeutschen Republik frech die Freiheit heraus, einen ganz eigenen Blick auf das Kriegsende zu werfen. Dass der Blick von Person zu Person, von Schicksal zu Schicksal ganz unterschiedlich ausfallen konnte, wurde respektiert, wenn auch manchmal mit Bauchgrimmen. Als 1985 ein Bundespräsident erstmals von „Befreiung" sprach, gab es heftige Debatten, obwohl der Mann diese Einschätzung in seiner Rede deutlich eingrenzte.

In der DDR war das von Anfang an anders: Da galt „Befreiung", basta. Wer sich öffentlich erdreistete, etwas anderes zu sagen, sollte sich nicht wundern, wenn er Schwierigkeiten bekam.

Heute, 25 Jahre nach der Vereinigung, hat sich die SED-geprüfte Eindeutigkeit über das ganze Land gelegt. Kaum einer wagt mehr, öffentlich zu widersprechen. Walter Ulbricht bekäme feuchte Augen vor später Genugtuung.

Damit könnte alles geklärt sein, wenn da nicht etwas wäre, worüber schließlich sogar der gesamte SED-Staat stolpern sollte: die Wahrheit. Sie ist ein hinterhältiger Geselle. Wenn die Vordereingänge gänzlich versperrt sind von den dröhnenden und dräuenden Propagandisten der vorgeschriebenen Lehre, dann schleicht sich die Wahrheit eben durch die Hintertür ein, heimlich und voll ätzender Ironie.

Diesmal zischt uns die Wahrheit eine bissige Frage zu, die auf uns niedergeht wie ein Schwerthieb. Sie lautet: Wie bezeichnet man ein Volk, das sich selbst angesichts seiner ermordeten Kinder von Nemmersdorf oder seiner geschändeten Frauen von Freudenstadt nichts anderes traut, als von seiner „Befreiung" zu schwärmen? Ist so ein Volk nicht der Inbegriff von „unfrei"?

Da wird endlich klar, was das Ganze eigentlich soll, warum man 70 Jahre danach noch so ein Aufhebens macht darüber, wie die Ereignisse von damals nun genau zu bewerten sind. Es geht um Freiheit oder Unfreiheit.

Ob man frei ist oder unfrei – diese Entscheidung wird vor allem im eigenen Kopf gefällt. Das haben die totalitären Bewegungen des 20. Jahrhunderts nur teilweise verstanden. Sie haben versucht, die Freiheit der Menschen per KZ oder Gulag, mit Stasi, Blockwart oder Schießbefehlen zu zertrampeln und glaubten am Ende wirklich, sie hätten die Freiheit besiegt.

> Wer die »Befreiung« jetzt noch differenziert zu sehen wagt, der wird in die Luft gesprengt

Ein folgenschwerer Fehler, denn im Kopf blieben die meisten Menschen heimlich frei, dachten sich ihren Teil völlig unabhängig von dem, was in den gelenkten Zeitungen stand. Als die totalitären Regime in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten, ergriffen die freien Menschen ihre Chancen und jagten sie davon.

Das soll sich nicht wiederholen. Beim zweiten Anlauf zur Vertilgung der Freiheit setzt man daher im Kopf der Leute an. Sie werden darauf getrimmt, ihrem eigenen Verstand zu misstrauen, ja, ihre persönlichen Gedanken regelrecht zu fürchten. Am Ende ist jeder seiner eigener IM, sein persönlicher Blockwart – und der seines Nachbarn natürlich. Jeder durchforscht sich selbst, ob es in den dunklen Ecken seines Gehirns noch unbotmäßige Gedanken gibt.

Die Gründerin der modernen Meinungsforschung in Deutschland, Elisabeth Noelle-Neumann, nannte das Verfahren die „Schweigespirale": Am Anfang der Spirale traut man sich nicht mehr zu sagen, was man denkt, an ihrem Ende wagt man nicht einmal mehr zu denken, was man mal gedacht hat. Nicht etwa, weil man erkannt hätte, dass es nicht stimmt, sondern aus Angst, es könnte etwas sein, das man nicht denken sollte, ohne zu durchblicken, warum nicht.

Wenn ein Deutscher von Nemmersdorf und Freudenstadt weiß, wenn ihm die Geschichte von Flucht und Vertreibung, von Amputation und Zerstückelung Deutschlands bekannt ist, und er dann immer noch nur „Befreiung" gelten lässt, dann hat er sie entweder nicht alle oder er ist erfolgreich in der untersten Runde der Schweigespirale angekommen. Vor solchen Typen braucht sich kein totalitäres Regime mehr zu fürchten, die spuren selbst dann noch, wenn sie im Grunde längst begriffen haben, dass sie belogen werden und Blödsinn reden.

Für seine besonders eifrigen Propagandisten birgt das pauschale „Befreiungs"-Dogma noch einen weiteren Coup: Über den Köpfen der Kommunisten schwärt die Klage von bis zu hundert Millionen unschuldigen Opfern, welche ihre Genossen im 20. Jahrhundert hingemetzelt haben. Das macht sich nicht gut fürs „soziale" Image. Skeptiker könnten auf die Idee kommen, dass das soziale Gerede bloß Fassade sei für weitaus weniger edle Absichten.

Die Genossen schieben die NS-Verbrechen wie einen großen braunen Paravent vor die apokalyptischen Untaten ihrer eigenen Bewegung, damit die keiner mehr sehen kann. Wer dahinter blickt und die roten Abgründe anspricht, dem wird einfach unterstellt, er wolle die NS-Verbrechen „relativieren".

Das mit dem Paravent funktioniert allerdings nicht allein bei der Vernebelung kommunistischer Massenmorde. Letztlich ist hinter der propagandistischen Stellwand Platz für jede Art von historischem Großverbrechen. Außenminister Steinmeier hat davor gewarnt, den Armeniermord als Genozid, als Völkermord zu bezeichnen, denn das „relativiere" die NS-Verbrechen. Nicht schlucken, das hat er tatsächlich gesagt!

Nebenbei: Die mittlerweile gängige Lesart bezeichnet den osmanischen Armeniermord als „ersten Genozid des 20. Jahrhunderts". Das ist er nicht: Wenige Jahre zuvor rotteten die Belgier in Afrika zehn bis 15 Millionen Kongolesen aus, das waren zehnmal so viele Menschen wie die Opfer der Türken. Allerdings waren die Osmanen seinerzeit mit Deutschland verbündet, die Belgier nicht. Daher konnte man den Deutschen elegant eine Art Mitschuld an dem anatolischen Massaker anheften, was im Falle des belgischen Genozids schwierig geworden wäre. Also bleiben wir lieber beim Armeniermord als dem „ersten Genozid des 20. Jahrhunderts", einverstanden?

Aber wir waren ja bei Herrn Steinmeier und dem braunen Paravent. Einen Genozid als Genozid zu bezeichnen, „relativiert", also verkleinert die NS-Verbrechen? Auf die Tour können nicht bloß die Kommunisten ihre Blutspur weichzeichnen. Steinmeiers Wendung eröffnet die Möglichkeit, jede Art von Völkermord hinter den NS-Untaten zu verstecken.

Und zwar nicht nur die vergangenen: Wenn die Benennung von anderen Genoziden als dem braunen an sich schon NS-relativierend ist, dann können sich selbst künftige Völkermörder darauf verlassen, dass keiner es wagen wird, ihr bestialisches Treiben beim Namen zu nennen. Wer es trotzdem tut, dem droht die moralische Höchststrafe.

So schließt sich der Kreis von Heuchelei und Wahnsinn: War nicht versprochen worden, dass die gesamte NS-Vergangenheits-Vergegenwärtigung nur einem Zweck diene? Nämlich, dass sich „Ähnliches" nie mehr wiederholen könne? Nun sehen wir, was wirklich dabei angepeilt wird: Die NS-Erinnerung wird ganz im Gegenteil scharfgemacht als Waffe gegen diejenigen, die „Ähnliches", ob in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft, als das bezeichnen, was es ist: Völkermord.

MEINUNGEN

Obwohl fünf seiner sechs Brüder im Krieg gefallen seien, habe seine 1999 verstorbene Mutter die ***Deutschen nie gehasst****, schreibt der russische Präsident* ***Wladimir Putin*** *in der „Frankfurter Allgemeinen" (7. Mai):*

„Sie (meine Mutter) sagte: ‚Wie soll man diese Soldaten hassen? Es waren einfache Leute, und sie sind auch im Krieg gefallen.' Das ist erstaunlich. Wir wurden von sowjetischen Büchern und Filmen erzogen … Und wir hassten. Aber bei ihr war das aus irgendeinem Grund überhaupt nicht so. Ich habe mir ihre Worte eingeprägt: ‚Was will man denn von ihnen? Sie waren fleißige Arbeiter wie wir auch. Man hat sie einfach an die Front getrieben.' Von Kindheit an erinnere ich mich an die Worte."

Wolfgang Kubicki*, Vize-Chef der FDP, verliert im Interview mit der „Welt" (8. Mai) deutliche Worte zur* ***BND-/NSA****-Affäre:*

„Die Regierung ist dem Parlament gegenüber verpflichtet, die Daten freizugeben. Das Kontrollrecht des Bundestages muss in dieser Frage voll ausgeschöpft werden. Andernfalls leben wir nicht mehr in einem Rechtsstaat, sondern einem Willkürstaat. Es kann auch nicht sein, dass die Bundesregierung erst mal abwartet, was die USA zu sagen haben. Wir sind ein souveräner Staat und kein Vasallenstaat der Amerikaner."

Kultautor ***Michael Klonovsky*** *stellt in seinem Internet-Tagebuch „achta diurna" (7. Mai) klar, dass die* ***Vertreibung der Deutschen lange vor Hitlers Machtergreifung*** *begonnen hat:*

„Der offenbar ahnungslose Redakteur von Spiegel online, der an das Ende seines Artikels … die ‚Erkenntnis' stellte, ‚dass das am Kriegsende beklagte Leid schon an jenem Tag seinen Anfang genommen hatte, als Hitler an die Macht geholfen wurde', sollte doch mal erklären, wie das mit den ungefähr eine Million vertriebenen Deutschen VOR Satan und dem Ausbruch von Weltkrieg Zwo gewesen ist, vertrieben vor allem aus dem sogenannten polnischen, jedenfalls polonisierten Korridor, den der sogenannte Versailler Vertrag, der Anfang vor dem Anfang, ins Fleisch des Reiches geschlagen hatte."

Grüne und SPD wollten ***verhindern****, dass* ***AfD****-Co-Chefin Frauke Petry an einer Podiumsdiskussion im Bayerischen Landtag teilnimmt, zu der auch Tschechiens* ***Ex-Präsident Vaclav Klaus*** *geladen ist. Klaus wundert sich im „Handelsblatt" (9. Mai) über die Attacken gegen die AfD-Vertreterin:*

„Solche Diffamierungen gegen den politischen Gegner waren im Kommunismus üblich. Ich hätte mir nie träumen lassen, dass ich so etwas 25 Jahre nach dem Fall der Mauer erleben werde. Ich freue mich trotz dieser Pöbeleien auf das Treffen mit Herrn Stoiber und Frau Petry. Solche destruktiven Wortmeldungen der politischen Gegner können daran nichts ändern."

In der Internet-Zeitung „Contra-Magazin" (11. Mai) spottet ***Marco Maier*** *über die* ***Bremen-Wahl****:*

„Stell dir vor, es ist Wahl – und keiner geht hin. So in etwa verlief die Bürgerschaftswahl 2015 in der Hansestadt Bremen."